

28. Sitzung

Mittwoch, den 29. August 2007

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

- "Aktuelle Ergebnisse der Bertelsmann-Studie und des Bildungsmonitors der 'Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft' hinsichtlich der Situation der rheinland-pfälzischen Hochschulen"**
auf Antrag der Fraktion der FDP
 – Drucksache 15/1409 – 1635
- "Auswirkungen der Housing-Initiative für die amerikanischen Streitkräfte in Rheinland-Pfalz auf die regionalen Immobilienmärkte und die wirtschaftliche Lage zahlreicher privater und mittelständischer Haus- und Wohnungseigentümer"**
auf Antrag der Fraktion der CDU
 – Drucksache 15/1426 – 1641
- "Betrügerischer Oberbürgermeister-Kandidat in Landau"**
auf Antrag der Fraktion der SPD
 – Drucksache 15/1432 – 1647

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Wahl von Mitgliedern des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK)
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
 – Drucksache 15/1159 –

dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
 – Drucksache 15/1425 – 1652

Der Wahlvorschlag der Fraktionen der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/1425 – wird einstimmig angenommen..... 1652

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/1165 –

dazu: Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/1434 – 1652

Der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1434 – wird – bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und FDP – mit den Stimmen der Fraktion der SPD angenommen.

1652

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern des Landtags Rheinland-Pfalz in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/1166 –

dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und CDU

– Drucksache 15/1435 – 1653

Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 15/1435 – wird bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, ansonsten einstimmig angenommen.

1653

Wahl eines Mitglieds des Landtags in den Verwaltungsrat des Landesbetriebs "Liegenschafts- und Baubetreuung" (LBB)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/1385 – 1653

Der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1385 – wird einstimmig angenommen.

1653

Wahl von stellvertretenden Mitgliedern in die Kommission beim Landesbeauftragten für den Datenschutz

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

– Drucksache 15/1418 – 1653

Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/1418 – wird einstimmig angenommen.

1653

...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/1273 –

Erste Beratung 1653

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1273 – wird an den Ausschuss für Bildung und Jugend – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.

1662

**Landesgesetz zur Änderung der Organisation der Forstverwaltung und zur Auflösung der Regionalen Servicestelle Kommunalaufsicht der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/1279 –

Erste Beratung 1663

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1279 – wird an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 1666

Landesgesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/1287 –

Erste Beratung 1666

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1287 – wird an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 1668

**Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008
(LBVAnpG 2007/2008)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/1400 –

Erste Beratung 1668

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1400 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 1675

...tes Landesgesetz zur Änderung der Schiedsgerichtsordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/1403 –

Erste Beratung 1675

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1403 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen. 1675

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 des Handelsgesetzbuchs zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/1404 –

Erste Beratung 1675

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1404 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen. 1676

25 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda: Neue Impulse für ein erfolgreiches Entwicklungsmodell Aus Partnern wurden Freunde

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

– Drucksache 15/1412 – 1676

Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/1412 – wird einstimmig angenommen. 1681

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Brigitte Hayn, Simone Huth-Haage, Dorothea Schäfer, Jutta Steinruck, Walter Wirz.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:.....	1665, 1678
Abg. Baldauf, CDU:	1637, 1641, 1651
Abg. Billen, CDU:.....	1646
Abg. Dr. Enders, CDU:	1676
Abg. Dr. Gebhart, CDU:.....	1667
Abg. Dr. Krell, SPD:.....	1636, 1640
Abg. Eymael, FDP:	1649
Abg. Frau Beilstein, CDU:	1654
Abg. Frau Fink, SPD:.....	1642
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:.....	1641
Abg. Frau Morsblech, FDP:	1660, 1662
Abg. Frau Schellhaaß, FDP:.....	1668
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:.....	1660
Abg. Frau Schneider, CDU:.....	1648
Abg. Fuhr, SPD:.....	1656, 1662
Abg. Haller, SPD:.....	1667
Abg. Hartloff, SPD:	1647, 1651
Abg. Henter, CDU:.....	1671
Abg. Keller, CDU:	1659, 1660
Abg. Klöckner, SPD:.....	1677
Abg. Kuhn, FDP:.....	1635, 1640, 1644, 1647
Abg. Lelle, CDU:	1660
Abg. Maximini, SPD:.....	1664
Abg. Mertin, FDP:	1674
Abg. Puchtler, SPD:.....	1672
Abg. Seekatz, CDU:.....	1663
Beck, Ministerpräsident:	1669, 1679
Bruch, Minister des Innern und für Sport:.....	1644, 1650
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:	1638, 1653
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:	1663, 1666
Präsident Mertes:.....	1635, 1636, 1637, 1638, 1640, 1641, 1642, 1644, 1646
.....	1647, 1649, 1650, 1651, 1652
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:	1669
Vizepräsident Bauchhage:.....	1674, 1675, 1676, 1678, 1679, 1681
Vizepräsident Schnabel:.....	1668, 1669, 1671, 1672
Vizepräsidentin Frau Klamm:	1654, 1656, 1659, 1660, 1662, 1663, 1664, 1665, 1666
.....	1667, 1668

**28. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. August 2007**

Die Sitzung wird um 14:01 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seien Sie herzlich willkommen zur 28. Plenarsitzung!

Schriffführende Abgeordnete sind Martin Haller und Bernhard Henter. Entschuldigt sind die Abgeordneten Jutta Steinruck, Brigitte Hayn, Simone Huth-Haage, Dorothea Schäfer und Walter Wirz.

Am 14. Juli hatte Frau Fink Geburtstag, einen fast runden. Am 16. Juli hatte Frau Ulla Schmidt Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch an beide Damen!

(Beifall im Hause)

Heute auf den Tag hat unsere Abgeordnete Doris Ahnen, die auch noch einen anderen Beruf hat, Geburtstag – herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich begrüße besonders Herrn Habermann als neuen Staatssekretär im Sozialministerium. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag, Herr Habermann!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ehe wir die Tagesordnung abwickeln, möchte ich Ihnen noch mitteilen, wir haben das Rednerpult verändern müssen. Beim Herauf- sowie beim Herunterfahren macht es jetzt ein etwas anderes Geräusch, sodass Sie darüber nicht erschrecken sollten.

Zur Tagesordnung: Wir haben Ihnen eine Tagesordnung vorgelegt, die wir im Ältestenrat besprochen haben. Haben Sie noch Hinweise? – Das ist nicht der Fall, dann ist die Tagesordnung so angenommen, meine Damen und Herren.

Ich darf **Punkt 1** der Tagesordnung aufrufen:

AKTUELLE STUNDE

**„Aktuelle Ergebnisse der Bertelsmann-Studie und des Bildungsmonitors der ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ hinsichtlich der Situation der rheinland-pfälzischen Hochschulen“
auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksache 15/1409 –

Herr Kollege Kuhn hat das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Staatsministerin Ahnen, zunächst einmal herzli-

chen Glückwunsch auch vonseiten der FDP-Fraktion und von meiner Seite! Wir wünschen Ihnen alles Gute und eine glückliche Hand für die Zukunft.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, 150 vor Christus hat Cato der Ältere jede seiner Reden vor dem Römischen Senat mit dem Satz beendet: „Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.

Meine Damen und Herren, mit dieser Hartnäckigkeit hatte er Erfolg. Die FDP-Fraktion will nicht zerstören, sondern aufbauen. Wir werden uns aber mit der gleichen Beharrlichkeit für unser politisches Ziel der deutlichen Stärkung und Förderung von Forschung und Wissenschaft in Rheinland-Pfalz einsetzen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einen kleinen Scherz:

(Zurufe von der SPD)

So wie Cato der Ältere 150 vor Christus sagte, sage ich Ihnen heute als Kuhn der Ältere 2007 nach Christus: „Ceterum censeo scientias adiuvandas esse“, zu Deutsch: Im Übrigen meine ich, dass den Wissenschaften geholfen werden muss.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, für diese Forderung gibt es Anlässe, und zwar diesmal im Doppelpack: Bildungsmonitor 2007 der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und die neue Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Ich zitiere aus dem Bildungsmonitor zum Thema „Forschungsorientierung“:

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

„Bei wichtigen forschungsrelevanten Indikatoren schneidet Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt ab. Bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ... weist Rheinland-Pfalz folglich den größten Verbesserungbedarf im Vergleich der Bundesländer auf.“ –

Aus der Bertelsmann-Studie zitiere ich: „Weitere Anstrengungen sind im Bereich der Hochschulen geboten; denn Rheinland-Pfalz schneidet beim Wirkungsfaktor Ausgaben für Hochschulen mit 4,87 Punkten relativ schlecht ab. Unter den Flächenländern ist hier nur das gesamtdeutsche Schlusslicht Brandenburg schlechter.“ –

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Landesregierung, auch wenn Sie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ wahrscheinlich etwas skeptisch gegenüberstehen sollten, sollte es Ihnen doch zu denken geben, dass gerade die Bertelsmann-Studie erhebliche Nachholbedarfe feststellt. Wir erinnern uns, dass wir die Bertelsmann-Stiftung immer gerne bemühen und bemüht haben

– auch die Landesregierung aus unserer Zeit – und sie immer als seriöse Institution angesehen haben.

Ich verweise auf eine frühere Äußerung der Bertelsmann-Stiftung: „Es besteht die Gefahr,“ – auf Rheinland-Pfalz-bezogen – „dass notwendige Investitionen in Humankapital sowie Forschungsaktivitäten ausbleiben und der Aufwärtstrend des Landes hierdurch bedroht sein könnte.“

Meine Damen und Herren, die Defizite im Wissenschafts- und Forschungsbereich sind nach unserer Einschätzung in der Tat das größte Wachstumsrisiko in Rheinland-Pfalz. Seit Jahren weist die FDP-Fraktion darauf hin, dass wir in Rheinland-Pfalz Chancen für eine nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich zu wenig nutzen. Das ist fahrlässig.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, die Lebensqualität, der Zusammenhalt und die wirtschaftliche Prosperität einer Gesellschaft werden in Zukunft in immer stärkerem Ausmaß davon abhängen, wie konsequent eine Gesellschaft in die Breite und Tiefe ihrer Wissensbasis investiert. Welche Rahmenbedingungen ein Land seinen Hochschulen schafft, ist vor diesem Hintergrund von entscheidender Bedeutung für seine Zukunftsfähigkeit.

Die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft muss deshalb leistungsfähiger und national wie international wettbewerbsfähiger werden. Wir sagen zum Abschluss des ersten Redeteils bei jeder Gelegenheit: Forschung und Wissenschaft müssen in Rheinland-Pfalz gestärkt werden, meine Damen und Herren.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und des Abg. Lelle, CDU – Harald Schweitzer, SPD: Ich weiß immer noch nicht, wo der Scherz war!)

Präsident Mertes:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen.

(Abg. Dr. Krell, SPD, meldet sich zu Wort)

– Doch! Herr Dr. Krell, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Rätselraten über die Aktuelle Stunde, die die FDP zum Thema beantragt hat, ist beendet. Es ist sehr bemüht, wenn Sie angesichts des Bildungsmonitors und der Vorstellung der Bertelsmann-Studie versuchen, noch irgendwie die Kurve zur Hochschulpolitik zu bekommen und sich dann auch noch bemühen, das, was in Rheinland-Pfalz geleistet wird, schlechtzureden.

(Beifall der SPD)

Herr Kuhn der Ältere, Sie haben gesagt, der Wissenschaft müsse geholfen werden.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Als Krell der Jüngere sage ich Ihnen, bei der Landesregierung und bei der SPD-Fraktion ist die Hochschulpolitik in besten Händen. Ihr wird in diesem Land geholfen, wo es notwendig ist.

(Beifall der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Sie haben von der Zukunftsfähigkeit gesprochen und einzelne Parameter der Studien herausgenommen. Bildungsmonitor: Wenn Sie sich allein die Überschrift anschauen – Rheinland-Pfalz zeigt keine Schwächen –, dann entdecken Sie unter dem Aspekt „Forschungsorientierung“, dass Defizite aufzuzeigen wären.

Dort ist die Rede von Drittmitteln pro Professor, von der Zahl der Habilitationen und vom Anteil der Promotionen an allen Hochschulabsolventen.

Man muss aber in diesem Zusammenhang die Frage stellen: Kann man die Hochschulen in dem Konzert dessen, was wir zu leisten haben, nämlich der Arbeitsplatzsituation, der wirtschaftlichen Situation und der Wirtschaftsdynamik isoliert sehen, wobei uns die Studien, die Sie zitieren, gute Zeugnisse ausstellen?

(Beifall der SPD)

Die SPD-Fraktion ist keinesfalls der Meinung, dass wir mit den Hochschulen Elfenbeintürme erstellen sollten, in denen selbstverliebt irgendwelche Glasperlenspiele betrieben werden sollten. Dies allein auf die internen Kriterien zurückzuführen, ist insofern unseres Erachtens verkürzt.

(Beifall der SPD)

Wir müssen alle politischen Felder mit heranziehen. Die wirtschaftliche Situation, die Wirtschaftsdynamik und die Arbeitsplatzsituation hatte ich bereits erwähnt. In diesen Parametern stellen uns die genannten Studien gute Urteile aus.

In diesem Zusammenhang muss man wiederum die Frage betonen: Was ist die zentrale Herausforderung an das Wissenschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland? – Es geht darum, möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zu unseren Hochschulen zu ermöglichen. Dies tun wir in Rheinland-Pfalz. Wir haben bundesweit nach wie vor die höchsten Ergebnisse bei den Abschlussquoten. Es geht darum, einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten und zu gewährleisten.

(Beifall der SPD)

Daher müssen wir darauf hinwirken, dass wir nach wie vor vielen jungen Menschen die Chance eröffnen, an unseren Hochschulen zu studieren. Deswegen erheben wir in Rheinland-Pfalz keine Studiengebühren; denn dies

erhöht die Barrieren, um ein wissenschaftliches Studium aufzunehmen.

(Beifall der SPD)

Ausgaben an sich gesehen sind noch kein Qualitätsmerkmal. Wo kämen wir hin, wenn wir sagen würden: Jede Institution, die viel Geld ausgibt, ist eine gute Institution? – Man sollte auch berücksichtigen, was mit den zur Verfügung gestellten Mitteln letztendlich erreicht wird. Ich habe die Zahlen genannt. Das, was in Rheinland-Pfalz geleistet wird, ist im Bundesvergleich hervorragend.

(Beifall der SPD)

Wenn Sie sich den Vergleichszeitraum anschauen – beim Bildungsmonitor bis 2005, bei der Bertelsmann-Studie bis 2006 –, so werden Sie feststellen, dass die Landesregierung bereits reagiert hat, ohne auf irgendwelche Rankings zu achten. Sie alle kennen das Sonderprogramm „Wissen schafft Zukunft“, das im Jahr 2005 aufgelegt wurde.

Herr Ministerpräsident Beck hat in seiner Regierungserklärung klargemacht, dass dieses Programm erhöht wird, und zwar nicht um einen lächerlichen Betrag, sondern um insgesamt 100 Millionen Euro. Dies ist für ein Land wie Rheinland-Pfalz eine ganz enorme Summe. Das bedeutet, das Programm, das ursprünglich einmal mit 125 Millionen Euro angestoßen worden war, wird nun auf 225 Millionen Euro erhöht. Dies zeigt sehr deutlich, dass die Landesregierung sich ihrer Verantwortung im Hochschulbereich bewusst ist.

(Beifall der SPD –
Glocke des Präsidenten)

Hinzu kommt, dass die Ausgaben im Hochschulbereich nach wie vor proportional gesehen über den Ausgaben im Gesamthaushalt liegen.

Ich denke, mit den von mir aufgeführten Punkten lässt sich zeigen, dass wir in Rheinland-Pfalz, was die Hochschulpolitik anbelangt, auf einem sehr guten Weg sind. Wie ich es eingangs gesagt hatte: Der Wissenschaft wird geholfen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat nun Herr Kollege Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft sind aus unserer Sicht die Landesaufgabe schlechthin, weil sie für die Zukunft sicherstellen, dass wir wettbewerbsfähig und besser werden und wir an der Spitze stehen können, wo wir – das unterstelle ich ein-

mal – alle wieder hinkommen möchten. Dies ist ein reines Thema der Landeshoheit.

Natürlich wurde dies in diesem Saal von allen Fraktionen ab und an einmal in unterschiedlichen Nuancen erwähnt, ich behaupte einmal, von uns am lautesten. Aber dies spielt unterm Strich keine Rolle. Uns liegt nun eine Bestandsaufnahme zweier Studien vor, nämlich der Bertelsmann-Studie und des Bildungsmonitors. Herr Dr. Krell, Sie entschuldigen bitte, aber diese Bestandsaufnahmen sind kein Ruhmesblatt für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie das Argument anführen, man könne immer viel Geld ausgeben, aber deswegen müsse es noch lange nicht gut sein, könnte ich Sie natürlich insgesamt bei Ihrer Haushaltssituation und Ihrem Haushalt fragen, ob man das nicht auch auf andere Bereiche übertragen müsste. Eigentlich sollten wir aber bei dem Thema bleiben, das die FDP-Fraktion heute völlig zu Recht in einer Aktuellen Stunde beantragt hat, nämlich bei der Frage: Wie steht es um unsere Forschung und unsere Wissenschaft, um die Bildung in diesem Land?

Wir haben klar festzustellen, laut Bertelsmann-Stiftung liegen die Ausgaben für die Hochschulen in Rheinland-Pfalz nur auf dem zwölften Platz von 16 Bundesländern, wohlgemerkt, darunter befinden sich auch die Stadtstaaten. Wir liegen unter den Flächenländern bei den Ausgaben für die Hochschulen auf dem zwölften Platz. Nur das gesamtdeutsche Schlusslicht Brandenburg ist schlechter. Nur das Flächenland Brandenburg ist schlechter als Rheinland-Pfalz.

Auch bei dem Wirkungsfaktor „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“ belegen wir nur den vorletzten Platz, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: Was
für ein dummes Zeug!)

Diese Feststellungen haben wir nicht getroffen, sondern sie werden in der Bertelsmann-Studie ausgeführt.

Wenn ich auf den Bildungsmonitor hinweisen darf, dort liegen wir im Bestandsranking bei den Faktoren „Zeiteffizienz“, „Förderinfrastruktur“ und „Forschungsorientierung“ auf Platz 13.

Meine Damen und Herren, spätestens dann, wenn man solche Feststellungen durch Studien belegt bekommt, ist es doch an der Zeit, sich einmal zu überlegen, ob die Haushaltsprioritäten in diesem Land überhaupt richtig gesetzt sind. Ich sage Ihnen: Nein, sie sind nicht richtig gesetzt. Sie müssen mehr im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft tun. Dies sind die Zukunftsthemen, die uns angehen, Herr Ministerpräsident, und nichts anderes.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Dr. Krell, gestatten Sie mir eine Bemerkung. Sie sagen, wir seien so toll und stünden so gut da.

(Frau Spurzem, SPD: Sie nicht!)

Es gab einmal eine Zeit in den 70er- und den 80er-Jahren,

(Ministerpräsident Beck: Da hatten wir gar keine Hochschulen!)

CDU-Regierung. Die Hochschulen sind damals längst gegründet worden, Herr Ministerpräsident. Damals waren wir spitze, spitze, Vorreiter in Deutschland. Damals hat man auf uns geschaut und gesagt: Hier kann man etwas erleben, hier lernt man etwas.

(Beifall der CDU)

Jetzt lernen wir nur noch eines: Wir lernen nur, wir sind Mittelmaß. Wir sind die Besten, das hören wir immer.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Hartloff, Sie sind schon gut gebrieft. Grundsätzlich sind Sie immer die Besten. Ich freue mich immer, wenn Sie das sagen, aber es stimmt nun einmal leider nicht.

Gehen Sie bitte davon aus, wenn wir an den Hochschulen keine Hochschullehrer hätten, die sich ihren Aufgaben trotz der knappen Mittel so intensiv widmen und die mit vollem Elan einsteigen, so bin ich mir sehr sicher, wir würden noch schlechter dastehen, als dies jetzt schon der Fall ist. Deshalb bedanke ich mich an dieser Stelle bei den Hochschullehrern für ihre großartige Leistung.

(Beifall der CDU)

Da man ab und an einmal Beispiele bringen sollte, die die Menschen am meisten interessieren, damit es in solchen Reden nicht so trocken ist, möchte ich Ihnen einmal sagen, wie manche Dinge so laufen. Leider müssen wir uns daran erinnern, dass an einigen Hochschulen in den Winterferien die Heizungsanlagen ausgeschaltet wurden. Ich war auch in den Ferien an der Uni, als ich studiert habe, weil ich entsprechende Arbeiten vorbereiten und schreiben musste. Heute werden die Heizungen abgedreht.

Es wird noch schöner: Das Toilettenpapier wurde rationiert. – Da sehen Sie einmal, wie weit wir schon sind und dass wir die notwendigsten Dinge auf dieser Erde rationieren. Dann erzählen Sie mir, wir seien Vorreiter in der Hochschulpolitik. Dazu fällt mir gar nichts mehr ein.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD –
Glocke des Präsidenten)

– Frau Schleicher-Rothmund, ich lade Sie gerne ein. Wir haben wirklich gute Konzepte, und das wissen Sie auch.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Nein!)

– Das wissen Sie noch nicht? – Dann werden wir sie Ihnen gerne vorstellen.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Ich kenne kein einziges Konzept der CDU!
Nicht ein einziges!)

Sie dürfen davon ausgehen, wenn Sie unsere Vorschläge – ich behaupte einmal – nur zu 50 % oder 60 % umsetzen würden, dann würden wir die vorderen Plätze, Platz 2 oder Platz 3, belegen und wären nicht nur Mittelmaß.

(Glocke des Präsidenten –
Zuruf der Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD)

Ich gratuliere Ihnen aber herzlich, dass Sie das Mittelmaß als hervorragende Leistung qualifizieren.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben einen anderen Anspruch an uns.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich die Seniorengruppe Ruppertshofen und die Mitglieder des CDU-Ortsverbands Birken-Honigsessen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung antwortet Staatsministerin Frau Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Da Herr Abgeordneter Kuhn für die antragstellende Fraktion mit einem Zitat begonnen hat, möchte ich natürlich da nicht hintanstehen. Allerdings muss ich sagen, mir ist eher Friedrich Hebbel eingefallen. Er hat einmal gesagt: „Oft scheint der Teufel an die Tür zu klopfen, und es ist doch nur der Schornsteinfeger.“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bild, das Sie von der Opposition aus von der Wissenschafts- und Bildungspolitik des Landes zeichnen, ist in der Tat schwarz. Es ist einseitig und gibt aus meiner Sicht die Wirklichkeit nicht wieder.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Bracht, CDU: Das sind doch die Studien!)

– Herr Abgeordneter Bracht, ich werde jetzt auf die Studien eingehen.

(Bracht, CDU: Wir haben die nicht geschrieben!)

Auch die beiden Studien sind viel differenzierter, als das hier zum Ausdruck gekommen ist. Ich weiß, dass Sie auf die Kernaussage, die Herr Abgeordneter Krell eben noch einmal zitiert hat, nicht gerne verweisen. Ich möchte der

Vollständigkeit halber doch noch einmal zitieren, was der Bildungsmonitor sagt. Der Bildungsmonitor sagt: „Das Bildungssystem in Rheinland-Pfalz weist in keinem der 13 untersuchten Handlungsfelder eine deutliche Schwäche auf.“ – „Insgesamt konnte das Bundesland sein Ergebnis weiter verbessern.“ – Das ist die Kernaussage des Bildungsmonitors. Wie man diese Debatte daran so aufhängen kann, wie Sie es gerade eben machen, ist mir unverständlich.

(Beifall bei der SPD)

In der Gesamtbewertung dieses Bildungsmonitors sind wir auf Platz 8, gleichauf mit anderen, weil es kaum Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Deswegen hat die Studie ein Zweites gemacht. Sie hat sogenannte Cluster gebildet. Das beste Cluster ist das dunkelgrüne. Das zweitbeste Cluster ist das hellgrüne. Das dann schon schlechtere Cluster ist das gelbe, und das wirklich schlechte ist das rote. Wo liegt Rheinland-Pfalz? Rheinland-Pfalz liegt im hellgrünen Bereich. Über dieses Ergebnis diskutieren wir heute, um das auch einmal deutlich an dieser Stelle zu sagen.

(Beifall der SPD)

Ich komme auf die Frage der Ausgaben und ihre Höhe zurück. Bevor ich das aber mache, möchte ich noch einmal aus der Bertelsmann-Studie eine zentrale Aussage zitieren, die Sie wahrscheinlich geflissentlich auch gerne überlesen. Zitat: „Momentan scheinen sich die relativ niedrigen Ausgaben für F & E und für Hochschulen noch nicht auf die Innovationsfähigkeit im Lande ausgewirkt zu haben. Denn beim Wirkungsfaktor ‚Patentanmeldungen‘ schneidet RLP mit 4,95 Punkten gut ab (vierter Platz).“ So weit die Bertelsmann-Studie.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: BASF!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lasse keinen Zweifel daran – die Landesregierung übrigens auch nicht –, wir wollen die Investitionen in die Hochschulen des Landes erhöhen. Wir tun es auch tatkräftig. Das mag für Sie schon abgehakt sein. Aber es ist so, dass dieses Parlament beschlossen hat, dass zum 1. Januar 2008 im Programm „Wissen schafft Zukunft“ wieder erhebliche Mittel zur Verfügung stehen und damit eine echte Prioritätensetzung vorgenommen worden ist. Ich glaube, die Hochschulen wissen sehr wohl, dass wir dieses Programm nochmals um 50 % auf dann 37,5 Millionen Euro jährlich aufstocken werden. Das ist wohl mehr als nichts.

Herr Fraktionsvorsitzender, wenn man in dem Kontext dann, wenn es um die Wissenschaftspolitik geht, als den wirklich entscheidenden Parameter das Toilettenpapier zitiert, dann muss ich Ihnen sagen, daraus wird auch noch kein hochschulpolitisches Konzept. Ich zumindest kann mir keines vorstellen.

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: Das ist an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbieten!)

Ich möchte an dieser Stelle schon deutlich sagen – Sie mögen das kritisieren –, unser Anspruch ist an dieser Stelle tatsächlich der, wir wollen, dass die Hochschulen des Landes mehr Geld zur Verfügung haben. Wir wissen, dass wir uns dabei an den Möglichkeiten des Haushalts orientieren müssen. Wir wollen gleichzeitig aber auch darüber reden, wofür dieses Geld ausgegeben wird und wie wir es ermöglichen können, dass dieses Geld in den Hochschulen möglichst effizient ausgegeben wird. Da hat Rheinland-Pfalz keine Defizite. Wir haben in den letzten Jahren die Effizienz über Globalhaushalte, über Selbstbewirtschaftung und über Flexibilitäten, die den Hochschulen eingeräumt worden sind, wirklich gestärkt. An dieser Stelle sind wir bundesweit vorbildlich. Das hilft bei zugegebenermaßen knappen Mitteln auch ein Stück weiter. Deswegen ist uns beides wichtig, mehr Mittel, aber auch ein sinnvoller Einsatz der Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Erhöhungen, die wir vorgesehen haben, haben auch mit zu der Dynamik beigetragen. Wenn man sich den Bildungsmonitor anschaut und die Dynamik ansieht – die Dynamik ist das, was die Zukunftsentwicklung anzeigt –, so wird deutlich, dass gerade, was die positive Dynamik angeht, unser Land gegenüber dem Bildungsmonitor 2004 10,4 Punkte hinzugewonnen hat und damit vor Baden-Württemberg, vor Nordrhein-Westfalen, vor Hessen und damit auch vor Bayern liegt. Ich denke, diese Dynamik, die Zukunftserwartung ausdrückt, ist der entscheidende Punkt, um deutlich zu machen, dass wir an dieser Stelle auch noch zu weiteren nachhaltigen Verbesserungen kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch in diesem Punkt müssen wir schauen, wie viel Geld wir zur Verfügung stellen, aber auch, wie wir es zur Verfügung stellen und wie es effektiv eingesetzt werden kann. An dieser Stelle unterstützt uns übrigens ausdrücklich die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“, indem sie bezogen auf alle Länder zu folgendem Befund kommt: Die Ergebnisse sprechen eher dafür, dass die Bildungspolitik noch stärker als bisher die Effektivität und Effizienz der Bildungsprozesse und die Wirkmechanismen der rechtlichen Rahmenregelungen in den Blick nehmen sollte. – Genau so verfahren wir auch im Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auf viele Punkte hingewiesen worden, bei denen es auch sehr positive Zahlen für Rheinland-Pfalz gibt, was die Studierendenzahlen, die Abschlussquoten und andere Parameter angeht, die genannt werden können.

Ich sage nicht, die Studien sind so, dass wir in Rheinland-Pfalz nichts mehr tun müssen, aber mich freut es, dass anerkannt wird, dass Dinge in Bewegung sind. Ich sage an dieser Stelle mit allem Nachdruck, wir werden auch weitere Anstrengungen unternehmen, gerade auch im Hochschulbereich. Wir werden die Hochschulen nach Kräften unterstützen, weil wir sehr – Herr Fraktionsvorsitzender Baldauf, das übrigens nicht erst seit heute – um die Bedeutung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Innovationsfähigkeit eines Landes

wissen. Was denken Sie denn, warum einer der Schwerpunkte der Konversionspolitik des Landes der Ausbau von Hochschulen und insbesondere Fachhochschulen war

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

und warum dort Hunderte von Millionen investiert worden sind, um in diesem Land gute Voraussetzungen zu schaffen? Diese Erkenntnis reift bei uns nicht heute, sondern wir haben sie vor zehn Jahren genutzt, um in diesem Land auch ein Stück weit umzusteuern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, dass wir uns weiter anstrengen müssen. Aber im Unterschied zu dem, was heute zum Ausdruck gekommen ist, wissen wir nur zu gut, ob der Teufel oder der Schornsteinfeger vor der Tür stehen.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Kuhn das Wort.

(Licht, CDU: Mancher Schornsteinfeger hat sich schon als Teufel erwiesen!)

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Krell, Sie haben genau die Rede gehalten, die wir erwartet haben. Sie unterscheidet sich nicht von der letzten, als wir über dieses Thema gesprochen hatten.

(Hartloff, SPD: Werner, das habt Ihr gemeinsam!)

Es hat mich aus diesem Grund auch nicht mehr enttäuscht. Das war so zu erwarten.

Meine Damen und Herren, gerade die Bertelsmann-Studie – das ist hier ausdrücklich und oft gesagt worden – lobt die wirtschaftliche Dynamik in Rheinland-Pfalz über Jahre hinweg. Daran gibt es nichts zu deuteln. Das ist alles in Ordnung. Da wird weder ein Teufel an die Wand gemalt noch sonst etwas. Da kommen auch keine Schornsteinfeger. Da muss man das alles sehr differenziert sehen. Auch das sehen wir so. Darauf sind wir auch ein wenig stolz, dass das, was da gelobt wird, auch wirklich positiv für Rheinland-Pfalz ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie darauf hinweisen – das ist der einzige Punkt, den Sie erwähnen –, dass das Programm „Wissen schafft Zukunft“ um 12,5 Millionen Euro pro Jahr – Sie erwähnen da jetzt 100 Millionen Euro – aufgestockt worden ist, dann ist das zu begrüßen, aber es ist zu wenig.

(Beifall der FDP)

Wenn Sie einmal vergleichen, was andere Bundesländer gerade im Innovationsbereich und was Forschung anbelangt ausgeben, da geht es gerade in Bayern in den Milliardenbereich. Dann können Sie mit 12,5 Millionen Euro die Ressourcen, die den Hochschulen zur Verfü-

gung gestellt werden, nicht so als beispielhaft darstellen, wie Sie es eben gemacht haben. Da fehlt es.

Meine Damen und Herren, wir haben es Ihnen deutlich gemacht, weil Sie, Herr Krell, schon wieder einmal mit diesen Studienbeiträgen gekommen sind. Dann sagen wir es hier an dieser Stelle noch einmal. In den Bundesländern, die an uns grenzen, werden die Hochschulen mit erheblichen Mitteln zusätzlich gefördert, und zwar über Studienbeiträge. Es wird so sein, dass hier im Lande den Hochschulen im Vergleich pro Jahr 70 Millionen Euro fehlen werden.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, das sind die Zahlen, die interessant sind. Das sind die Zahlen, die die Situation auch wirklich beleuchten. Frau Ministerin, Sie haben zum Schluss ganz zart angedeutet, Sie wollten vielleicht doch etwas tun. So habe ich Sie verstanden. Dann wünschen wir uns konkrete Aussagen. Vielleicht kommen sie noch.

(Glocke des Präsidenten)

Ich weiß nicht, ob, wenn man schon vom Teufel spricht, da vielleicht ein Engelchen vor der Tür steht. Es könnte ja sein. Das ist die kleine Hoffnung, die wir haben. Dann sagen Sie aber bitte, was Sie wirklich vorhaben.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Krell hat nun das Wort.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kuhn, worauf Sie gerade hingewiesen haben, dass wir eine schwierige finanzielle Situation haben, ist wirklich keine neue Erkenntnis. Ich glaube, ich habe auch vor diesem Hintergrund dargestellt, dass hier in Rheinland-Pfalz die Landesregierung auch mit der Unterstützung der SPD ihr Möglichstes tut, um im Hochschulbereich die finanzielle Situation optimal unter den gegebenen Umständen zu gestalten.

(Beifall der SPD)

Es liegt daran, dass die Ausgaben seit Jahren nach wie vor prozentual über den allgemeinen Haushaltsausgaben liegen. Wir haben das über Jahrzehnte hinweg deutlich gesteigert. Ich denke, das ist auch der entscheidende Punkt bei der ganzen Geschichte, dass man das im Zusammenspiel mit den anderen Bereichen sehen sollte.

Ich bin der Ministerin außerordentlich dankbar dafür, dass sie keine kleinliche Zahlenspielerlei hier mit diesen verschiedenen Studien angestellt, sondern die Gesamtentwicklung in den Vordergrund gestellt hat; denn man kann natürlich auch mit diesen ganzen Zahlen spielen. Wenn man sich den Bildungsmonitor anschaut, kann

man feststellen, dass wir als Dynamik im Jahre 2006 bis 2007 einen fünften Platz erreichen, unter den Flächenländern sogar den zweiten Platz. Nimmt man aus dem „Handelsblatt“ vor kurzem die Meldung, sehen wir, dass wir auf dem achten Platz stehen. Es bringt alles nichts, diese Dinge so kleinlich gegenzurechnen. Das müssen wir schon in einen vernünftigen Kontext stellen.

Was den Beitrag der CDU hier anbelangt, glaube ich, müssen Sie einmal in Klausur gehen, Frau Ministerin. Wir haben hier neue Parameter, was die Hochschulpolitik anbelangt, die Ihnen offenbar bislang entgangen sind. In der letzten Sitzung hat Frau Huth-Haage die Standheizung in Dienstwagen als Parameter für die Hochschulpolitik erklärt. Heute wissen wir, dass Toilettenpapier im Hochschulbereich besonders wichtig ist.

(Baldauf, CDU: Eine dringende Angelegenheit!)

Insofern müssen wir uns tatsächlich fragen, ob wir da die richtigen Schwerpunkte setzen.

(Glocke des Präsidenten)

Die Diskussion möchte ich an dieser Stelle nicht fortsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Baldauf.

(Schweitzer, SPD: Jetzt kommt „Hakle feucht“!)

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube nicht, dass hier in diesem Raum irgendjemand sagt, dass gar nichts getan wird. Darum geht es nicht. Uns geht es darum – das wird durch Studien, die wir nicht selbst erfunden haben, belegt –, dass nicht genug getan wird. Wir können doch nicht an den Zahlen vorbei: Baden-Württemberg 211 Euro, Rheinland-Pfalz 129 Euro. – Frau Ahnen, letztes Jahr hatten wir Platz 8. Das war auch noch nicht so berauschend. Dieses Jahr ist es Platz 9. Das können wir auch nicht unbedingt als Erfolg verkaufen.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Bei was?)

Sie haben vorher von dem Anstieg 2004 bis 2007 gesprochen. Es ehrt Sie, dass da ein Anstieg zu verzeichnen ist. Das heißt aber auch, dass Sie die ganze Zeit davor viel zu wenig ausgegeben haben und jetzt versuchen müssen, gewisse Mittel auch nachträglich noch zur Verfügung zu stellen, um überhaupt das Notwendigste zu erhalten. Wir merken doch, wenn Sie an den Universitäten nachschauen und sich dort erkundigen – davon gehe ich aus –, dass das alles nicht ausreicht. Wenn ich mir überlege, dass in anderen Bundesländern die Finanzierung zwischenzeitlich auch anders gestrickt wird und

ich mich dann fragen muss, wie Sie diese Unterschiede auffangen wollen, dann muss ich Sie doch gerade erst recht bitten, noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit dort diese Diskrepanz zu anderen Bundesländern nicht kommt, wenn sie nicht schon da ist.

Ich sage Ihnen, wenn Sie in andere Bundesländer schauen, dann ist sie da. Es mag sein, dass der Teufel nicht vor der Tür steht, sondern der Schornsteinfeger, aber Sie werden mir recht geben, ein Schornsteinfeger ohne Sachausstattung bringt Ihnen allerdings auch nicht so viel, wenn er Ihnen vor der Tür begegnet, Frau Ahnen. Deshalb machen Sie Ihre Hausaufgaben. Sie sind dafür verantwortlich, dass unser Bildungssystem nach vorn gebracht wird. Ich könnte Ihnen noch viele andere Zahlen nennen, wenn ich nur noch einmal die eine nehmen darf: Wir haben bei den Drittmitteln, die je Professor eingeworben werden, den viertniedrigsten Platz der ganzen Bundesländer.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn das ein Erfolg ist, dann bin ich hier im falschen Film. Wir werden darauf achten, dass Sie das ändern. Sie müssen es auch ändern im Sinne unserer Menschen, vor allem der jungen Menschen, weil auch sie wollen, dass sie ausreichend Jobs bekommen, gute Jobs bekommen, ausreichend verdienen und glücklich in Rheinland-Pfalz sind, Frau Ahnen. Ich habe den Eindruck, da wird noch viel zu wenig gemacht.

Vielen Dank.

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich schließe den ersten Teil der Aktuellen Stunde.

Wir kommen nun zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Auswirkungen der Housing-Initiative für die amerikanischen Streitkräfte in Rheinland-Pfalz auf die regionalen Immobilienmärkte und die wirtschaftliche Lage zahlreicher privater und mittelständischer Haus- und Wohnungseigentümer“
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/1426 –

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Kohnle-Gros.

(Ministerpräsident Beck: Mal gucken, wie es mit dem Toilettenpapier da ist! Herr Bruch hat das nicht im Griff!)

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

– Nur keine Sorge, Herr Ministerpräsident!

Herr Präsident, vielen Dank für die Worterteilung. Vielleicht darf ich gleich eine persönliche Bemerkung ma-

chen, weil mich der Kollege gefragt hat, ob ich auch vermiete. Ich vermiete nicht an Amerikaner, damit das klar ist, damit die persönliche Betroffenheit weg ist. Ich wohne allerdings in der Westpfalz – der eine oder andere wird das wissen – und auch unmittelbar im Einzugsbereich der Airbase in Ramstein und auch des Hospitals in Landstuhl und so weiter. Es ist aber nicht nur unser Raum, der von der Housing-Initiative der Landesregierung betroffen ist, sondern natürlich auch der Einzugsbereich der Airbase in Spangdahlem. Wir werden sicher die Unterschiede nachher noch einmal hören.

Herr Minister Bruch, es geht uns um ein Thema, das im Sommer – das kann meines Erachtens niemand bestreiten – in der Presse und auch im Fernsehen eine große Rolle gespielt hat. Sie haben mit Ihrer Initiative, die Sie auch aus den Verhandlungen mit den US-Streitkräften im Zusammenhang mit der Verlagerung des Militärs von Frankfurt in die Westpfalz und nach Spangdahlem ableiten, eine Frage aufgeworfen oder auch ein Anliegen der Amerikaner aufgegriffen, mit dem Sie mehr Wohnraum in den Einzugsbereichen der amerikanischen Liegenschaften in Form von Häusern schaffen wollen. Diese Initiative, die wir zunächst einmal auch ein Stück weit positiv begleiten und vor allem auch begleitet haben, hat inzwischen eine große Verunsicherung in der Region ausgelöst. Sie haben das selbst auch zur Kenntnis genommen. Wir haben einen Schriftwechsel gehabt. Sie sagen das auch in den Medien. Ich hoffe, Sie werden uns nachher auch an dieser Stelle das eine oder andere noch erklärend und aufklärend hinzufügen.

Meine Damen und Herren, man konnte in diesem Sommer nirgendwo bei uns in der Region hingehen, ohne dass man auf dieses Thema angesprochen worden ist. Das waren zum Beispiel der Vermieter, der Nachbar, die Banker oder die Makler. Jeder wollte über dieses Thema diskutieren; denn es hat sich eine Diskrepanz bei den Zahlen zwischen dem geforderten Wohnraum seitens der Amerikaner und dem ergeben, was die Regionen an Potenzial zur Verfügung haben. In der Westpfalz und in anderen Bereichen im Land leben wir seit Jahrzehnten mit den Streitkräften. Als private Vermieter und Bauherren haben wir diese Strukturen geschaffen, dass die Amerikaner, soweit sie das wünschten, außerhalb ihrer Base einen Wohnraum finden konnten. Ich denke, das ist klar und braucht nicht weiter erläutert zu werden.

Jetzt gibt es eine Initiative, in der steht, dass es unter anderem von staatlicher Seite gesteuert wird. Es wurde eine Gesellschaft gegründet. Es soll neuer Wohnraum in einer bestimmten Menge und in einer bestimmten Qualität geben. Dieser Wohnraum soll in der Region in einem bestimmten Einzugsgebiet neu geschaffen werden. Viele Vermieter haben jetzt das Problem, dass sie nicht sehen, wie sie ihre eigenen Häuser und Wohnungen, die vorhanden sind, weiter vermieten können. Es stellen sich viele Fragen wie zum Beispiel folgende: Wie geht das überhaupt mit diesem Programm? Unter welchen Bedingungen sollen wir weitermachen?

Es ist belegt und durch die Medien ein Stückchen dargestellt, dass gewisse Leerstände vorhanden sind. Es wird von weit über 1.200 Wohnungen und Häusern gesprochen, die derzeit bei uns im Einzugsbereich von Ramstein nicht vermietet werden können. Das hat sicher

auch Gründe, die in der US-Politik liegen. Ich brauche das nicht im Einzelnen alles zu erläutern.

Verunsicherung bei den Vermietern ist dadurch entstanden, dass das Land zusammen mit den Amerikanern und in der überwiegenden Mehrheit mit amerikanischem Geld neuen Wohnraum fördern will, der dann eventuell zu Lasten der anderen geht. Landräte, Bürgermeister und Ortsbürgermeister sind zusammen mit den Bürgern auch im Innenministerium vorstellig geworden. Ich denke, es wäre sehr sinnvoll, wenn wir an dieser Stelle in diesem Parlament die entsprechende Aufklärung bekommen.

Ich will ein paar Fragen benennen, die gestellt werden: Was ist zum Beispiel mit Wohnraum, der schon vorhanden ist, der aber vielleicht einen gewissen Modernisierungsbedarf hat, weil die Amerikaner auch neue Ansprüche stellen? Was ist mit dem Liegenschaften der Amerikaner selbst bzw. mit den Häusern, die ihnen schon zur Verfügung stehen? Da gibt es auch Leerstände. Der Bedarf wird da geleugnet. Wie setzen sich die Zahlen überhaupt zusammen, das heißt wer hat nun recht, die Streitkräfte an sich, das Wohnungsamt oder die Landesregierung? Was ist vorgearbeitet worden? Welche Gutachten gibt es? Sind die zugänglich? Kann man sich das einmal anschauen? Herr Minister, welche Schlüsse ziehen Sie letztendlich aus den Zahlen, die Ihnen zum heutigen Zeitpunkt vorliegen?

Unsere Bitte ist, für die Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie es mit dieser Initiative weitergeht und wie die Interessen der deutschen Bevölkerung, die über Jahrzehnte diesen Wohnraum zur Verfügung gestellt hat, in den Regionen gesichert werden und wie sie das im Einzelnen machen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Kollegin Monika Fink.

Abg. Frau Fink, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch ist kein Haus gebaut, keine Wohnung vermietet, noch nicht einmal sind alle Informationsveranstaltungen gewesen, und schon sind die Bedenken gegen das Housing-Programm in Rheinland-Pfalz vorhanden. Das Programm ist in einer für unser Land sehr schwierigen Zeit zwischen Amerika und Deutschland geboren worden. Das ist eine Zeit, in der wir befürchteten, dass Flugplätze und andere militärische Einrichtungen ganz aus unserem Bundesland abgezogen werden könnten. In dieser Zeit hat Innenminister Karl Peter Bruch in vielen Gesprächen für unser Land Rheinland-Pfalz und dessen militärische Stützpunkte geworben. Dies war erfolgreich. Dafür danken wir Ihnen, Herr Minister.

(Beifall der SPD)

Seine Gesprächspartner in den USA und in den Liegenschaften vor Ort haben erklärt, was für ihre Entscheidung pro Rheinland-Pfalz wichtig sein könne. Dazu gehört ein Programm, das den Sicherheitsbedürfnissen des Militärs, aber auch den Ansprüchen der Angehörigen des Militärs an ihr privates Umfeld entsprechen soll. Das Housing-Programm ist entstanden.

Das Programm verfolgt das Ziel, das Engagement der Amerikaner in unserer Region langfristig zu sichern, weiterer Konversion und damit Wirtschaftsverlust vorzubeugen. Dieses Programm ist mit der US-Regierung, dem Kongress und den zuständigen Stellen in Amerika abgestimmt. Das wurde auch wiederholt so bekannt gegeben. Die viel gescholtenen Zahlen, die hinterfragt worden sind, sind eine Wohnbedarfs- und Marktanalyse der US-Streitkräfte aus Europa.

Ich habe das Gefühl, dies alles ist schon fast vergessen. Man stelle sich einmal vor, die Amerikaner hätten ihre Stützpunkte verlassen. Da hätten wir heute ganz andere Probleme in der Westpfalz, in der Eifel und auf dem Hunsrück.

(Beifall der SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Wir haben noch
keine Luftballons steigen lassen
wegen der Amerikaner!)

Dagegen sind die von mir befürchteten Schwierigkeiten für die regionalen Immobilienmärkte eher gering und zu lösen. Viele Vermieter haben in den letzten Jahren ganz gut mit und an der Vermietung an die Amerikaner verdient. Die meisten Häuser haben sich sehr lange bezahlt gemacht.

(Pörksen, SPD: Das ist richtig!)

Wer ständig in Modernisierung und Instandsetzung investiert hat, der hat keine Probleme, seine Wohnung zu vermieten,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das
ist doch kein Argument!)

auch nicht an die Amerikaner.

(Beifall bei der SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist nicht wahr!)

Natürlich haben die Amerikaner Ansprüche an ihre Wohnungen. Die gilt es als Vermieter zu erfüllen. Auch ein Deutscher würde keine Wohnung nehmen, wenn sie ihm nicht gefällt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist ja wunderbar,
ehrlich! Das ist ja interessant!)

Ich habe die Presse in den letzten Wochen verfolgt. Mir ist aufgefallen, dass viele gar nicht wissen, wovon sie reden. Frau Kohnle-Gros, auch Sie schreiben in einer Pressemitteilung, Zitat: „Der Staat dürfe nicht in einer Form als Bauherr auftreten, die zu einer massiven Verzerrung des Wohnungsmarkts führt.“ –

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja, so ist es!)

Sie kennen scheinbar das Programm überhaupt nicht.

(Beifall der SPD)

Der Staat baut überhaupt nichts. Private Investoren werden bauen, und zwar nach den Vorgaben von denjenigen, die die langfristigen Mieten sichern sollen, nämlich den Amerikanern.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Dass da Standards sind, ist auch jetzt schon so. Kein Amerikaner zieht in ein Haus ein, das zwei Stunden von der Base entfernt ist. Kein Amerikaner zieht in eine Wohnung ein, die seine Wünsche nicht erfüllt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das gibt es bei uns
überhaupt nicht so eine Entfernung! –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Worüber reden Sie eigentlich?

(Beifall der SPD)

Ich bin froh darüber, dass es Minister Bruch gelungen ist – er ist auch für die Kommunen in unserem Land verantwortlich –, die Interessen der Kommunen mit einzubringen. Es werden keine riesigen Neubaugebiete, keine großen Wohnblocks und Gettos oder Häuser in Fertigbauweise entstehen. Viele Gemeinden werden vielmehr die Chance bekommen, vorhandene Grundstücke einzubringen. Private Investoren werden ebenfalls bauen können. Dies ist vernünftige Strukturpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Dies muss koordiniert und gebündelt werden. Dies geschieht mit der neu gegründeten Gesellschaft HIRP. Dies ist eine reine Dienstleistungsgesellschaft. Sie wird weder Grundbesitz erwerben noch Bauaufträge erteilen. Die bauliche Umsetzung erfolgt durch nachgelagerte und privat betriebene Projektgesellschaften. Eine Beteiligung des Landes an diesen Gesellschaften ist überhaupt nicht vorgesehen.

Meine Damen und Herren, sogar die Handwerkskammer in Trier sagt in einer gestrigen Pressemitteilung, sie sieht eine große Chance im vorgestellten Programm für ihre Handwerksbetriebe, da es ohne Generalunternehmer abgewickelt werden soll.

(Glocke des Präsidenten)

Ich jedenfalls bin froh, dass der Innenminister uns, die Verantwortlichen vor Ort, bei zwei sehr gut besuchten Informationsveranstaltungen in Spangdahlem zusammen mit der HIRP und den Fachleuten des Innenministeriums informiert hat.

(Glocke des Präsidenten)

Ich empfehle allen im Land, zu den Informationsveranstaltungen zu gehen, sich über Einzelheiten zu informieren und sich dann weiter darüber zu äußern.

(Beifall der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Ich habe es sogar schriftlich!)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Damit kein falscher Zungenschlag hereinkommt, wollen wir zunächst einmal positiv feststellen, dass sich die Landesregierung, gerade was die Kooperation mit unseren amerikanischen Freunden anbelangt, in der Tat große Verdienste erworben hat. Der Ministerpräsident hat sich eingesetzt. Das haben wir immer begrüßt. Der Innenminister auch. Da sind wir auf gutem Wege. Es ist wahre Standortversicherung, was wir bisher erlebt haben, um das wirklich positiv zu bemerken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aber – es tut mir leid – was wir in den letzten Wochen in diesen Regionen erlebt haben, hat seinen tieferen Grund. Das muss man politisch auf den Punkt bringen.

Wenn das amerikanische Wohnungsamt diametral den Prognosen, die bisher aufgestellt worden sind, widerspricht und dies veröffentlicht wird, ist die Frage, wie man mit solchen Aussagen, die Wohnungseigentümer zu Recht erschrecken, umgeht.

Herr Minister Bruch, da ist das Ganze nicht so gut gelaufen, nicht, was Ihre Aussagen anbelangt, sondern Aussagen aus Ihrem Hause.

Wenn die Aussagen des amerikanischen Wohnungsamtes so abgebügelt werden, wie das in der „Rheinpfalz“ geschehen ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Verunsicherung um sich greift. Das erleben wir im Augenblick. Es ist in der Tat an der Zeit, dass diese Verunsicherung beendet wird. Dazu gibt es einige grundsätzliche Bemerkungen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister Bruch, es war völlig richtig, dass Sie in einem umfangreichen Beitrag in der „Rheinpfalz“ die Situation beruhigt haben. Das haben wir positiv zur Kenntnis genommen. Das haben auch viele Wohnungs- und Hausbesitzer, mit denen ich gesprochen habe, so anerkannt. Es ist auch richtig, dass Sie – ich glaube, am 7. September – eine große Veranstaltung angeboten haben, um weiter zu informieren. Es ist wirklich höchste Zeit. Es müssen ein paar Dinge klargestellt werden, die zu der Irritation geführt haben.

Es kann nicht sein – Herr Minister, ich nehme nicht an, dass Sie es anders sehen –, dass über das Housing-Programm in den privaten Wohnungsmarkt eingegriffen wird.

(Beifall der FDP –

Frau Mohr, SPD: Das macht doch niemand!)

Über Jahre und Jahrzehnte haben – ich würde das nicht so despektierlich darstellen, „die haben viel Geld ver-

dient“ usw., wie Frau Fink versucht, es darzustellen – Bürger in diesem Raum Wohnraum zur Verfügung gestellt. Ein Eingriff in diesen Markt kann auch von deren Seite verständlicherweise nicht toleriert werden. Das heißt, das Housing-Programm muss, wenn es vernünftig gestaltet wird, diese Grundsätze beachten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Minister Bruch, ich nehme an, dies muss in Ihrer Veranstaltung ganz deutlich gemacht werden, wie Sie es angeboten haben, damit die Verunsicherung in diesem Raum aufhört.

Noch einmal zum Abschluss: Das, was aus Ihrem Hause gesagt worden ist, war nicht professionell. Sie brauchen dazu nichts zu sagen. Aber vielleicht denken Sie es auch selbst. Sonst hätten Sie nicht so umfassend Aufstellung bezogen, um den notwendigen Vollzug zu machen, die Situation zu heilen und die Aufregung zu mildern.

Danke.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Innenminister Bruch das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will fünf Punkte zu der Situation „Housing“ vortragen.

Herr Abgeordneter Kuhn, vorweg: Das Innenministerium arbeitet immer professionell, egal, was passiert. Von daher gesehen: Keine Sorge. Das machen wir immer so.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Erste Bemerkung: Warum haben wir überhaupt „Housing“ gemacht? – Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen. Die damalige Landesregierung hat festgestellt, dass es Probleme im Bereich der Stationierung gibt. Damals gab es eine Stationierungspolitik – vorgegeben vom Pentagon –, die da hieß, wir werden keine Familien mehr ins Ausland schicken – ich vereinfache es jetzt ein bisschen –, sondern wir werden nur auf sechs Monate kämpfende Truppen nach vorne schicken. Das hat dazu geführt, dass wir gesagt haben: Was ist mit Spangdahlem? – Damals war Spangdahlem im weiteren Verbleib offen: Wird am Schluss überhaupt eine Base bleiben, wo Jäger sind, steht eine aktivierende Situation als Flugplatz an? –

Die andere Frage war, was rund um Kaiserslautern und Baumholder geschieht; die Situation, die uns heute noch Sorge macht. Das war der Hintergrund, dass wir gesagt haben: Was können wir tun? – Daraus haben wir etwas entwickelt, weil die Amerikaner uns gesagt haben: Wir müssen über das Geld, das wir in Deutschland in Wohnungen investieren, reden. Wir wollen diese Wohnungen

nicht mehr haben, wie wir sie bisher haben, wenn überhaupt.

Die Ergebnisse der Gespräche in Washington, die der Ministerpräsident 2005 und ich davor in Vorbereitung geführt haben, waren, wir ändern unsere Stationierungspolitik nicht. Es bleiben die Familien. Wir ändern aber unsere Sicherheitsphilosophie. Nicht mehr auf der Base, sondern wir wollen neben Deutschen leben und wohnen, und zwar nicht in Gettos oder in großen Siedlungen. Wir wollen Einfamilienhäuser, Reihenhäuser, also eine andere Qualität haben. Das ist die Aussage der amerikanischen Seite, und zwar vom Pentagon, Hauptquartier und Ähnlichem mehr.

Wir haben ein Weiteres getan. Wir haben damals in Ramstein mit dem Wohnungsamt geredet. Dort wurde dem Ministerpräsidenten und mir in einer größeren Versammlung erklärt – ich kann mich erinnern; möglicherweise war Herr Abgeordneter Kuhn auch dabei –, wir haben einen Bedarf von über 2.500 Häusern bzw. qualifizierten Wohnungen. Das hat uns damals ziemlich umgehauen, weil wir sagen, wenn wir das heben sollen, wie soll das gehen, da müssen wir uns zur Decke strecken. Das war das Zweite.

Das Dritte: Es gibt zwei Programme, über die wir reden. Das eine Programm ist „Built to lease“. Das betrifft mehr oder minder Spangdahlem. Es sind 271 Einheiten. Diese sind, wenn Sie so wollen, von den Amerikanern im Grunde genommen bestellt. Das hängt mit „Bitburg-Housing“ zusammen, weil die aufgegeben wird. Da war die Frage der Landesregierung – da kommt das sehr genau zum Tragen –: Warum haben wir uns eingemischt? – Wir haben uns zum Beispiel aus der Erfahrung mit der Gemeinde Speicher eingemischt. Dort ist ein privater Investor aufgetreten, der über eine Bundesimmobilie Häuser baut, und das mit irgendjemand. Wir haben gesagt, wenn es so ist, dass die Base erhalten bleibt, dass dort Lärm und Beeinträchtigungen sind, dann soll die Region auch davon einen Gewinn haben.

Wir werden eine Situation schaffen, in der wir sagen, dort wird investiert, und die Menschen sagen, jawohl, es lohnt sich, zumal die Menschen es gemacht haben, dass wir zu einem früheren Zeitpunkt irgendetwas getan hätten. Nur, es gibt diese Beschwerden aus der Region, dass wir gesagt haben, wir wollen keine Gettobildung mehr, wir wollen eine andere Situation.

Rund um Ramstein geht es gar nicht um dieses „Built to lease“-Programm. Dort gibt es nicht bestellte, sondern das sogenannte Overseas-Programm der Amerikaner. Das haben wir im Pentagon, im Weißen Haus, im Kapitol besprochen. Wir haben gesagt, wenn ihr das macht mit einer Mietgarantie von zehn Jahren, dann wollen wir auch dies wiederum in die Region legen.

Ich habe solche Briefe auf dem Tisch, in denen große Wohnungsbauunternehmen schreiben, wir bauen 100 Einheiten, sagen Sie uns, wohin. Wir haben gesagt, das wollen wir nicht.

Frau Kohnle-Gros, das wissen Sie. Aus diesem Grund haben wir uns eingemischt. Wir haben gesagt: Wie können wir uns einmischen, ohne dass das Land baut und

im Moment keinen Euro in die Hand nimmt, sondern nur – das ist der Beschluss des Ministerrats –, ähnlich wie die Bayern, eine Vermietungsgarantie hinzu geben? – Das bedingt, wenn wir das machen, dass wir uns über die Standards unterhalten, über die Standorte einmischen müssen: Wo soll gebaut werden? – Das heißt, wir brauchen Ortsbürgermeister und Bürgermeister. Wir brauchen Angebote.

Hinzu kommen die Initiativen von Michael Billen und Frau Fink, bei denen ich vor Ort gebeten worden bin, weil es noch eine weitere Überlegung gibt, die nicht dumm ist: Die andere Intention dieses Hauses – von der Landesregierung vorgetragen –, nämlich Dorferneuerung zu betreiben, Dorfkerne zu beleben, möglicherweise alte Gebäude zu akquirieren und zu modernisieren, ob wir dies nicht einbeziehen können. – Das ist schwierig. Aber es ist nicht unmöglich. Deswegen haben wir gesagt, die HIRP – die Housing Initiative Rheinland-Pfalz – muss dies unter ein Dach bekommen.

Ich gebe gerne zu, dass wir in dem Bereich viele Interessen haben. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben Interesse, wenn neu gebaut wird, dann bitte doch bei mir, weil die Baugebiete oftmals erschlossen und nicht ausgelegt sind.

Es gibt den privaten Wohnungsmarkt, in den wir nicht eingreifen wollen. Wir sind auf die Privaten angewiesen. Wir wollen, dass die Privaten investieren. Die Privaten kommen und sagen: Liebe HIRP, ich bin bereit zu investieren, ich bin bereit ein Haus zu bauen, ich bin bereit, möglicherweise – darüber müssen wir noch intern reden – zu modernisieren oder Altbauten umzuwidmen, um dies alles zu tun.

Ich habe gesagt, es nützt mir doch nichts, dass ich in Mainz sitze und das weiß. Es nutzt auch nichts, dass das Innenministerium es weiß. Wir brauchen vor Ort jemanden – ich nenne ihn etwas einfach, das gebe ich zu, aber ich bin ein einfacher Bürgermeister gewesen –, den ich den Kümmerer genannt habe. Das ist ein Mensch vor Ort, der sich um all diese Fälle kümmert – zwischen der HIRP, zwischen dem Ministerium und zwischen den beteiligten Interessierten. Für Spangdahlem haben wir einen gefunden. Dort wird das ein gestandener Bürgermeister sein, der früher der Gemeinde Manderscheid vorstand. Das ist ein hervorragender Kommunalpolitiker. Genauso wird das in Ramstein sein, wo wir ebenfalls einen Kümmerer installieren werden. Auch das wird ein gestandener Kommunalpolitiker sein, der den Weg in die Kommunen und den Weg zu den Privaten hin weist.

Das Vierte will ich deutlich sagen: Das Land braucht die privaten Investoren. Wenn Sie so wollen, investieren wir nachher nur in die Bürgerschaft. Wir investieren nicht in das Bauen. Wir wollen eine Bausituation schaffen, von der die Region einen Gewinn hat. Wir wollen nicht die Wertschöpfung – ich wiederhole das – woanders hinlenken.

Der fünfte Punkt ist – darüber müssen wir noch intern und auch mit der HIRP reden, weil da noch ein Bedarf besteht –, wie wir garantieren können, dass auch diejenigen, die möglicherweise den gewünschten Standard

privat durch Modernisierung anbieten können, in das Programm „10 + 5“, also Amerikaner 10 und wir 5, kommen. Ich meine, von daher gesehen ist das eine vernünftige Sache.

Ich will eine Bemerkung zum Bedarf machen. Wir waren auch überrascht – es gibt verschiedene Studien der Amerikaner, wobei wir auf eine relativ lange gewartet haben, und wir haben auch selbst eine Studie zum Bedarf erstellen lassen –, als auf einmal die Meldung kam, wir hätten einen Leerstand von 1.200 Einheiten. Das hört sich dramatisch an und wird es zumindest für die Betroffenen auch sein. Wir haben auch Leerstände rund um Spangdahlem. Davon abgesehen, wir hatten immer Leerstände. Wir sind dabei, diese Leerstände zu analysieren. Ich gehe davon aus, dass wir Anfang September diese Leerstände analysiert haben. Die 1.200 Einheiten reduzieren sich jetzt schon um 600 Appartements. Nach der Stationierungspolitik der Amerikaner werden wir 600 Appartements nicht mehr benötigen, da sie eher Familien stationieren wollen.

Dazu sage ich noch einen Satz. Derzeit befinden wir uns im Gespräch mit den Amerikanern. Im Bereich des Pentagon wollen die Amerikaner sechs weitere Divisionen aufstellen. Möglicherweise sollen zwei Divisionen in Europa stationiert werden. Sie können sich vorstellen, dass ich einer bin, der ganz vorne stehen wird, wenn es darum geht, über diese Fragen zu reden. Wir befinden uns in Gesprächen. Ich hoffe sehr, dass wir bis Ende des Jahres – ich hatte schon gehofft, dass dies schon bis zum Oktober der Fall sein wird – ein weiteres Signal bekommen werden. Dann würde sich die Stationierungspolitik wieder verändern.

Wir wissen – auch das war in der Region ein Thema –, dass Hotels rund um Ramstein und Kaiserslautern über Leerstände geklagt haben. Wir haben das einmal nachvollziehen wollen. Die amerikanischen Streitkräfte haben uns daraufhin gesagt: Ja, wir haben im Moment eine andere Stationierungszeitdauer, und wir haben andere Entwicklungen. – Daher wird sich das möglicherweise im September/Oktober wieder verändern.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wenn es keine Umzüge gibt, werden auch keine Hotelzimmer gebraucht!)

Meine Damen und Herren, ich sage abschließend: Das, was wir machen, ist ein Angebot. Die Landesregierung bemüht sich intensiv darum, dass wir in der Stationierungspolitik mit den Amerikanern einen Gleichklang erzielen. Wir sind aber nicht die letztendlich Handelnden. Die Handelnden sind diejenigen, die die Soldatinnen und Soldaten herbringen, die die Familien herbringen und die die Wohnungen und Häuser bestellen. Das sind die Amerikaner, aber das sind nicht wir.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, wir sind uns einig in dem, was wir wollen. Umso wichtiger ist die heutige Aktuelle Stunde, weil draußen ein Informationsdefizit herrscht, das auch ein Kümmerer, der nichts weiß, nicht abbauen kann.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja, so ist es!)

Das sage ich einmal in aller Offenheit.

Ich kann nicht über Ramstein in der Genauigkeit reden, aber ich kann über Spangdahlem reden. Natürlich gibt es im Raum Spangdahlem einen Leerstand. In der Regel sind das aber Wohnungen, die dem amerikanischen Standard nicht entsprechen. Ein Haus, das in Ordnung ist, steht im Umkreis von Spangdahlem nicht leer, wenn man es vermieten will.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Bei uns schon!)

Frau Kollegin Fink und ich haben mit Sicherheit 100 Anfragen nach dem Motto „Wann können wir ein Haus bauen?“ Unter welchen Bedingungen können wir das bauen, wie hoch ist die Miete und wie groß muss das Haus sein? – Das Problem ganz hintendran liegt darin, dass die Häuser Ende 2009 alle stehen sollen. Das ist eine Forderung der Amerikaner.

Es gibt aber jetzt noch einen, der da auch noch etwas zu sagen hat. Die HIRP gibt wohl nur die Mietgarantie über 15 Jahre. Darüber hinaus gibt es aber noch die BlmA. Das ist die Bundesanstalt, die für die Amerikaner die rechtlichen Bedingungen in Deutschland umsetzt, damit sie bauen können. Die BlmA sagt, jeder Einzelne muss ein Angebot unterbreiten, die Kalkulation vorlegen und sagen, wie viel Miete er gerne hätte. Das ist überhaupt nicht machbar. Viele Kleininvestoren haben daher die Angst, dass aufgrund des Zeitdrucks und wegen bestimmter formeller Dinge der Großinvestor zum Tragen kommt, weil der kommt und sagt: Ich baue 50 Häuser und biete die für einen bestimmten Mietpreis auf 15 Jahre garantiert an. – Ob er sie aus Holz, Pappe oder was auch immer baut, ist dem im Zweifel egal. Das ist genau das, was wir nicht wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Im Sinne der deutsch-amerikanischen Freundschaft und im Sinne dessen, was die Amerikaner wollen – Herr Präsident, bitte noch wenige Sätze –, sind wir auf dem richtigen Weg. Wir müssen nur dafür sorgen, dass die Informationen sauber herüberkommen, damit endlich losgelegt werden kann. Ich meine, das gilt für beide Gebiete.

Wenn wir das gemeinsam hinbekommen, haben wir sowohl dem Standort als auch der Sicherheit des Standorts einen großen Gefallen getan und darüber hinaus den Menschen, die nicht nur das Gute von den Amerikanern ertragen müssen, etwas Gutes gebracht.

(Glocke des Präsidenten)

Ich meine, da sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie einem Abgeordneten aus der Westpfalz ein paar Anmerkungen dazu.

Herr Kollege Billen, so nah wir vielleicht in der Intention zusammen sind, kann ich aber eines nicht ganz nachvollziehen. Sie haben gesagt, es sei dem Investor nicht zuzumuten, eine Kalkulation vorzulegen. Das muss er für seine Bank auch machen. Er muss rechnen, was die Bude kostet, wie viel er an Abschreibung hat und welche Miete daher notwendig ist. Das kann man von jedem erwarten, egal ob Klein- oder Großinvestor. Ich meine, da sind wir uns sogar einig. Machen Sie also die Leute nicht kleiner, als sie sind.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich meine, dass wir uns darin einig sind – das hat der Herr Minister zuvor doch deutlich dargelegt –, dass wir auf der einen Seite die Sorgen derjenigen, die dort investieren und investiert haben, ernst nehmen im Hinblick auf die Entwicklung am Wohnungsmarkt. Gleichwohl fahren wir die Initiative des Landes, um strukturell sowohl in Spangdahlem als auch in Ramstein vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Standorte entwickeln können und sie insofern wirtschaftlich eminent wichtige Faktoren vor Ort bleiben. Da hat das Land – das halte ich für begrüßenswert – eben die Initiative ergriffen – das hat Karl Peter Bruch zuvor auch dargelegt –, damit es dazu kommt. Auf diesem Weg befinden wir uns.

Die nächsten Schritte, um das zu konkretisieren, stehen nun vor der Tür. Das wird gemeinsam mit den Akteuren vor Ort geschehen. Wenn dabei ein Kümmerer eingeschaltet ist, ist es doch gut, dass jemand, der Land und Leute kennt, vor Ort die Kontakte knüpft und die Bedenken zur hohen Ministerialbürokratie oder zu denen transportiert, die als Gesellschaft eingeschaltet sind. Ich habe keinen Zweifel, dass wir dann eine gute Sache auf einen guten Weg bringen.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, es ist sehr ehrenwert, dass Sie die Aussa-

ge treffen, dass in Ihrem Haus professionell gearbeitet wird. Das ist in Ordnung, und dem möchte ich auch nicht widersprechen. Die Reaktion, die wir beide kennen und die in der „Rheinpfalz“ veröffentlicht wurde, war aber zumindest unglücklich. Diese war mit Sicherheit auch nicht professionell und hat zu dieser Verunsicherung geführt.

Es muss letztlich aus der Studie und den Aussagen vom amerikanischen Wohnungsamt, in denen der Prognose deutlich widersprochen wird, als Information klar herausgearbeitet werden, wie sich der Bedarf zweifelsfrei entwickeln wird. Ich kenne die Studie nicht. Ich weiß auch nicht, ob das amerikanische Wohnungsamt vor der Erstellung der Studie überhaupt befragt worden ist. Es besteht also die Notwendigkeit, zweifelsfrei darzulegen, wie groß der zusätzliche Bedarf ist. Das muss den Betroffenen, die auf dem freien Wohnungsmarkt ihren Wohnungsraum zur Verfügung stellen, deutlich gemacht werden. Dann sind wir auch in der Lage, diese Verunsicherung auszuräumen.

Ihre Aussage, dass es nicht sein darf, dass der private Wohnungsmarkt gestört wird, nehme ich wirklich ernst. Dies nehmen wir gern zur Kenntnis. Wenn so gehandelt wird, ist das den Wohnungs- und Hauseigentümern gegenüber zu vertreten.

Für mich bleiben noch die Fragezeichen, was die Information anbelangt. Wie valide ist nach Ihrer Einschätzung die Studie, die den Bedarf berechnet hat, und wie bewerten Sie die möglicherweise aus Ihrer Sicht überzogene Aussage des amerikanischen Wohnungsamts?

(Glocke des Präsidenten)

Klären Sie diese Zweifel auf, und informieren Sie entsprechend die Bevölkerung!

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Mertes:

Herzlichen Dank.

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Betrügerischer Oberbürgermeister-Kandidat in Landau“

auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/1432 –

Es spricht Herr Abgeordneter Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manche haben in der Presse davon gesprochen, dass wir hier eine Köpenickiade vor uns haben, die der CDU-Kandidat

Kai Schürholt bei der Oberbürgermeisterwahl von Landau der Bevölkerung und uns allen vorgespielt hat. Der Hauptmann von Köpenick war arbeitslos und hat sich das Ansehen, das Uniformen damals im Staat hatten, zunutze gemacht, einen Schein heraufzubeschwören.

Meine Damen und Herren, ist das im vorliegenden Fall auch so, oder sieht das doch etwas anders aus? Jeder kennt das Schauspiel von Zuckmayer. Ich glaube, wir müssen das hier anders bewerten. Wie verhält sich das?

Im März dieses Jahres erklärt Oberbürgermeister Wolf von Landau, dass er nicht weiter für das Amt zur Verfügung steht und Neuwahlen anstehen. Die CDU in Landau sucht einen Kandidaten. Die Anhänger wünschen sich den Kreisvorsitzenden. Der hat nicht den Mumm zu kandidieren. Es kommt eine Findungskommission zustande, an deren Spitze der Bundestagsabgeordnete Göbel steht. Man sucht, und im Mai wird man fündig und präsentiert einen Kandidaten – „die neue Kraft für Landau.“

Wenn dann in der Zeitung „Die Rheinpfalz“ zu lesen ist, dass bei der Auswahl eines Pfortners – es steht mir sehr fern zu qualifizieren, welche Kriterien hier angelegt werden – mehr Sorgfalt an den Tag gelegt wird, als es in diesem Fall die CDU getan hat, ist dies zutreffend kommentiert.

(Beifall der SPD)

Es ist grob fahrlässig, was Sie uns und den Wählerinnen und Wählern mit Ihrem Kandidaten präsentiert haben. Wenn dann Gerüchte aufgetaucht sind, müssen Sie sich vorhalten lassen, dass bereits am 14. Juni Frau Kollmar gegenüber etlichen Verantwortungsträgern der Landauer CDU in einem Brief Bedenken geäußert hat, ob Herr Schürholt einen Dokortitel tragen kann und NATO-Kommissionen vorbereitet hat. All das wurde im Wahlkampf groß herausgestellt. Das findet sich dort alles.

Sind bei Ihnen in irgendeiner Form Alarmglocken angegangen? Haben Sie Sorgfaltspflichten wahrgenommen? Nein. Man hat beschwichtigt und gesagt, das ist alles nicht so, hat es zurückgewiesen und die Kandidatur weiterlaufen lassen, obwohl die Frist für einen Wechsel bis zum 23. Juli gelaufen wäre. Es gab kein Eingreifen der Findungskommission, sondern nach wie vor ein Bejubeln. Es wurden keinerlei Maßnahmen ergriffen.

Ist das für Sie als Partei nicht bezeichnend? Sie haben mit Ihrem Verhalten der Politik weit über Landau und das Land hinaus Schaden zugefügt. Ich will gar nicht so sehr auf den Hochstapler eingehen. Sie fragen: „Haben Sie noch Grund zu Häme?“

Natürlich gehe ich darauf ein. Sie tun den Sachverhalt damit ab, dass jeder betrogen werden kann. Sie machen es sich im Umgang mit dieser Affäre viel zu einfach. Sie wollen keine Verantwortung tragen. Sie tragen Verantwortung dafür. Ich konnte in der Presse lesen, dass der Kandidat auf Empfehlung von Landes- und Bundespolitikern als Fremder und als jemand, den man nicht kennt, nach Landau gebracht wurde. Muss man, wenn man Wählerinnen und Wählern einen Fremden präsentiert,

nicht schauen, welche Qualifikationen stimmen oder nicht stimmen?

Nein. Sie haben die Schreiben von Frau Kollmar nicht ernst genommen. Als diese unselige Geschichte mit dem Tumor aufgetischt wurde, haben Sie noch alles mit Krokodilstränen bedauert, ohne dass Sie der Sache auf den Grund gegangen sind, bis die Blase geplatzt ist und sich der Kandidat selbst zurückgezogen hat, weil ihm die ganze Angelegenheit entglitten ist.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist kein vorbildliches Verhalten der großen demokratischen Partei. Das ist für diese Partei bezeichnend.

Herr Baldauf, nehmen Sie Stellung!

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schneider.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das betrügerische Vorgehen des OB-Kandidaten Kai Schürholt ist ein herber Schlag für uns alle, und zwar für alle demokratischen Parteien und für alle, die politisch Verantwortung tragen.

(Zuruf des Abgeordneten Pörksen, SPD)

Heute lässt sich sicherlich noch nicht abschätzen, welchen Schaden Herr Schürholt angerichtet hat. Er hat auf jeden Fall dafür gesorgt, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Landau und in der Südpfalz ein Stückchen mehr den Glauben an die Politik verloren haben.

Unsere Aufgabe ist es, das Vertrauen wieder herzustellen. Dazu bedarf es einer schonungslosen Aufarbeitung vor Ort.

(Zurufe von der SPD)

Die CDU Landau hat bereits die notwendigen Schritte dazu eingeleitet. Der Kreisvorstand hat die politische Verantwortung übernommen und ist am vergangenen Freitag geschlossen zurückgetreten. Außerdem wurde gegen Herrn Schürholt seitens der CDU Strafanzeige erstattet und ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet.

(Zuruf von der SPD: Das Bauernopfer!)

Bei aller Diskussion, Schuldzuweisung, der Suche nach Verantwortlichen und dem Versuch, politisches Kapital zu schlagen, dürfen wir nicht vergessen, dass alle in Landau Opfer eines Betrügers und Hochstaplers geworden sind, insbesondere die CDU.

(Hartloff, SPD: Es fehlt jede Auseinandersetzung mit den Sorgfaltspflichten, meine liebe Kollegin!)

Sie ist Opfer und nicht Täter.

(Beifall bei der CDU)

Ich selbst habe für Herrn Schürholt bei den Landauerinnen und Landauern geworben. Ich war von seiner Integrität überzeugt. Man kann mir und allen Mitstreitern vorwerfen, dass wir leichtgläubig waren und uns haben blenden lassen. Betrüger und Hochstapler sind nun einmal gerade deshalb so erfolgreich, weil man es ihnen nicht anmerkt und ansieht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für mich hat die Affäre Schürholt eine rechtliche und moralische Perspektive. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Titelmisbrauch spielt für mich persönlich eine untergeordnete Rolle. Herr Schürholt wird sich für das unrechtmäßige Führen des Dokortitels vor Gericht verantworten müssen.

Das eigentlich Verwerfliche und kaum Entschuldbare ist, dass der evangelische Theologe Schürholt mit den Ängsten und dem Mitleid von uns und der Landauer Bevölkerung gespielt hat. Es widert mich an, dass Kai Schürholt eine Landauerin, die an einem Tumor leidet und sich einer Strahlentherapie unterziehen muss, genau ausgehorcht hat und bis ins Detail die ihm geschilderten Nebenwirkungen und Ausfallerscheinungen perfide nachgespielt hat.

Einige von uns waren schon persönlich von einer schweren Erkrankung betroffen und wissen aufgrund ihrer familiären Erfahrungen, ihrem direkten Umfeld um die Ängste und Verzweiflung, welche eine Krankheit mit sich bringt.

Mit diesen Ängsten und mit dem Mitleid hat Herr Schürholt widerwärtig gespielt, um seine eigenen niederen Motive zu verschleiern und nicht aufzuziegen. Dies ist für mich das eigentlich moralisch Verwerfliche.

Auch wenn dies ganz alleine Kai Schürholt zu verantworten hat, so möchte ich mich, auch im Namen der CDU, bei allen entschuldigen, die von Kai Schürholt belogen und betrogen wurden.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir waren etwas überrascht, dass die Fraktion der SPD ihre Aktuelle Stunde ausgetauscht hat und das für uns wichtige Thema „Wie geht es im deutschen Weinbau weiter“ ausgeklammert hat. Die neuesten Entwicklungen aufgrund der EU-Weinmarktreform betreffen Hunderte, ja sogar Tausende von Winzerinnen und Winzern in diesem Land,

(Hartloff, SPD: Das ist morgen Thema der Mündlichen Anfrage!)

wo die Existenzen sicherlich gefährdet sein können, wenn diese Weinmarktreform so verabschiedet wird. Dieses Thema hat jetzt eine andere Wertigkeit bekommen. Ihr Thema ist ein Thema, das eigentlich auf der kommunalen Ebene diskutiert werden muss.

(Ramsauer, SPD: Kommt doch morgen!)

Dort gehört es im Grundsatz hin.

(Beifall der FDP und bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir beteiligen uns nicht, genauso wenig wie meine Parteifreunde vor Ort, an irgendeinem Komödienstadel, einer Schlammschlacht oder an einem Schmierentheater. Nein, das tun wir nicht.

Wir sind für die Aufklärung. Das ist für uns selbstverständlich. Wir wissen auch, dass auf dieser Oberbürgermeisterwahl ein Schatten liegt, ein Schatten durch einen Betrugs- und Täuschungsfall.

(Pörksen, SPD: Darüber müssen wir reden!)

Ich sage aber auch deutlich, dies kommt in allen Parteien vor.

(Zurufe von der SPD: Nein! Wo?)

– Natürlich, ich könnte es Ihnen beweisen. Das gab es in der Vergangenheit. Ich nenne jetzt keine Namen. Wir können nachher bilateral darüber reden, dann kann ich Ihnen auch einen Fall nennen, von dem die SPD betroffen ist. Täuschungs- und Betrugsfälle gibt es immer wieder.

(Ministerpräsident Beck: Dann raus damit!
Das geht so nicht!)

Meine Damen, meine Herren, die politischen Parteien tragen die Verantwortung für das Aufstellen ihrer Kandidaten.

(Hartloff, SPD: Die politischen Parteien?)

Darüber sind wir uns einig.

(Pörksen, SPD: Das ist doch wohl klar!)

Insbesondere, wenn ein Kandidat von außerhalb kommt, gilt es, die persönlichen Angaben und den Lebenslauf nachzuvollziehen und zu überprüfen. Deswegen bin ich ein bisschen überrascht, dass es zu diesem Vorfall kommen konnte, zumal es im Juni dieses Jahres bereits einen Brief einer Bürgerin in Landau gegeben hat, der nachweislich besagt hat, es könne nicht sein, dass Herr Schürholt einen Dokortitel trägt.

(Ramsauer, SPD: So ist das!)

Es gibt dafür keinen Nachweis, bzw. sie hat nachgewiesen, dass er nicht promoviert hat. Das ist der entscheidende Punkt.

Ab dem Zeitpunkt hätte noch deutlicher kontrolliert werden müssen, auch vonseiten der örtlichen CDU, und man hätte vielleicht den Skandal verhindern können. Insofern trägt natürlich die örtliche CDU hier eine Schuld, dass sie zu spät mit der Aufklärung der ganzen Sache begonnen hat. Die CDU vor Ort muss letztlich auch die Suppe auslöffeln.

Das Ganze hat natürlich einen Beitrag zur weiteren Politikverdrossenheit geleistet. Die Glaubwürdigkeit muss vor Ort wiederhergestellt werden. Auch bei der betroffenen Partei muss das Vertrauen wieder zurückgewonnen werden.

Ich will aber auch deutlich machen, dass es für unsere Fraktion nicht infrage kommt, dass wir grundsätzlich am System der Urwahl der Oberbürgermeister, der Landräte und Bürgermeister in diesem Land etwas ändern wollen. Das ist liberales Gedankengut. Dazu stehen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Wir haben das in Koalitionen mit der CDU und der SPD um- und durchgesetzt. Alles in allem hat es sich bewährt. Wir appellieren an die Eigenverantwortung der Parteien, die beim Aufstellen der Kandidaten gefordert ist und insbesondere jetzt noch mehr gefordert ist.

Meine Damen und Herren, außerdem werden die Bürgerinnen und Bürger am kommenden Sonntag so mündig und souverän sein, dass die vier Kandidaten, die immer noch zur Verfügung stehen,

(Hartloff, SPD: Fünf!)

auch angekreuzt werden können.

Ich hoffe, dass die OB-Wahl in Landau auch entsprechend gut ablaufen wird, was den kommenden Sonntag betrifft.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Innenminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie gestatten mir, dass ich die Rede in einen politischen Teil und in einen formalen Teil aufgliedere.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Eymael, das sind die Kandidaten am Sonntag: nicht vier, sondern fünf, da der Kandidat der CDU immer noch Kandidat ist. Wir reden über ein sehr formales Recht beim Wahlrecht. Es hat bestimmte Pflichten und bestimmte Vorbereitungen.

Frau Abgeordnete Schneider, Sie haben gesagt, Sie seien einem Hochstapler aufgesessen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Betrüger!)

Herr Abgeordneter Hartloff hat den Vergleich mit dem damaligen Schuhmacher Voigt gewählt.

Hochstapler gehen von sich aus los. Dieser Kandidat wurde – soweit es mir vorliegt – vom Bundestagsabgeordneten Göbel geholt. Er hat das gegenüber der „Berliner Morgenpost“ bestätigt.

Göbel hat Schürholt auf Empfehlung zahlreicher CDU-Kreise in Berlin nach Rheinland-Pfalz geholt. Schürholt war dort für Bundestagsabgeordnete tätig. Sogar Altkanzler Helmut Kohl habe ihn empfohlen, berichtete Göbel.

Sie können also nicht von einem Hochstapler reden, sondern Sie haben ihn geholt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Was? – Harald Schweitzer, SPD: Natürlich!)

Er kam nicht an und hat gesagt, er sei da und sei der Kandidat.

Jetzt kommen wir wieder zum formalen Wahlrecht. Er hat sich auch nicht selbst beworben. Es war ein CDU-Vorschlag, ausweislich der Prüfung des dortigen Wahlleiters. Das ist der Oberbürgermeister Wolff. Er hat die Aufstellung der CDU geprüft.

Es gibt eine Versammlung und Unterstützungsunterschriften. All das ist geschehen.

Die Wählbarkeit wurde geprüft, ob er Deutscher und EU-Bürger ist. Ansonsten stellen wir im Wahlrecht an die Anforderungen des Kandidaten wenig Ansprüche.

(Licht, CDU: Gar keine! – Pörksen, SPD: Doch! Natürlich! Ihr habt keine gestellt! Das stimmt!)

Ich habe sie gerade genannt. Das Namensrecht wird nicht geprüft.

Bis 30 Tage vor der Wahl kann die Partei den Wahlvorschlag ändern. Der Kandidat kann auch eine Erklärung abgeben. Das hat er in diesem Fall jedoch nicht getan.

Am 30. Tag steht das Ding fest. Warum ist das so? Man stelle sich vor, man würde das bis drei Tage vor der Wahl offenlassen. Damit wäre jeder Manipulation Tür und Tor geöffnet. Jeder Kandidat könnte sagen, jetzt gefalle es ihm nicht mehr, und jetzt mache er es nicht mehr. Jede Partei könnte sagen, jetzt stelle sie noch einen anderen auf.

Man muss vorbereiten. Man muss einen Wahlgang vorbereiten. Das gehört zur demokratischen Wahl. Sie ist geheim und allgemein. Sie kennen die fünf Grundsätze.

Meine Damen und Herren, sich so einfach herauszureden, wie Sie das tun, und zu sagen: „Wir sind einem Hochstapler und Betrüger aufgesessen“, Entschuldigung.

gung, das glaubt Ihnen doch hier im Saal kein Mensch, Frau Schneider. Sie selbst glauben es auch nicht.

(Beifall der SPD)

Ich gebe Ihnen absolut recht: Das Schlimmste ist noch nicht einmal das Namensrecht. Dies ist eigentlich der ausschlaggebende Punkt, dass man dort angesetzt hat. Das Schlimme ist die Vorspiegelung einer Krankheit, die viele von uns betroffen macht. Auch in diesem Fall gibt es einen Hinweis, dem man entnehmen kann, dass Ihr Bundestagsabgeordneter, der Finder des Herrn Schürholt, an dessen Krankenbett war und festgestellt hat, der Todkranke ist schwer krank, er hat Ausfallerscheinungen, und das ist schlimm. – Glauben Sie denn ehrlich, dass Sie argumentieren können, das habe der Politik geschadet? – Das muss der CDU schaden. So etwas kann doch keine andere Partei für sich reklamieren. Das kann doch gar nicht anders sein.

(Beifall der SPD)

Entschuldigung, Landau ist keine Kleinstadt irgendwo, sondern es ist eine bedeutende Stadt. Es wäre mir schon recht, wenn Ihr Parteivorsitzender sagt, was er zu dieser Frage denkt.

Ich sage für den Bereich Wahl und Wahlrecht, ich habe mit Sorge gesehen, dass man versucht, das Wahlrecht und die Wahlvorschriften zu manipulieren. Der Kandidat ist immer noch der Kandidat. Würde er am Sonntag gewählt, wäre er gewählt, Ihre Namensrechtsanzeige hin oder her.

(Harald Schweitzer, SPD: So ist das!)

Es gibt in diesem Fall nicht den Wahlbetrug, den Sie gern nach vorne bringen wollen.

(Frau Schneider, CDU: Das haben wir gar nicht getan!)

– Ich lese es aber, und ich bekomme Hinweise von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und von anderen, die mich fragen, wie ich dazu stehe. Ich habe dazu keine Aussage gemacht und mache sie auch an dieser Stelle nicht; denn letztendlich wird die Kommunalaufsicht prüfen müssen, was Sie sich möglicherweise von Ihrer Seite noch einfallen lassen. Ich rate Ihnen dringend, nach dieser Wahl oder – wenn es geht – noch vor dieser Wahl vor die Wählerinnen und Wähler zu treten und zu sagen: Wir haben nicht nur einen Fehler gemacht. Dieser Kotau, den Sie gemacht haben, reicht dafür nicht aus.

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Kollege Eymael, ich möchte gar nicht auf das Tauschen von Stunden und auf sonstige Dinge eingehen.

Die zwei Minuten, die mir noch verbleiben, sind zu wenig Zeit dafür.

Frau Kollegin Schneider, Sie sind dem voll ausgewichen: „Die Schuld hat der Hochstapler, und wir haben keine Schuld.“ – Sie sind mit keinem Wort auf das eingegangen, was ich gesagt habe. Sie sind nicht darauf eingegangen, Kenntnis zu haben über Bedenken, die man prüfen muss. Das hat doch die CDU nicht getan, und die Empfehlung, auf die Homepage von Herrn Schürholt zu gehen, findet man noch immer auf Ihrer Website.

(Beifall der SPD)

Im Schreiben vom 18. August, das mir vorliegt und das Ihnen Frau Kollmar übersandt hat, zitiert sie den Kandidaten, der dazu sagt: Was den Doktor und die Promotion anbelangt, dazu müssen Sie mir noch Zeit lassen. – Er sagt auch: Ich habe mich in meinem jugendlichen Leichtsinn zu dieser Kandidatur überreden lassen. – Wenn ich es richtig gehört habe, geschah dies in einer Gaststätte. Sind das seriöse Politikvorschläge, oder ist das die Flucht, weil man keinen Kandidaten hat, jemanden zu präsentieren, der nicht seriös ist, der nicht geprüft ist und der unzuverlässig ist? – Das ist es, und das ist ein Skandal der CDU!

(Beifall der SPD)

Auch ich sehe die vorgespiegelte Krankheit von Herrn Schürholt als am schlimmsten an. Aber ich zitiere aus einem Protokoll der Wählerinitiative, das mir vorliegt: „Übrigens, alle Kandidatinnen und Kandidaten, auch Frau Dr. Migl, haben sich nach dem Befinden von Kai Schürholt erkundigt und gute Wünsche ausgesprochen, außer einem, dem Kandidaten der SPD. Format hat man, oder man hat es nicht. Stellen Sie sich einmal vor, welchen Stil, welche Form, welche Provinzialität und die sich daraus ergebenden Folgen wir zu erwarten hätten, würde der SPD-Mann sein Ziel erreichen! Allein aus diesem Grund lohnt es sich, unsere ganzen Kräfte aufzubieten.“ – Das ist ein Protokoll vom 6. August. Trotz Bedenken – in dieser Schamlosigkeit –, und dann halten Sie mir das öffentlich in diesem Parlament vor?

(Glocke des Präsidenten)

Da wäre eine Entschuldigung maßgeblicher gewesen. Die Wahl findet am Sonntag statt. Demokratische Parteien haben Kandidaten, die gewählt werden können, und die Bürger sollten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Entschuldigen Sie sich für den Vorgang!

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Herr Baldauf, Sie haben das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass Sie diesen Vorfall heute zum Thema in einer Landtagssitzung machen, mag Ihr gutes Recht sein.

Dass Sie aber versuchen, dabei meine Person und – das ist ganz interessant – auch die rheinland-pfälzische CDU in die Affäre hineinzuziehen, finde ich unfair, Herr Hartloff. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Das ist nicht klar.

(Zurufe von der SPD)

– Sie können so laut rufen, wie Sie wollen. Wir können über viele Dinge streiten. Ich möchte Ihnen aber dazu eines sagen: Wir haben ein Problem mit diesem Kandidaten. Das ist richtig. Das hat Christine Schneider auch eindeutig so eingeräumt. Ich weiß aber nicht, ob es Sinn macht – Frau Raab, Sie haben es in der „Rheinpfalz“ ebenfalls so erklärt –, uns in einer solchen Situation gegenseitig mit Häme zu überziehen, wenn wir die Situation vorfinden, dass wir einen Menschen vor uns haben, der uns aufs tiefste hinter Licht führt und der eine Sache vorgibt, von der keiner glaubt, dass sie nicht stimmen kann. Keiner von uns in diesem Saal hätte geglaubt, dass das nicht stimmt. Darüber bin ich mir absolut sicher.

(Hartloff, SPD: Im Juni kamen die Hinweise dazu!)

– Herr Hartloff, ich möchte Ihnen sagen, es bringt nicht viel, wenn nicht alle Parteien gemeinsam aus dieser Situation etwas lernen. So etwas darf einfach nicht mehr passieren.

(Frau Spurzem, SPD: Fangen Sie einmal damit an!)

Herr Hartloff, Herr Ministerpräsident Beck und Herr Martin, deshalb möchte ich Sie einladen, dass wir darüber nachdenken, wie wir zukünftig solche Dinge, die – offen gestanden – jedem passieren können, die ich aber niemandem wünsche, vermeiden können. Herr Hartloff, nur am Rande gesagt, Frau Schneider nun mit Dingen zu konfrontieren, die nicht stimmen, weil es auf der Homepage nicht steht, finde ich auch nicht in Ordnung.

Christine Schneider ist die Abgeordnete der Region und hat sich entschuldigt. Ich entschuldige mich auch im Namen der CDU dafür, obwohl ich nichts dafür kann, dass die Wählerinnen und Wähler in Landau betrogen worden sind.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Hartloff, Sie haben es selbst gesagt: Bei Einstellungen im normalen Arbeitsleben wird mehr geprüft als bei Wahlzulassungen. Lassen Sie uns daran arbeiten, dass so etwas zukünftig nirgendwo mehr so passieren kann.

(Ministerpräsident Beck: Na, na, na!
Macht Euren Kram allein! –
Zurufe von der SPD)

Ich lade Sie dazu ein, und ich bin gerne bereit, darüber zu diskutieren.

(Ministerpräsident Beck: Nein, nein, nein!
So weit kommt's noch!)

Aber ich sage Ihnen auch, dies ist der falsche Ort dafür.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: So weit kommt's noch, die Verantwortung auf den Staat abzuschieben! Wo kommen wir denn da hin?)

Präsident Mertes:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aktuelle Stunde abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK)
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 15/1159 –

dazu:
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/1425 –

(Unruhe im Hause)

– Ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP für die Wahl der Mitglieder des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation – Drucksache 15/1425 – vor. Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 15/1165 –

dazu:
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/1434 –

Meine Damen und Herren, wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU und der FDP angenommen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern des Landtags Rheinland-Pfalz in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 15/1166 –

dazu:

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und CDU

– Drucksache 15/1435 –

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag mit den Stimmen der SPD und der CDU angenommen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Wahl eines Mitglieds des Landtags in den Verwaltungsrat des Landesbetriebs „Liegenschafts- und Baubetreuung“ (LBB)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/1385 –

Wer dem vorgelegten Wahlvorschlag – Drucksache 15/1385 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Wahl von stellvertretenden Mitgliedern in die Kommission beim Landesbeauftragten für den Datenschutz

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

– Drucksache 15/1418 –

Wer dem Wahlvorschlag – Drucksache 15/1418 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich frage pauschal die Gewählten, ob sie die Aufgaben annehmen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Meine Damen und Herren, wenn es dazu gekommen wäre, dass es der Zufall und der Zeitplan gleichermaßen mit sich gebracht hätten, dass eine ruandesische Delegation von Beamten der Regierung jetzt eingetroffen wäre, dann hätten wir den Tagesordnungspunkt zu Ruanda vorgezogen. Aus vielerlei anderen Gründen hat sich dies aber verzögert, sodass wir in der Tagesordnung wie ausgedrückt fortfahren.

Ich rufe daher **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/1273 –

Erste Beratung

Es ist eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart worden. Ich erteile Staatsministerin Frau Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung hat den Entwurf

eines Landesgesetzes zur Änderung des Schulgesetzes in den Landtag eingebracht. Schwerpunkt dieses Änderungsgesetzes ist die Verkürzung der Schulzeitdauer auf acht Jahre an Ganztagsgymnasien. Mit dieser Konzeption machen wir deutlich, dass die Landesregierung mit der Lebenszeit junger Menschen zugleich die Qualität schulischer Ausbildung verbindet. Dies ist für uns untrennbar miteinander verbunden.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Ich betone dies in dieser Art und Weise, gerade auch nach der Debatte, die wir im Sommer hatten, als plötzlich in Ländern, in denen das zwölfjährige Abitur längst auf dem Weg ist, diskutiert wurde, ob die Qualitätsmaßstäbe so eingehalten werden, ob die Stundenzahlen so überhaupt machbar sind. Dies geschah alles mehrere Jahre, nachdem man sich auf den Weg gemacht zu haben schien. Das scheint mir in der Tat kein guter Weg zu sein. Damit eine entsprechende Planung gewährleistet ist, wollen wir das in Rheinland-Pfalz anders machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass Schülerinnen und Schüler in ihren Interessen, in ihren Begabungen, in ihren Lerngeschwindigkeiten und ihrer Art zu lernen höchst unterschiedlich sind. Das ist eine Tatsache, die heute erfreulicherweise auch sehr viel mehr Beachtung findet, als das lange Zeit der Fall war.

In Rheinland-Pfalz bemühen wir uns seit langem, durch differenzierte Angebote den unterschiedlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen gerecht zu werden. So ist bereits Mitte der 90er-Jahre BEGYS eingeführt worden, die Begabtenförderung an Gymnasien, die die Möglichkeit eröffnet hat, die Schulzeit zu verkürzen.

Seit dem Schuljahr 1999/2000 wurde das Abitur in der Jahrgangsstufe 13 vorgezogen, damit alle Schülerinnen und Schüler ohne Qualitätsverlust früher das Abitur ablegen können.

Nun soll eine weitere Möglichkeit geschaffen werden, das Abitur nach zwölf Jahren zu erreichen. Die Landesregierung berücksichtigt bei diesem Konzept, dass bei der Bewältigung des durch die Verkürzung notwendigerweise verdichteten Unterrichtsstoffs ganz besondere Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler gestellt werden. Wir haben daraus die Konsequenzen gezogen und uns sehr bewusst für einen Weg entschieden, der sich von den Wegen anderer Bundesländer in wesentlichen Punkten unterscheidet.

Ich weiß, dass die Opposition davon redet, das sei negativ und wir hätten uns abgekoppelt. Ich kann Ihnen nur sagen, die vielen Briefe aus anderen Bundesländern von betroffenen Eltern machen mir zusätzlich deutlich, wie wichtig es ist, an dieser Stelle einen anderen Weg zu gehen und sich nicht hinterher Gedanken über Probleme zu machen, sondern eine vernünftige Planung auf den Tisch zu legen. Das haben wir getan.

(Beifall bei der SPD –
Lang, SPD: So ist es! Bravo!)

Ich erinnere in dem Zusammenhang nur an einen Vorstoß aus der Sommerdebatte. Da machte der Kollege aus dem Saarland die Feststellung – wohlgemerkt, er hat 2001 das achtjährige Abitur auf den Weg gebracht –, dass die 265 Jahreswochenstunden, die bundesweit vorgegeben seien, ein Problem beim achtjährigen Bildungsgang darstellten. Also Glückwunsch zu dieser Erkenntnis, aber heftige Kritik an der Frage, dass er offensichtlich meint, wenn man das Abitur in acht Jahren erreichen will, man an die Qualitätsmaßstäbe herangehen muss. Das sehe ich dezidiert nicht so. Wir wollen eine Schulzeitverkürzung bei gleichbleibender Qualität.

(Beifall bei der SPD)

Der eine oder andere stellt jetzt fest, es ist alles nicht so einfach umsetzbar. Wie gesagt, wir haben uns die Gedanken vorher gemacht. Wir haben uns auch die Gedanken gemacht, dass wir ein differenziertes Angebot vorlegen wollen. Wir haben deswegen gesagt, es ist ein Angebot dort, wo Eltern, Schulen und Schulträger es wünschen. Die Schulen und der Schulträger stellen den Antrag gemeinsam. Wir haben gesagt, wir wollen in dieser Legislaturperiode zunächst 15 Gymnasien diese Möglichkeit eröffnen. Wir haben aber auch gesagt, wir werden uns bei unserem Planungsprozess nach dem Bedarf richten. Da sind wir auch offen.

Wir haben bereits die erste Antragsrunde durchgeführt. 13 Gymnasien haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Mit diesen Anträgen werden wir uns jetzt intensiv auseinandersetzen.

Kernpunkt unserer Umsetzung ist, dass wir die Verkürzung auf den achtjährigen gymnasialen Bildungsgang, respektive die zwölfjährige Schulzeit, mit einer verpflichtenden Ganztagschule verbinden.

Ich kann mich auch noch an die Debatte im Parlament erinnern. Es gab sogar Leute, die meinten, das als „Kantinenabitur“ bezeichnen zu müssen. Ich habe mich nicht wenig gefreut, in den Sommerferien eine Reihe von Artikeln zu lesen, in denen Menschen, die früher auch nicht immer dieser Meinung waren, nun sagten: Aha, offensichtlich hat man sich in Rheinland-Pfalz doch die richtigen Gedanken gemacht und stellt nicht im Nachhinein fest, was jetzt von Eltern in anderen Ländern und von Schülerinnen und Schülern beklagt wird. –

(Beifall bei der SPD)

Wichtig bei der Konzeption ist uns auch die Durchlässigkeit. Damit meine ich die Durchlässigkeit zwischen dem achtjährigen und dem neunjährigen Bildungsgang. Wichtig ist uns die Gleichwertigkeit in der Qualität zwischen diesen beiden Bildungsgängen.

Wichtig ist uns aber auch, dass die Umsetzung einer entsprechenden Konzeption auch in Zukunft gewährleistet, dass Menschen aus anderen Schularten ins Gymnasium zu unterschiedlichen Zeitpunkten wechseln können. Wenn wir ein Problem in den Schulsystemen der Bundesrepublik Deutschland haben, dann ist es beileibe nicht das, dass zu viele Menschen Abitur machen. Es ist vielmehr so, dass wir nach wie vor zu wenig Durchlässigkeit haben. Deswegen geht nur ein Konzept, das

diese Durchlässigkeit mindestens in vollem Umfang gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Nachher wird es bestimmt wieder ganz eigene Vorstellungen bezüglich der gymnasialen Oberstufe geben. Deswegen möchte ich an dieser Stelle schon noch einmal darauf hinweisen, es ist bundesweit eine dreijährige Oberstufe vorgesehen. So setzen wir das in unserem Konzept auch um. Auch damit versuchen wir, die Durchlässigkeit an dieser Stelle noch einmal möglichst groß zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anhörungen in Rheinland-Pfalz, aber auch die Rückmeldungen aus anderen Bundesländern, dass Dinge in anderen Ländern nicht beachtet worden seien, waren für uns nochmal eine zusätzliche Bestätigung, dass es richtig ist, diesen Weg unter hohen Qualitätsmaßstäben und maßvoll zu gehen und damit auch das einzuhalten, was man verspricht.

Ich bin sicher, dass wir mit der Entscheidung, die Schulzeit gezielt an Ganztagsgymnasien zu verkürzen, einen guten Weg gefunden haben, der unserem Anspruch, Kinder individuell zu fördern, in jeder Hinsicht gerecht wird.

Ich bin nicht ohne Optimismus, dass andere Länder auf diesen Dreh dann auch noch kommen, wenn man in den letzten Wochen die Debatte verfolgt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ergänzend darauf hinweisen, dass in dem Gesetzentwurf zwei weitere Änderungen vorgesehen sind, die zum einen die Bestimmung über die Schülerbeförderung betreffen, die der Situation nach der Einführung der Dualen Oberschule angepasst werden müssen, und zweitens eine Klarstellung bei den Zugangsvoraussetzungen zur Berufsoberschule, die nach dem, was sich in der Praxis gezeigt hat, so sinnvoll ist.

Ich darf Sie heute schon an dieser Stelle um konstruktive Beratungen und um Zustimmung zum Gesetzentwurf bitten.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin.

Als Gäste im Landtag darf ich Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Ahrweiler begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag Rheinland-Pfalz!

(Beifall im Hause)

Frau Abgeordnete Beilstein, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Frau Beilstein, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich in das Thema einsteige, möchte ich Ihnen,

Frau Ministerin, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch und alles Gute zum Geburtstag wünschen.

(Beifall im Hause)

Genau heute auf den Tag vor einem Jahr und zwei Monaten haben wir als CDU-Fraktion den Antrag auf Einführung des Gymnasiums in achtjähriger Form eingebracht. Es war nicht unser erster Versuch. Der liegt noch länger zurück. Aber nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ ist es endlich gelungen, dass auch die Landesregierung hier die Zeichen der Zeit erkannt hat und zumindest einen ersten Schritt in die richtige Richtung gegangen ist.

(Pörksen, SPD: Danke schön! Das ist aber nett von Ihnen!)

Nachdem es nun 15 Bundesländer vormachen, ist also auch die Erkenntnis in Rheinland-Pfalz angekommen, wie wichtig ein sorgsamer Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen ist.

(Pörksen, SPD: Ja, ja! Vormachen!)

Ich glaube, die zurückliegende Anhörung hat auch deutlich gemacht, dass unser Vorstoß richtig war und er längst überfällig ist, um endlich die Benachteiligung der rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler zu beenden.

(Beifall der CDU)

Wer aber jetzt glaubt, dass der rheinland-pfälzische Sonderweg von zwölfteinhalb Jahren, der nichts als Warteschleifen produziert hat, endlich vorbei ist, der sieht sich getäuscht. Rheinland-Pfalz wird weiterhin das Land sein, das für Insektlösungen und für Halbherzigkeit steht. Es wird nach wie vor keine Chancengerechtigkeit – weder innerhalb von Rheinland-Pfalz noch innerhalb Deutschlands – für die rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler geben.

Innerhalb Deutschlands ist das deswegen nicht der Fall, weil nach wie vor an der weit überwiegenden Zahl der Gymnasien erst nach zwölfteinhalb Jahren das Abitur möglich sein soll und damit die Anschlussfähigkeit zum Studium außerhalb unseres Landes nicht gegeben ist. Innerhalb von Rheinland-Pfalz leistet die vorgesehene Änderung des Schulgesetzes nur einen weiteren Beitrag zum Flickenteppich der Chancengerechtigkeit. Zukünftig entscheidet nämlich der Wohnort darüber, wie schnell ein Mensch zum Abitur gelangt, also ob gerade ein G-8-Gymnasium vor Ort da ist oder nicht.

Man darf hier durchaus spekulieren, was Grund für diese Umsetzung ist frei nach dem Motto „Wir machen's einfach, aber zögerlich“. Ist es vielleicht Mutlosigkeit oder zu wenig Zutrauen in die Fähigkeiten unserer Schüler oder vielleicht auch der Schreck vor den zu hohen Kosten? Denn nach den Berechnungen, die man uns hier vorgelegt hat und – das muss ich ehrlich sagen – die wir bezweifeln, würde der Mehrbedarf an Personalkosten an einem vierzügigen Gymnasium dauerhaft bei 475.000 Euro liegen. Das macht hochgerechnet 66,5 Millionen Euro bei den 140 Gymnasien aus. Bei der

Schuldenlage des Landes liegt es natürlich nahe, das Ganze erst einmal langsam anzugehen und als Grund zu nennen: Wir brauchen noch ein bisschen Erfahrung.

Nun muss man da doch einmal ernsthaft fragen. Wir haben doch Erfahrungen mit BEGYS. An dem Schulversuch nahmen insgesamt 2.254 Schüler am BEGYS-Modell teil. Bezogen auf die beteiligten Gymnasien handelte es sich dabei um einen Schüleranteil von 24,4 %. Die Erfahrungen waren durchweg gut. Dabei sollte man sicherlich auch nicht vergessen, BEGYS in Rheinland-Pfalz bedeutet Abitur in etwa siebeneinhalb Jahren, noch nicht einmal in acht Jahren.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Das waren aber nur die begabten Schüler!)

Das ist also noch eine verkürzte Zeit.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Für die begabten Schüler!)

– Für die begabten Schüler: siebeneinhalb und nicht acht.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Für die begabten Schüler!)

Ich denke, wir können von den Schülern an Gymnasien in Rheinland-Pfalz insgesamt als Schüler reden, die durchaus begabt sind. Also muss man sich schon einmal fragen, ob man in Rheinland-Pfalz die Schülerinnen und Schüler für dümmer als in anderen Bundesländern hält.

(Beifall der CDU)

Wir haben hier gehört, wie dieser Flickenteppich begründet wird. Es wird gesagt, wir haben unterschiedliche Schülerinnen und Schüler, dann gehen wir unterschiedliche Wege und bieten unterschiedliche Bildungswege an. Ich glaube jedoch, wir haben unterschiedliche Bildungswege zur Genüge. Ich erinnere einfach einmal daran, dass wir in unserem Bildungssystem eine Hauptschule und auch eine Realschule für die Schüler finden, die den direkten Weg zum Gymnasium nicht schaffen.

Ich glaube, jeder kennt in seinem Bekanntenkreis Leute, die zuerst diesen Weg gewählt haben und nachher immer noch ein Abitur draufgesetzt und studiert haben. Wir haben also eine Durchlässigkeit. Sie ist auch für diejenigen Schülerinnen und Schüler gegeben, die erst später einen Drive kriegen. Deswegen stellt sich für uns die Frage: Warum brauchen wir jetzt noch zwei unterschiedliche Gymnasien und zementieren hier dauerhaft auch in diesem Bereich zwei verschiedene Klassen?

(Beifall der CDU)

So viel zur zeitlichen Umsetzung. Kommen wir jetzt zur inhaltlichen Umsetzung. Ich beginne jetzt einfach einmal mit der Tatsache, dass der gravierendste Unterschied zum CDU-Antrag das eingesparte Unterrichtsjahr über die Dauer von nur drei Jahren, nämlich von den Klassenstufen 7 bis 9, erbracht werden soll und nicht, wie wir es vorgesehen haben, zwischen 5 und 9 bzw. 10.

Frau Ministerin, als Grund nennen Sie die Orientierungsstufe als Garant der Durchlässigkeit. Ich frage mich aber, wann etwas durchlässig ist. Laut Nummer 9 Ihres Konzepts begründen Sie die Durchlässigkeit allein mit der Tatsache, dass die Pflichtstundenzahl in den Klassenstufen 5 und 6 an allen Schularten bei 30 liegt. Ich finde das sehr vereinfacht und bin da auch sehr skeptisch, ob allein die gleiche Anzahl an Unterrichtsstunden gleichbedeutend mit Durchlässigkeit sein soll. Ich frage mich, was hier mit dem Lernstoff ist.

(Beifall der CDU)

Sie wollen doch wohl niemandem weismachen, dass der Lernstoff und auch die Art der Unterrichtsvermittlung in den Klassen 5 und 6 in den verschiedenen Schularten identisch ist. Die Schüler sollen doch gerade in dieser Zeit herausfinden, ob sie an der richtigen Schule sind, ob sie zu schwer oder zu leicht für sie ist. Das geht ganz einfach nur anhand der Unterschiedlichkeit. Also gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder bedeutet Durchlässigkeit einen leichteren Schulwechsel bei bestehender Unterschiedlichkeit zu einer echten Orientierung oder aber zweitens, wenn man die Richtigkeit Ihrer Definition annimmt, dann ist die Durchlässigkeit allein an der Unterrichtsstundenzahl festzumachen.

Dann spräche eigentlich nichts dagegen, bei einer gleichen Unterrichtsstundenzahl bereits in Klassenstufe 5 wirklich, also auch stofflich, in die G 8 einzusteigen und diese mit einzubinden. Dann hätten wir nämlich die Möglichkeit, das einzusparende Jahr über einen Zeitraum von fünf Jahren zu erarbeiten. Das wäre Kontinuität und auch der vernünftiger Weg, um Schülerinnen und Schüler nicht zu überfordern;

(Beifall der CDU)

denn wir sind der Überzeugung, dann hätten auch Eltern und Schüler im Verlauf einer Orientierungsstufe im Übrigen auch eine echte Möglichkeit der Überprüfung, ob ihr Kind in G 8 richtig aufgehoben ist. Auch inhaltlich trägt Ihr Konzept im Weiteren dazu bei, dass wir zukünftig – das finde ich das Schlimmste daran – Gymnasien erster und zweiter Klasse haben werden. Für G-8-Schüler gibt es nicht nur zusätzliche Lernzeiten, sondern da lese ich unter Nummer 6, da in der Ganztagschule alle Stunden erteilt werden – „werden“ wohl gemerkt –, ist bei Erkrankung oder Abwesenheit von Lehrkräften immer eine Vertretung zu gewährleisten. Das bedeutet, dass an jeder Schule ein Vertretungskonzept erstellt werden muss.

Das bedeutet jedoch nichts anderes als zusätzliche Lernzeiten und Unterrichtsgarantie an G 8, und alle anderen können zunächst einmal sehen, wo sie bleiben und auch mit ihrem Unterrichtsausfall zurechtkommen.

(Beifall der CDU)

Man kann jetzt natürlich sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, es ist nicht auszuschließen, dass durch den temporären Unterrichtsausfall an G-9-Gymnasien faktisch noch weniger Unterricht erteilt wird als an den G-8-Gymnasien. Die Schüler sitzen aber ein Jahr länger in der Schule.

Frau Ministerin, so viel zum Thema Chancengleichheit und verantwortlichem Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

(Beifall der CDU)

Wenn wir schon bei der Änderung des Schulgesetzes sind, auch ein weiterer Punkt kommt in Ihrem Konzept einfach zu kurz. Das sind die Hilfestellungen insbesondere für die Schülerinnen und Schüler, die aus anderen Schularten in die Oberstufe übertreten. Hier sind doch vielfach Defizite aufzuarbeiten. Da muss die Schule unterstützend mitwirken. In einem solchen Konzept hätte ich mir dazu ebenfalls eine Aussage gewünscht.

Wie erforderlich so etwas ist, das zeige ich Ihnen gern an einem Beispiel aus meinem Landkreis. Von den Übergängern aus Hauptschule, Realschule und Regionaler Schule ab dem Abjahrgang 2000 bis zum Jahre 2005 haben jeweils zwischen 28 % und 44 % dieser Übergänger die Oberstufe abgebrochen. Dann hat die Schule spezielle Fördermaßnahmen angeboten. Das Ergebnis war, dass die Abbrüche massiv zurückgegangen sind. Im Jahr 2006 lagen sie bei 0 %. Im Jahr 2007 lagen sie bei 9 %. Das macht deutlich, auch hier muss nachgebessert werden.

Abschließend stelle ich fest, das Konzept verfolgt im Ansatz das, was die CDU-Fraktion schon seit langem fordert. Aber es zeigt eindeutige Mängel auf, Zögerlichkeit und Mutlosigkeit bei der Umsetzung, eine weitere Zersplitterung in der Schullandschaft, damit einhergehend Zementierung von Chancengerechtigkeit und qualitative Mängel. Das sind alles Dinge, über die wir noch in Ruhe auch im Ausschuss reden müssen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Fuhr das Wort.

Abg. Fuhr, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Rheinland-Pfalz haben wir gesagt, wenn wir den Weg zum G-8-Gymnasium gehen, dann wollen wir bestimmte Dinge miteinander verbinden. Dazu gehört der verantwortliche Umgang mit der Lebenszeit. Die Ministerin hat das schon alles einleitend genannt. Dazu gehört auch, die Qualität der Bildung zu erhalten.

Wir haben gesagt, unser Ziel ist es, in der Zukunft mehr Abiturienten zu haben und nicht eine Reform zu machen, die dazu führt, dass wir weniger Abiturienten haben. Wir haben gesagt, wir wollen Durchlässigkeit zwischen den Schularten erhalten.

Frau Beilstein, ich sage etwas zu Ihrem Vortrag bezüglich der 30 Stunden in den Jahrgangsstufen 5 und 6. Ich habe versucht, dem zu folgen und das zu verstehen. Für uns heißt Durchlässigkeit, dass für die Kinder nach den

Klassen 5 und 6 eine reelle und echt vorhandene Chance besteht, zwischen den Schularten zu wechseln.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Mit Ihrer Verteilung, die Sie vorhaben, würde das künftig nicht mehr gewährleistet sein. Wir haben deswegen bewusst in Rheinland-Pfalz gesagt, wir gehen den Weg, dass wir das G-8-Gymnasium nicht flächendeckend einführen, sondern dass wir das in dieser Legislaturperiode in bis zu 15 Schulen anbieten können. Wir haben genauso bewusst gesagt, wir verbinden es mit einer Ganztagschule. Wir sorgen mit der Ganztagschule für vernünftige Rahmenbedingungen für ein G-8-Gymnasium in Rheinland-Pfalz. Das sind bewusste Entscheidungen, die wir getroffen haben. In der aktuellen Debatte bestätigt sich, dass wir den richtigen Weg gegangen sind.

Bezüglich des genannten Geldes müssen Sie, wenn Sie in zwei Jahren umstellen wollen, in dieser Zeit jeweils 70 Anträge auf Mensen behandeln. Frau Brede-Hoffmann hat Ihnen das auch schon gesagt. Ich möchte sehen, wie Sie das finanzieren. Solche Vorschläge haben sie sowieso noch nie gemacht.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Wir haben gesagt, wir machen kein überstürztes Verfahren. Sie hatten einen Antrag vorgelegt, den wir im Plenum abgelehnt haben. Sie haben überhaupt kein Konzept vorgelegt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Widerspruch bei der CDU)

Sie sagen, wir folgen Ihrem Konzept. Sie haben gesagt, wir schaffen in zwei Jahren in allen Schulen ein Schuljahr ab. Sie haben über die Rahmenbedingungen nichts gesagt. Herr Keller hat sich im Plenum explizit gegen die Verbindung mit der Ganztagschule ausgesprochen.

(Keller, CDU: Nein, das war die Frau Kollegin!)

– Nein, das waren Sie auch.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

– Ich habe notfalls das Zitat dabei. Darüber können wir reden.

Herr Keller hat sich gegen die Verbindung mit der Ganztagschule ausgesprochen. Sie haben nicht gesagt, wie Sie es machen wollen.

Leider scheinen die letzten Wochen der bildungspolitischen Debatten oder das Sommertheater, das uns viele CDU-Bildungsminister in der Bundesrepublik präsentiert haben, völlig an Ihnen vorbeigegangen zu sein. Wir haben jetzt in anderen Ländern die Probleme, die wir mit unserem Konzept vermeiden werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde Ihnen das an ein paar Beispielen erläutern müssen, weil Sie darauf nicht eingegangen sind. Ich

habe gedacht, Sie beziehen das mit ein und sagen, wir haben etwas gelernt. Das haben Sie anscheinend nicht.

Jürgen Schreier, Bildungsminister des Saarlandes, führte 2001 die Ganztagschule ein. Das wurde gesagt. Er stellt jetzt überraschend fest, dass sich durch die Umstellung der Schulzeit bis zum Abitur höhere Wochenstundenbelastungen für die Schülerinnen und Schüler ergeben. Das ist interessant. Man führt G-8-Gymnasium ein und stellt Jahre später fest, dass es eine höhere Belastung für die Schülerinnen und Schüler gibt.

(Lelle, CDU: Sprechen wir vom
Saarland oder von uns?)

Ich lese vor, was er vorschlägt: Nach der Umstellung auf ein Abitur nach zwölf Jahren muss der Lernstoff in kürzerer Zeit bewältigt werden. Deswegen schlägt er vor, die vorgeschriebene Pflichtstundenzahl bis zum Abitur zu kürzen. – Das ist ein ganz hervorragender Vorschlag, wenn man Bildung abbauen will, aber nicht ein guter Vorschlag, wenn ein vernünftiges G-8-Gymnasium gemacht werden soll.

(Beifall der SPD)

Weil Sie es mir nicht glauben, lese ich Ihnen mit Erlaubnis der Präsidentin die Stellungnahme eines wirklich sozialdemokratischen Kampfverbandes vor, nämlich des Philologenverbandes aus Rheinland-Pfalz zu diesem Vorschlag. Er sagt unter der Überschrift „Offenes Eingeständnis einer verfehlten Bildungspolitik“ Folgendes: „Ganz entschieden wendet sich der Philologenverband Rheinland-Pfalz gegen Pläne, die vorgeschriebene Stundenzahl bis zum Abitur für Gymnasium weiter abzusinken.“

(Schreiner und Lelle, CDU: Wir auch!)

„Jetzt zeigt es sich, dass viele Bildungspolitiker ihre Hausaufgaben nicht rechtzeitig gemacht haben; denn das Saarland und andere Bundesländer haben übereilt das achtjährige Gymnasium eingeführt, ohne die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.“

(Pörksen, SPD: Hört, hört!)

„Auch müssten sich diese Politiker an ihren Aussagen messen lassen, dass man das achtjährige Gymnasium ohne Niveauverlust mit Halbtagsunterricht einführen könne“. – Daran müssen Sie sich auch messen lassen. Sie wollen die Verbindung mit der Ganztagschule nicht. Jetzt kommt ein Satz, den Sie sich wirklich merken sollten: „Eine schrittweise Einführung im Rahmen eines vernünftigen Ganztagschulkonzepts sei da wohl der bessere Weg.“

(Beifall der SPD)

Der Philologenverband sagt im Grunde, macht es so, wie es in Rheinland-Pfalz gemacht wird, weil das der vernünftige Weg ist.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der SPD)

Der bayerische Philologenverband – das sage ich Ihnen auch dazu – weist angesichts der Diskussion auch in Bayern auf die soziale Dimension solch einer Debatte hin. Weniger Unterrichtsstunden haben ein noch höheres Lerntempo zur Folge. Der eingesparte Unterricht müsste als Hausaufgabe auf die Schülerinnen und Schüler abgewälzt werden. Das bedeutet weniger Qualität und eine Verschärfung sozialer Disparitäten, weil der Schulerfolg zunehmend von Nachhilfe und somit vom Geldbeutel der Eltern abhängig würde.

(Beifall der SPD)

Er bezeichnet das als ungerecht und unpädagogisch. Mit Ihrer überstürzten Vorgehensweise, wie Sie hier in Rheinland-Pfalz das umsetzen wollen, würden Sie genau diese Probleme herbeiführen. Deswegen gehen wir mit unserer Umsetzung bewusst einen anderen Weg.

(Beifall der SPD)

Wir haben einen weiteren Vorschlag, das nächste Sommertheater; die Ministerin heißt auch noch so. Die Schulministerin Barbara Sommer von Nordrhein-Westfalen führt auch das Ganztagsgymnasium ein und stellt fest, unter der Woche ist das viel Unterricht für die armen Schülerinnen und Schüler. Dann gehen wir in den Samstagsunterricht hinein. Unter der Überschrift, dass die Schulen mit der Umsetzung in Nordrhein-Westfalen zu kämpfen haben, will sie, dass nicht nachmittags gepaukt wird. Ihr Konzept würde genau zu dem führen, was hier diskutiert wird.

(Beifall der SPD –

Keller, CDU: Die Diskussion hatten wir vor der Sommerpause! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Die GEW in Nordrhein-Westfalen spricht von einer Rolle rückwärts.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

– Ja, ich weiß, dass Sie das aufregt. Ich sage es deswegen, damit Sie sich darüber aufregen.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Über die Wahrheit regen Sie sich hier immer so schön auf.

Die Ministerin Sommer habe wohl den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht, indem sie das Abitur nach der zwölften Klasse eingeführt, aber nicht mehr Unterrichtszeit eingeplant habe. Das sieht unser Konzept vor. Lesen Sie das Konzept einmal durch, dann sehen Sie, dass unser Konzept es vorsieht. Nun versuchen Sie, auf Kosten der Kommunen, Eltern und Lehrer aus dem Dilemma herauszukommen.

Der VBE spricht davon, dass die Ganztagschule die beste Lösung ist, um G-8-Gymnasium umzusetzen. Das werden wir in Rheinland-Pfalz machen.

(Beifall bei der SPD)

Reden Sie mit unseren Kommunen, wenn Sie Ihren Vorschlag umgesetzt bekommen hätten. Der Städtetag in Nordrhein-Westfalen erklärt auch, der Samstagsunterricht könne Unterricht am Nachmittag nicht vollständig vermeiden. Außerdem entstünden zusätzliche Personal- und Betriebskosten in den Schulen und zusätzliche kommunale Ausgaben für die Schülerbeförderung.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Wir sehen in unserem Gesetzentwurf finanzielle Unterstützung für die Kommunen und die Schulen vor, damit das besser umgesetzt werden kann.

(Beifall der SPD)

Dazu haben Sie in Ihrem Antrag nichts gesagt, den Sie vor einem Jahr eingebracht haben.

Zum Schluss dieser Debatte als Bonbon sage ich, was Herr Kollege Herrmann von der CSU in Bayern gesagt hat. Das war die Verkürzung der Sommerferien, weil auch er gemerkt hat, dass die Eltern und die Kinder unter der Umsetzung des G-8-Gymnasiums in Bayern leiden. Er hat über eine Verkürzung der Ferien diskutiert.

Herr Keller, ich erinnere mich an die Ausschussberatung und an die Anhörung. Da haben Sie es dialektisch sehr geschickt gemacht. Sie haben gesagt: „Ich will es nicht“, und dann die Experten der Arbeitsgruppe gefragt: „Habt ihr über Samstagsunterricht und kürzere Ferien nachgedacht?“ – Sie haben es in die Debatte eingeführt und gleich gesagt: „Ich will es nicht“. – Auf der anderen Seite haben Sie im Plenum gesagt, Verbindung mit der Ganztagschule ist ein Zwangssystem. Das wollen wir auch nicht. Irgendwo müssen Sie dann auch einmal sagen, was Sie wollen. Immer nur zu sagen, wir wissen zwar nicht, was wir wollen, aber das flächendeckend, so kann es hier auch nicht zugehen.

(Beifall der SPD)

Deswegen sage ich, wenn Frau Beilstein davon spricht, dass wir einen Sonderweg hätten und unsere Schülerinnen und Schüler benachteiligt werden, unsere Schülerinnen und Schüler sind im Vorteil, dass wir diesen Weg gehen und sie nicht in dieses Chaos stürzen, das andere Bundesländer angesetzt haben, und nicht mit ihnen experimentieren, wie es anscheinend CDU-Bildungsminister gemacht haben, die einmal etwas eingeführt haben, ohne die Rahmenbedingungen zu geben und zu wissen, wo man eigentlich hin will, und heute dann über den Abbau von Bildung sprechen.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU –
Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Es zeigt auch schon die Antragsrunde, dass unser Weg, unser Konzept bei den Schulen ankommt, angenommen wird, bei den Menschen ankommt. Wir haben es in der Anhörung sehr oft bestätigt bekommen: keine flächendeckende Umsetzung, geht vorsichtig vor, schaut, was ihr den Kindern antut, wenn ihr dieses Pensum an zusätzlicher Belastung unter der Woche auf sie bringt. – Deswegen weiß ich, dass unser Konzept angenommen,

erfolgreich umgesetzt wird und die Menschen froh sein werden, dass wir diesen Weg gehen.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Herr Abgeordneter Keller hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Abg. Keller, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man so oft genannt wird, dann soll man auch antworten. Das mache ich gerne.

Es war schon interessant. Die Diskussion über unseren Antrag und den Antrag der FDP haben wir vor der Sommerpause geführt. Dann sind sie abgelehnt worden.

Heute geht es um einen Regierungsantrag. Was macht der Vertreter der Regierungsfraktion? – Er redet über unseren Antrag, der abgelehnt wurde. Da bleibt doch nur ein Verdacht: Die Argumente für den Regierungsantrag sind dünn. Er hat zehn Minuten Zeit. Die muss er irgendwie herumbringen.

(Fuhr, SPD: 15 Minuten!)

Dann wühlt er ein bisschen in der Vergangenheit. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt war: Es wird mit dem Saarland argumentiert. Es war dummes Zeug, was er gemacht hat. Nur, das haben wir nicht gesagt.

Dann kommt er zu Nordrhein-Westfalen mit dem Sams- tagsunterricht. Dann schlägt er den Bogen zu mir.

Anscheinend ist es verboten, dass man im Ausschuss, wo man eigentlich wirklich sachkundig diskutieren sollte – da hat man auch die Zeit –, Fragen stellt, ob man nicht auch einmal am Samstag Unterricht machen könnte.

Ich sage es einmal ganz frei: In einer Schule sind sehr viele Investitionen. Da haben wir Physiksäle usw. Ob wir uns auf Dauer diesen Luxus leisten sollten, dass die samstags nicht benutzt werden?

(Zurufe von der SPD: Aha!)

– Ja, nicht „Aha“.

Wie man das dann machen kann, dass auch einmal freiwillige Arbeitsgemeinschaften stattfinden oder man vielleicht zu anderen Modellen kommt. Fünftageweche: Dafür hätten dann aber manche Schüler montags frei.

Wissen Sie, ein Denkverbot sollten wir uns nicht verordnen. Das können wir uns nicht leisten. Wenn es dazu dient, dass die Schüler schneller fertig werden, dann soll

es uns recht sein, weil nämlich – jetzt kommt es – mit diesen 265 Stunden – – –

(Zurufe von der SPD)

Wir haben immer gesagt: kein Qualitätsverlust. Nur, was erleben wir denn seit Jahren in diesem Land? – Kein Abiturient hat, wenn er das Abitur abgelegt hat, 265 Wochenstunden wegen strukturellem und temporärem Unterrichtsausfall gehabt. Es sind von vornherein etwa 10 % ausgefallen.

(Beifall der CDU –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Keller, eine Kurzintervention bezieht sich nur auf die Rede des Vorredners.

(Zurufe aus dem Hause)

Abg. Keller, CDU:

Ich weiß nicht, wie es ist.

Frau Präsidentin, eine Frage: Haben Sie mich gemeint oder Herrn Kollegen Fuhr? Das muss ich jetzt einmal fragen.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Keller, Entschuldigung – – –

(Ministerpräsident Beck: Was geht denn hier ab!)

Herr Kollege Keller, ich habe Sie darauf hingewiesen – – –

Abg. Keller, CDU:

Nein – – –

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich habe Sie darauf hingewiesen, dass sich Ihre Kurzintervention auf die Rede des Vorredners zu beziehen hat und nicht auf Stundenausfall oder Ähnliches, sondern es ging um das G-8-Gymnasium.

(Ministerpräsident Beck: Was geht denn da ab?)

Abg. Keller, CDU:

Nein, so einfach ist es nicht. Es ging um die 265 Wochenstunden.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Keller, Sie haben keine Redezeit mehr.

Abg. Keller, CDU:

Ich weiß. Aber ich lasse mich nicht so schurigeln. So geht es nicht. Das hat doch damit etwas zu tun. Wenn Sie es vielleicht nicht verstehen, können Sie mich doch hier nicht so vorführen.

(Unruhe im Hause)

Das war schon das zweite Mal.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Sind Sie hier im Komödienstadel?)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Keller, es reicht jetzt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Lelle, CDU: Sie sind unfähig!)

– Herr Kollege Lelle, das geht jetzt entschieden zu weit.

Zur Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Schleicher-Rothmund das Wort.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Sehr geehrter Herr Kollege Lelle, ich glaube, jetzt gehen Sie wirklich eine ganze Spur zu weit. Die Geschäftsordnung ist allen sehr wohl vertraut. Die Präsidentin hält sie ein. Wenn das Ihr Kollege nicht tut, dann ist es mehr als opportun, dass Sie das still und klammheimlich zur Kenntnis nehmen.

(Harald Schweitzer, SPD: Und peinlich!)

Aber dass Sie nachher noch die Präsidentin angreifen, geht zu weit. Sie wissen genau, wie es mit Intervention funktioniert. Das müssen wir Ihnen nach soundso viel Jahren Parlament nicht erklären.

Ich bitte Sie, jetzt wirklich wieder Respekt vor diesem Hohen Hause zu haben.

(Beifall der SPD)

Abg. Lelle, CDU:

Frau Präsidentin, ich möchte mich für den Zwischenruf entschuldigen. Er war nicht angebracht. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, dass Sie auch eine gewisse Neutralität gegenüber den Abgeordneten einhalten sollten.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Lelle, vielen Dank für die Entschuldigung. Aber es steht Ihnen nicht zu, hier die Präsidentin zu rügen. Das möchte ich einmal ganz deutlich machen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist jetzt erledigt!)

Ich erteile Frau Abgeordneter Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich mich wieder den etwas angenehmeren Dingen zuwenden und der Ministerin ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Ob ich dann die Glückwünsche zu diesem Gesetzentwurf vorbehaltlos daran anschließen kann, weiß ich nicht. Aber Sie mögen mir das nachsehen und trotzdem einen sehr schönen Ehrentag haben.

Ich darf zunächst einmal auch für die FDP-Landtagsfraktion begrüßen, dass sich diese Landesregierung letztendlich überhaupt auf den Weg begibt, die Schulzeit bis zum Abitur auch für rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler auf zwölf Jahre zu verkürzen, und Sie stellen Ihren Überlegungen – es ist auch schon mehrfach lobend erwähnt worden – den verantwortungsvollen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen voran.

Natürlich ist auch meine Fraktion der Überzeugung, dass dies ein wichtiger Aspekt einer verantwortungsvollen Schulpolitik ist.

Es ist auch richtig, dass mit einer solchen Schulzeitverkürzung im gymnasialen Bereich nicht nur die reine Zeiteinsparung verbunden sein sollte, sondern gleichzeitig berücksichtigt werden muss, dass im Rahmen einer kürzeren Gymnasialzeit und vor dem Hintergrund der von der Kultusministerkonferenz vereinbarten Bildungsstandards diese Reform auch eine Chance für eine pädagogische Reform ist, eine Reform der Unterrichtsqualität. Sie muss auch orientiert sein an dem Rahmen, der durch die Bildungsstandards formuliert wurde, hin zu mehr eigenständigem Lernen, zu einer neuen Rhythmisierung des Unterrichts, hin zu mehr Methodenkompetenz, zu qualifiziertem fachbezogenen, aber auch fächerverbindendem Projektunterricht, der damit auch mehr Möglichkeiten zum Fördern und Entwickeln von Begabungen mit sich bringen soll. In diesen Dingen stimmen wir mit Ihnen völlig überein.

(Beifall der FDP)

Die Chance muss jetzt ergriffen werden. Wir wollen schließlich auch eine bessere Studierfähigkeit von Abiturientinnen und Abiturienten mit unseren Zielen verbinden. Allerdings hört mein Lob an dieser Stelle auf; denn wir sehen als FDP-Landtagsfraktion einen eigentlich zentralen Punkt jeder bildungspolitischen Überlegung im Rahmen dieses Gesetzentwurfs nicht berücksichtigt. Das ist die Chancengerechtigkeit für unsere jungen Menschen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP)

Man kann hierzu einige Beispiele anführen, wenn ich von der Wettbewerbsfähigkeit für unsere Absolventinnen und Absolventen, Abiturientinnen und Abiturienten spreche. Zur Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Gymnasiallandschaft im Vergleich zu anderen Bundesländern und zur Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf die Qualität unserer Schulabschlüsse stellen sich noch viele

Fragen. Wenn wir unseren Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf den Wettbewerb an den Hochschulen und später um Arbeitsplätze im internationalen Vergleich und im Vergleich der Bundesländer faire Chancen einräumen wollen, benötigen wir als Grundvoraussetzung, um im Wettbewerb mit anderen bestehen zu können, erst einmal faire und gerechte Lernbedingungen innerhalb unseres eigenen Bundeslandes.

(Beifall der FDP)

Wenn man sich dann betrachtet, dass Sie in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz lediglich 15 G-8-Gymnasien innerhalb von drei Jahren schaffen, verspielen Sie die gerechten Chancen an dieser Stelle.

Frau Kollegin Beilstein hatte das schon erwähnt. Mir kommt auch jedes Mal derselbe Gedanke, wenn ich mir die Landschaft ansehe. Künftig wird es eben vom Zufall des Wohnorts abhängen, ob jemand sein Abitur in einer Zeit von zwölfeinhalb Jahren – bundesweit eine überholte Regelung –, ob im BEGYS-Zweig nach elfeinhalb Jahren oder im künftigen G 8 nach zwölf Jahren ablegen kann.

Hinzu kommt neben dem Flickenteppich dann noch eines: Selbst wenn Sie im Gesetzentwurf explizit formulieren, dass sich Qualität und Umfang der gymnasialen Bildung im Gymnasium mit achtjähriger und neunjähriger Schulzeit nicht unterscheiden werden, sieht man allein anhand der geplanten Stundentafeln für die G-8-Gymnasien, wenn man einmal eine solche Schule besucht und sich damit vor Ort auseinandersetzt, dass sich natürlich gerade in einem ganztägigen Gymnasium mit der deutlich umfangreicheren Unterrichtszeit im Bereich der Mittelstufe und mit dem veränderten Übergang in die gymnasiale Oberstufe auch ein qualitativer Unterschied entwickeln wird, der nicht wegzureden ist.

Ihre Regelung sieht nicht nur die in der KMK vorgegebenen Stunden in vollem Umfang vor, über die wir sprechen, sondern er bringt mit der verpflichtenden Ganztagschule eine völlig neue Schulform im Bereich der Gymnasien hervor. Sie trauen unseren rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler im Gegensatz zu denen in anderen Bundesländern zu – ich weiß auch, welche Probleme es da gibt –, dass sie das Abitur nach zwölf Jahren nur dann schaffen können, wenn sie gleichzeitig verpflichtenden Ganztagsunterricht in der Breite erhalten.

(Fuhr, SPD: Das hat nichts mit Zutrauen zu tun, sondern das sind die Rahmenbedingungen!)

Wir teilen diese Einschätzung an dieser Stelle nicht.

– Das hat schon etwas mit Zutrauen zu tun, weil Sie darüber hinaus zusätzliche Angebote machen und weil Sie glauben, dass diese Förderbedürftigkeit vorhanden ist. Wir teilen diese Einschätzung nicht. Wir sehen bei dieser Entscheidung eben auch einige Probleme.

Ich kann durchaus verstehen, dass Sie als Landesregierung eher vorsichtig sind, Sie keine Unruhe in die Landschaft bringen wollen und Sie deshalb auch lieber auf Freiwilligkeit setzen, indem Sie sagen: Gut, man kann

anhand der Erfahrungen in anderen Bundesländern sehen, dass es da sehr große Schwierigkeiten gibt. – Es gibt durchaus nachvollziehbare Gründe für Ihre Entscheidung. Diese Gründe erkenne ich an.

Wenn Sie das aber so machen, wie Sie es jetzt mit der G-8-Ganztagschule machen und das so ausgestalten, wie Sie das jetzt tun, würden wir zumindest erwarten, dass Sie an dieser Stelle einen deutlichen Schwerpunkt setzen und im Ausbau dieses G 8 erheblich schneller voranschreiten würden, als Sie das jetzt tun; denn das würde die Chancengerechtigkeit auch für die Schülerinnen und Schüler wieder schneller herstellen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie schaffen also die nächste Insellösung für unser Bundesland im Vergleich zu anderen Bundesländern. Diese Insel ist ein Flickenteppich. Sie sagen dann – das halte ich für interessant und das hat auch ein Kommentar in der „Rheinpfalz“ heute noch einmal sehr deutlich gemacht – aber noch nicht einmal, wo Sie künftig längerfristig hin wollen. Kein Mensch sagt uns, wohin diese Reise geht. Dann gibt es nach einer Legislaturperiode 15 Schulen. Das ist viel Zeit. Was passiert aber dann? Ich habe noch nichts davon gehört, wie Sie sich künftig die Ausbildungsdauer im Gymnasium in Rheinland-Pfalz vorstellen.

Ich meine, auch wenn wir gerade im Moment alle um die Akzeptanz des Bildungsföderalismus ringen, müssen wir auch für ein vergleichbares Grundgerüst unserer Bildungsgänge sorgen. Dazu gehört ein solcher Flickenteppich nicht. Dazu gehören für mich vergleichbare Standards in den Abschlüssen und auch vergleichbare Ausbildungszeiten.

(Beifall der FDP)

Ich meine, Sie würden auch sehen, dass es diese Probleme in der Qualität und bei den Voraussetzungen derjenigen gibt, die in Rheinland-Pfalz ihr Abitur machen und machen werden – das gilt auch für die Qualitätsstandards, die die Abschlüsse beinhalten –, wenn Sie sich dazu durchringen würden, in diesem Bundesland das Zentralabitur einzuführen, so wie das andere Bundesländer längst gemacht haben. Manchmal habe ich den Eindruck, diese Landesregierung ist die einzige, die sich nicht auf den Weg machen will, weil sie die Unterschiede scheut und sie gar nicht sehen will. Das könnte schließlich Konsequenzen haben.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Damit will ich es mit der Kritik belassen. Wir haben noch sehr viel Zeit, diese Dinge im Ausschuss zu diskutieren. Ich meine, die Position ist klar geworden. Wir werben für ein Konzept, das konsequenter ist und mehr Chancengerechtigkeit schafft.

Zu den im Gesetzentwurf enthaltenen Klarstellungen für den Bereich der BOS möchte ich von meiner Seite aus im Moment keine politischen Anmerkungen machen, weil es sich eigentlich um keine politischen Änderungen handelt.

Lassen Sie mich noch kurz zwei Sätze zur Dualen Oberschule sagen, weil mir das natürlich ein Anliegen ist. Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt selbstverständlich, dass Sie als Landesregierung für den Bereich der Schülerbeförderung die vorgesehene Regelung treffen, die es den Eltern in Rheinland-Pfalz ermöglichen wird, bewusst die nächstgelegene Duale Oberschule zu wählen, ohne den Gedanken an die Beförderungskosten bei der Entscheidung im Nacken zu haben, wenn es nebenan noch eine andere Regionale Schule gibt.

Wenn Sie aber die Duale Oberschule als eigenständige Schulform in das Schulgesetz aufgenommen hätten, hätten Sie dieses Detailproblem gar nicht regeln müssen – ich kann das an dieser Stelle nur noch einmal deutlich machen –,

(Beifall der FDP)

sondern Sie hätten in der jetzt hochkochenden Schulstrukturdebatte eine sehr sinnvolle Alternative in der praxis- und berufsorientierten schulischen Bildung gehabt, die Sie hätten voranstellen können. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie den Gesetzentwurf, den die FDP-Fraktion zu Beginn dieser Legislaturperiode eingebracht hat, einfach genommen und in diesen Gesetzentwurf integriert hätten. Das wäre sehr schön gewesen.

(Beifall der FDP)

Damit hätten Sie dieser wirklich guten Schulform zu einem guten Platz verholfen. Jetzt haben wir das kleine Schrittlchen, aber das ist immerhin etwas.

Wie gesagt, ich freue mich auf eine angeregte Debatte im Ausschuss.

Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Fuhr.

Abg. Fuhr, SPD:

Frau Kollegin Morsblech, ich habe aus zwei Gründen noch einmal das Wort ergriffen. Dies nicht deshalb, weil mir noch Redezeit zur Verfügung steht – das hätte ich mir sonst schenken können –, sondern ich möchte zum einen darauf hinweisen, dass Sie immer so reden, als ob es das große Bedürfnis gäbe, die Schulzeit generell im Land flächendeckend zu verkürzen. Sie wissen, dass wir BEGYS-Klassen haben und wir damit für einzelne Klassen die Möglichkeit eingeräumt haben, in Rheinland-Pfalz schneller das Abitur zu machen. Sie wissen, wie viele Jahre es zurückliegt, als die letzte beantragt wurde, und dass wir teilweise Probleme haben, diese Klassen zu besetzen. Wir haben in der Anhörung anhand von Stellungnahmen von Eltern und auch von Lehrern immer wieder gesehen, dass nicht die große Volksbewegung vor der Tür steht und sagt: Setzt das um und führt das G 8 flächendeckend ab dem nächsten Schuljahr ein. – Das wollte ich zu dem einen Punkt sagen.

Zum Zweiten habe ich mich gemeldet, weil Sie den Begriff der Chancengerechtigkeit so oft benutzt haben. Mir ist es sehr wichtig, dass ich betone, dass unser Weg gerade wegen der Chancengerechtigkeit so gegangen wird, wie wir ihn gehen, weil wir nämlich sagen, es gibt unterschiedliche Schülerinnen und Schüler. Weshalb sollen wir das nicht akzeptieren und respektieren bei unserer Politik und sagen, wir helfen denen, die diesen schnelleren Weg gehen wollen mit Rahmenbedingungen, die Sie eben kritisiert haben? Weshalb sollen wir sie nicht fördern? Weshalb sollen wir nicht eine zusätzliche individuelle Förderung einsetzen, um diesen Weg zu gehen?

(Zuruf von der CDU)

– Das ist keine Kurzintervention, sondern ich nutze meine Redezeit.

Die Rahmenbedingungen sind also etwas Wichtiges bei dieser Debatte. Das sollte man nicht wegwischen,

(Glocke der Präsidentin)

weil wir in anderen Bundesländern gesehen haben, dass wir diese Rahmenbedingungen brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Abgeordnete Frau Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Kollege Fuhr, darauf lässt sich leicht in einem Satz reagieren. Natürlich ist es schön, wenn es für unterschiedliche Begabungen und Lerngeschwindigkeiten unterschiedliche Angebote gibt. Das wäre aber nur dann der Fall, wenn wir ein sehr großstädtisch organisiertes Land wären.

(Glocke der Präsidentin)

Im Ruhrgebiet kann ich das tun, wenn es mehrere Schulen an einem Standort gibt und man danach auswählen kann.

(Glocke der Präsidentin)

In Rheinland-Pfalz wird man im ländlichen Raum die Situation haben, dass zwangsläufig ausgewählt wird, was vorhanden ist. Dann haben wir nach Ihrem Modell unfair und ungleich verteilte Chancen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung und Jugend – federführend – und den

Rechtsausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung der Organisation der
Forstverwaltung und zur Auflösung der Regionalen
Servicestelle Kommunalaufsicht der Aufsichts- und
Dienstleistungsdirektion
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/1279 –
Erste Beratung**

Bevor ich Frau Staatsministerin Conrad das Wort erteile, darf ich als Gäste den Verein „Die Bestechenden“ aus Hochdorf-Assenheim und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreuznacher Diakonie begrüßen. Seien Sie herzlich im Landtag willkommen!

(Beifall im Hause)

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Frau Conrad, Ministerin für Umwelt,
Forsten und Verbraucherschutz:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf regelt im Wesentlichen die Herauslösung der Zentralstelle der Forstverwaltung (ZdF) aus der SGD Süd und unterstellt sie unmittelbar dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz. Des Weiteren wird die Regionale Servicestelle Kommunalaufsicht der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Neustadt an der Weinstraße aufgelöst.

Die Bildung der ZdF im Jahr 2000 war der erste Schritt zu einer effizienten Struktur von Landesforsten. Alle forstlichen Einrichtungen auf der mittleren Ebene wurden an einer Stelle gebündelt. Dem forstbetrieblichen Charakter wurde schon damals dadurch Rechnung getragen, dass die ZdF als Abteilung eine fachliche und dienstrechtliche Sonderstellung gegenüber dem Präsidenten der SGD erhielt.

Vor zweieinhalb Jahren wurde nun der Landesbetrieb Landesforsten gegründet. Wegen seines breiten Aufgabenspektrums, aber auch um Doppelstrukturen zu vermeiden, wurde er in die dreigliedrige Verwaltungsstruktur des Landes integriert und umfasst auf der mittleren Ebene die ZdF.

Die Herauslösung dieser Dienststelle aus der SGD Süd ist die logische Konsequenz der Gründung des Landesbetriebs Landesforsten Rheinland-Pfalz. Sie optimiert die Abläufe und Kommunikation im Sinne von Unmittelbarkeit, Schnelligkeit und Transparenz. Die neue Stellung der ZdF führt für die Beschäftigten und auch für die Kunden nur zu einem Wechsel in der Adresse, da die Aufgabenzuständigkeit sowie die Standorte unverändert bleiben. Der Amtssitz der ZdF ist und bleibt Neustadt. Die Nebenstellen sind wie bisher in Trippstadt, Hachenburg, Waldalgesheim, Emmelshausen und Koblenz angesiedelt.

Die Regionale Servicestelle Kommunalaufsicht ist 2000 als Außenstelle der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Neustadt errichtet worden. Diese regionale Präsenz an der Weinstraße erschien seinerzeit notwendig, weil im Vergleich zu den ehemaligen Regierungsbezirken Koblenz und Trier dem Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz eine relativ große Anzahl kommunaler Gebietskörperschaften angehörten, die unmittelbar der oberen Kommunalaufsicht unterstehen.

Mit der mittlerweile stattgefundenen Zentralisierung der Kommunalaufsicht in der ADD in Trier wurde in kürzester Zeit das Ziel erreicht, einen landesweit einheitlichen Vollzug sicherzustellen. Die im Jahr 2004 durchgeführte Evaluation, also Überprüfung der Neuorganisation der Landesverwaltung hat bestätigt, dass es für eine effektive Wahrnehmung der Aufgaben einer gesetzlich festgelegten Außenstelle nicht mehr bedarf. Der vorliegende Gesetzentwurf vollzieht dies konsequenterweise nach.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch dieser aufzulösenden regionalen Servicestelle werden – wie bisher auch schon – Aufgaben des Referats Kommunale Entwicklung, Sport und Denkmalschutz der ADD am Arbeitssitz in Neustadt an der Weinstraße wahrnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung kommt mit diesem Gesetzentwurf ihrer Selbstverpflichtung nach, nach der Verwaltungsreform von 2000 eine Evaluierung vorzunehmen und gegebenenfalls auch Konsequenzen im Sinne der Weiterentwicklung und Optimierung einer effizienten Verwaltung zu ziehen. Dies wurde bisher vom Parlament dankenswerterweise unterstützt. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung auch in der weiteren Beratung dieses Gesetzentwurfs.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Seekatz das Wort.

Abg. Seekatz, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Herauslösung der Zentralstelle der Forstverwaltung aus der SGD Süd und die unmittelbare Unterstellung als Obere Landesbehörde unter Ihr Ministerium stellen Sie als die logische Konsequenz der Gründung des Landesbetriebs Landesforsten dar. Sie entscheiden sich damit für eine Organisationsform über alle drei Ebenen von Landesforsten hinweg.

Wir halten es für sinnvoll, das Gesetzesvorhaben zurückzustellen und es in eine kommunale und Verwaltungsreform einzubinden. Wir schließen uns hiermit ausdrücklich der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände an, die ebenfalls die Zurückstellung

dieses Gesetzesvorhabens sehen möchte; denn durch das Herauslösen der ZdF werden Fakten geschaffen und Aufgaben verlagert, ohne die Gesamtstruktur zu bedenken und die Veränderung der Organisationsstrukturen von Grund auf zu überarbeiten.

Im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform sollten auch die Aufgaben der ZdF auf den Prüfstand gestellt werden. Daher stellt sich für uns die Frage, ob durch diese zentrale Steuerung des Landesbetriebs Landesforsten vielmehr der politische Forst Ihr eigentliches Interesse ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Herauslösung der ZdF als interne Organisationsmaßnahme zu bezeichnen, ist Augenwischerei. Sie behaupten, die Ausgliederung sei die logische Konsequenz der Gründung des Landesbetriebs Landesforsten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Über Logik brauchen wir gar nicht zu reden. Sie reden bei jedem Thema dazwischen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie so umfassend informiert sind.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, wir stellen uns allerdings die Frage, warum die Ausgliederung erst jetzt erfolgt, wenn es nur eine reine Organisationsmaßnahme sein soll. Im Januar 2005 wurde der Landesbetrieb Landesforsten mit vorherigem Probetrieb gegründet.

Wenn Sie für eine Organisationsmaßnahme so lange brauchen, fragen wir uns schon, wie die Arbeitsabläufe in Ihrem Haus organisiert sind. Dass es sich auch nicht um eine Lappalie handelt, zeigt allein der Rattenschwanz an Änderungen von Landesverordnungen und Gesetzen, die von dieser „reinen Organisationsmaßnahme“ betroffen sind.

Sie bauen die bewährten Strukturen vor Ort in einen zentralistisch gesteuerten und staatlich dominierten Betrieb um. Die Ministerien sollten dem Parlament zuarbeiten. Betriebsbezogene Aufgaben gehören nicht zu dem Aufgabenkatalog eines Ministeriums. Das wird auch in unseren Nachbarländern so gesehen.

Frau Ministerin, ein Waldbaureferent gehört sicherlich nicht ins Ministerium. Forstbetriebliche Aufgabenstellungen, wie die Holzvermarktung, sollten auch nicht von Ministeriumsstelle aus geleitet werden. Ist es letztendlich gewollt, dass auch der letzte Waldarbeiter aus der kleinsten Gemeinde vom Ministerium aus gesteuert wird? Das kann es sicherlich nicht sein.

Meine Damen und Herren, eine unmittelbare Steuerung der Aufgaben der ZdF von Mainz aus entspricht daher nicht dem ministeriellen Aufgabenprofil, wie wir es sehen. Weiterhin sehen wir es als problematisch an, dass nun auch die Standortgarantie für die Außenstelle Forsteinrichtung in Koblenz wegfallen soll. Ob Mehrkosten für den Landesbetrieb durch die Trennung von der SGD Süd entstehen, wird sich zeigen. Sie sagten es zu Recht: In der Vergangenheit wurde alles begleitet. –

Daher sehen wir auch in den Ausschussberatungen noch die Möglichkeit, weitere Fragen zu stellen und das eine oder andere zu vertiefen.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Maximini das Wort.

(Licht, CDU: Ein Raunen in der SPD!
Was heißt das denn?)

Abg. Maximini, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wald stellt mit der Vielfalt seiner Wirkungen eine der wichtigsten Lebensgrundlagen der Menschheit dar. Insbesondere in sehr walddreichen Bundesländern, wie zum Beispiel Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von ca. 42 % bewaldeter Fläche, aber auch ganz allgemein kann diese Tatsache nicht oft genug hervorgehoben werden, meine Damen und Herren. Sie wird uns in diesen Tagen durch die schweren Waldbrände in Südeuropa und ihre verheerenden Folgen umso mehr bewusst, meine Damen und Herren.

Neben die gemeinhin bekannten sogenannten Wirkungen des Waldes, der Umweltschutzfunktion und dem Erholungswert, tritt – so ist es in § 1 des Landeswaldgesetzes festgeschrieben – aber auch der wirtschaftliche Nutzen. Alle Wirkungen, die Umweltschutzfunktion, der Erholungswert und auch der wirtschaftliche Nutzen, sind nach den Buchstaben des Landeswaldgesetzes in ihrer Gesamtheit und Gleichwertigkeit dauerhaft zu erhalten.

Meine Damen und Herren, die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erforderten in der Vergangenheit und erfordern auch weiterhin strukturelle und organisatorische Anpassungsmaßnahmen im Bereich der Forstverwaltung.

Die Landesregierung hat daher schon im Jahr 2005 mit Weitsicht und unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit gehandelt, genauso wie sie dies nunmehr mit dem vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Organisation der Forstverwaltung konsequent weiterverfolgt und die Konzeption „Landesforsten : zukunftsfähige Strukturen“ verabschiedet.

Meine Damen und Herren, schon damals bildeten die Überlegungen zur Optimierung von Prozessen und Abläufen sowie zu effizienzsteigernden Maßnahmen einen Schwerpunkt. Unter diesen Gesichtspunkten ist es nicht mehr und nicht weniger als das konsequente Fortführen erfolgreicher Landespolitik, wenn wir heute über den vorgelegten Gesetzentwurf beraten.

(Beifall der SPD)

Der vorgelegte Gesetzentwurf schafft die Grundlage für die Umsetzung eines allgemein anerkannten Prinzips

der Prozessoptimierung bzw. Optimierung der Ablauforganisationen, die – hier läuft die Kritik der CDU-Landtagsfraktion ins Leere –

(Pörksen, SPD: Nicht nur hier!)

mitnichten nur von rein quantitativen Personalaspekten abhängig sind, sondern unter dem Aspekt größtmöglicher Flexibilität, wie wir sie in der Forstverwaltung nachweislich brauchen, auch mit einer gewissen Schlantheit und Übersichtlichkeit, kurz mit einem niedrigen Verflechtungsgrad korrelieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Angesichts der bereits seit Gründung des Landesbetriebes bestehenden und in der Analyse der Abläufe sich deutlich offenbarenden Sonderstellung der Zentralstelle der Forstverwaltung sowohl im fachlichen als auch im dienstrechtlichen Sinne ist es – wie ich bereits erwähnte – nur noch konsequent, wenn wir kraft dieses Ihnen im Entwurf vorliegenden Gesetzes zur Änderung der Organisation der Forstverwaltung und zur Auflösung der Regionalen Servicestelle Kommunalaufsicht der ADD die Zentralstelle der Forstverwaltung aus der SGD Süd herauslösen und unter Beibehaltung ihres Aufgabenspektrums und Personalbestandes unmittelbar dem zuständigen Ministerium unterstellen, meine Damen und Herren.

Wir ermöglichen damit die Umsetzung einer auf Weitsicht und Nachhaltigkeit ausgerichteten Strategie, größtmögliche Flexibilität und eine nach den rasch wechselnden Markterfordernissen in diesem Sektor angepasste zügige Entscheidungsfindung. Dies ist kein Zuviel an Zentralisierung, sondern eine auf der Basis sogenannter Analyse betriebene Prozessoptimierung in Reinkultur, die in ihrer Auswirkung – so darf mit Gewissheit behauptet werden – weit über die dennoch nicht zu missachtende Wirkung des starken Försters vor Ort hinausreicht, meine Damen und Herren.

So und nicht anders werden wir auch in Zukunft die adäquaten Antworten auf veränderte gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Forstverwaltung geben können.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort hat Herr Kollege Auler.

(Noss, SPD: Auler ist für alles zuständig!)

Abg. Auler, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Ausgestaltung eines Landesbetriebes nach § 26 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung lässt der Gesetz-

geber einen weiten Gestaltungsfreiraum zu. Der Landesbetrieb Landesforsten ist so angelegt, dass er sowohl erwerbswirtschaftliche Aufgaben als auch Dienstleistungs- und Hoheitsaufgaben unter einem Dach, jedoch in unterschiedlichen Produktbereichen mit jeweils spezifischer Zielsetzung wahrnehmen kann und wahrnimmt.

Das ist eine effektive wirtschaftliche und insoweit sinngebende Konstruktion. Der Verzicht auf die organisatorische Ausgliederung aus der Landesverwaltung und stattdessen die Beibehaltung der Einbindung in die Landesorganisation ist positiv zu beurteilen, weil sich daraus eine duale Aufgabenstellung ableiten lässt.

Die Zentralstelle der Forstverwaltung, kurz ZdF genannt, als Abteilung der SGD Süd ist abschließend zuständig für die Planung und operative Durchführung des Forstbetriebes, während auf der anderen Seite die politische Leitung des Landesbetriebes beim Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz verbleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Zuständigkeitsregelung im durchlaufenden Haushalt hat sich in den zurückliegenden Jahren bewährt. Sie hat sich umso mehr bewährt, weil sich die Leitung der SGD Süd bewusst mehr oder weniger aus den Angelegenheiten der ZdF herausgehalten und das ISM lediglich die Rechtsaufsicht wahrgenommen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird die ZdF aus der SGD Süd herausgelöst und in eine obere Landesbehörde umgewandelt, die zwar in einem anderen Gebäude, aber in Neustadt an der Weinstraße verbleibt. Hierfür besteht nach unserer Auffassung weder ein sachlicher noch ein zeitlicher Anlass.

Also fragen wir uns, was der Grund für eine solche grundlegende organisatorische Veränderung sein könnte. Ergebnisse einer Aufgabenkritik können es nicht sein; denn es fand keine Aufgabenkritik statt.

Unzufriedenheit der kommunalen und privaten Waldeigentümer ist es auch nicht; denn diese hätten sich bestimmt Gehör verschafft. In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU nach Gründen für die Herauslösung der ZdF gibt die Landesregierung die bemerkenswerte Antwort, dies sei – ich zitiere –: „... die logische Konsequenz der Gründung des Landesbetriebes Landesforsten“.

(Ministerpräsident Beck: Das ist logisch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es mag sein, dass die Landesregierung dies aus anderen Erwägungen unternimmt, logisch und zwingend in der Sache sind solche Erwägungen allemal nicht.

Ich frage mich vielmehr, welche Wirkungen sich durch diesen Organisationsakt ergeben. Gibt es zum Beispiel eine einzige Aufgabe im Forstbereich, die sich in der neuen Organisationsform nachvollziehbar besser und wirtschaftlicher erfüllen lässt als bisher, oder entsteht durch die Errichtung einer neuen oberen Landesbehörde

nicht neue Bürokratie, weil die bisherigen Synergien im Haus der SGD Süd entfallen?

Entstehen nicht neue und zusätzliche Personal-, Sach- und Liegenschaftskosten? Schließlich darf auch nicht vergessen werden, dass die SGD Süd selbst durch den Verlust der ZdF als Bestandteil von zentraler Bedeutung erheblich geschwächt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe auch große Verständnisprobleme mit folgenden Formulierungen in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU: „unmittelbarer Kommunikationsstrang zwischen der Betriebsleitung im Ministerium im Sinne von Unmittelbarkeit fachlicher Entscheidungen.“ –

Als unbefangener Bürger würde ich sagen, das ist eine wortreiche Umschreibung für das, was man umgangssprachlich „Durchregieren“ nennt. Meine Damen und Herren, im Übrigen beschleichen mich bei der Reflektierung ministerieller Aufgaben Zweifel, dass die Zuordnung der Betriebsleitung zum Ministerium dem entspricht, was Sache einer obersten Landesbehörde sein soll, nämlich die politische Leitung und die Vorgabe von Rahmenbedingungen für die ZdF.

Eines ist klar: Eine Vergrößerung der Selbstständigkeit des Landesbetriebes Landesforsten wird durch dieses Gesetz nicht erreicht. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Insoweit ist die Wirkung des Gesetzes kontraproduktiv; denn eine Verselbstständigungstendenz des Landesbetriebes, der bisher bereits mit relativ großer Selbstständigkeit ausgestattet war, wird nicht gefördert.

Weil das so ist, ist der Bedarf für eine organisatorische Neuregelung dieser Art umso geringer einzuschätzen.

Nach unserer Überzeugung ist die Entscheidung, die ZdF hierarchisch an eine Zentralstelle im Ministerium anzubinden, eine forstpolitisch rückwärts gerichtete Entscheidung.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber nicht nur aus diesen Gründen hat die FDP-Fraktion Vorbehalte gegen den Gesetzentwurf. Ganz entscheidend für unsere Bewertung ist der Umstand, dass das Land sich anschickt, eine Verwaltungsstrukturreform durchzuführen.

(Glocke der Präsidentin)

Unabhängig davon, was die Motive des Ministeriums für den organisatorischen Vorgriff sind, vertreten wir die Auffassung, dass einer Verwaltungsreform aus einem Guss der Vorzug vor isolierten, sektoralen Organisationsentscheidungen einzuräumen wäre.

(Beifall der FDP)

Wir halten dies insoweit für ein schlechtes Zeitmanagement der Landesregierung.

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe nun **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1287 – Erste Beratung

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich darf zunächst Frau Ministerin Conrad das Wort erteilen.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden wir vor allem zwei Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft sowie Vorgaben des Bundesrechts in Landesrecht umsetzen. Zum einen sind Änderungen des Landeswasserrechts zur Einführung der Strategischen Umweltprüfung erforderlich.

Die sogenannte SUP-Richtlinie der Europäischen Union sieht für bestimmte Pläne und Programme mit voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, einer so genannten Strategischen Umweltprüfung, vor. Davon betroffen sind im Bereich der Wasserwirtschaft die Maßnahmenprogramme nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der Wasserversorgungsplan.

Des Weiteren setzen wir eine andere Richtlinie um, die wasserrechtliche Bestimmungen über die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Zulassungsverfahren für Industrie- und Infrastruktur-Anlagen ergänzt. Zusätzlich wird aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben das Landesabfallwirtschaftsgesetz angepasst, insbesondere, was die Begriffe des Sonderabfallrechts anbelangt.

Mit dem Gesetzentwurf haben wir uns bemüht, Spielräume, die allerdings bei der Umsetzung von europäischem Recht gering sind, tatsächlich zu nutzen und unbürokratisch zu gestalten. So ist als Beispiel bereits für die Maßnahmenprogramme nach der Wasserrichtlinie eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben.

Hinzu kommt eine Strategische Umweltprüfung, die nach EU-Recht eine weitere Öffentlichkeitsbeteiligung verlangt. Auf EG-Ebene war es offensichtlich nicht möglich

gewesen, eine Vereinheitlichung des Verfahrensrechts zu schaffen, die im Übrigen auch Aufwand und Zeit benötigt und natürlich auch Kosten verursacht.

Wir haben uns bemüht, die Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren nach beiden EU-Richtlinien in der praktischen Durchführung miteinander zu verzahnen. Der Gesetzentwurf sieht entsprechende Regelungen im Interesse von effizienten Abläufen der Planungsverfahren sowie auch der Kostenersparnis vor.

Einer Anregung des Kommunalen Rates sind wir gefolgt. Der Gesetzentwurf hebt die Verpflichtung der Kommunen zur Vorlage von Abwasserbeseitigungskonzepten auf und stuft sie künftig als freiwillige Leistungen ein. Damit entfällt die Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung. Die Bedeutung einer freiwilligen Abwasserbeseitigungskonzeption für die inhaltliche, die zeitliche und natürlich auch die kostenmäßige Abwicklung von Planungen der Abwasserbeseitigung und der Abwasserbehandlung ist sicherlich unbestritten und bleibt davon unberührt, natürlich auch im Interesse von ökologisch und ökonomisch effizienten Lösungen. Deswegen werden wir uns über das weitere Vorgehen mit den kommunalen Spitzenverbänden verständigen. Was den Gesetzentwurf betrifft, bitte ich im weiteren Verfahren um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. – Es hat nun Herr Kollege Dr. Gebhart das Wort.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stehen am Beginn der Beratungen über das Landesgesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes. Worum geht es? – Sie haben es angesprochen: Es geht im Wesentlichen um zwei Dinge. Es geht zum einen um die Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes. Dabei werden Abfallbegriffe an die EG- bzw. bundesrechtlichen Vorgaben angepasst, und es erfolgt eine Klarstellung in einem anderen Punkt. Ich denke, ohne die Beratungen im Ausschuss vorwegzunehmen, kann man heute an dieser Stelle schon sagen, dass diese Regelungen relativ unspektakulär und vermutlich auch unstrittig sein werden.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen, mir fällt langsam nichts mehr ein angesichts Ihrer Zwischenrufe.

(Heiterkeit bei der SPD –
Frau Spurzem, SPD: Herrn Pörksen
fällt immer etwas ein!)

– Das ist das Traurige.

Der zweite Punkt, um den es geht, ist die Umsetzung von zwei europäischen Richtlinien bzw. die Anpassung des Wasserrechts. Dies ist zum einen die Richtlinie über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme, zum anderen die Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne.

Meine Damen und Herren, die Umsetzung dieser Richtlinien muss erfolgen, und insofern hat der Landesgesetzgeber natürlich wenige Spielräume. Wir werden uns aber in den Ausschussberatungen im Detail ansehen, welche Spielräume in der Art und Weise der Umsetzung möglicherweise bestehen. Eines ist klar: Hier werden die praktischen Auswirkungen in den Mittelpunkt der Ausschussberatungen rücken müssen. Wir werden die Spielräume abklären müssen. Ziel muss es sein, eine unbürokratische Umsetzung in rheinland-pfälzisches Recht so gut es geht zu ermöglichen.

Ich darf die Regierung an dieser Stelle bereits heute darum bitten, uns im Ausschuss vor diesem Hintergrund auch die Stellungnahmen der Verbände zur Verfügung zu stellen.

Danke schön.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Gebhart.

Ich erteile nun Herrn Kollegen Haller das Wort.

Abg. Haller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vieles wurde schon gesagt, aber dennoch ist es mir eine große Freude, heute zum Entwurf des Landesgesetzes zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes sprechen zu dürfen. Wie bereits gesagt, beide Änderungen gehen in erster Linie auf zwei Umsetzungen von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zurück. Es bleibt also gar keine andere Wahl, als die notwendigen Änderungen im Landeswassergesetz, im Landesabfallwirtschaftsgesetz und in der Landesgewässerbestandsaufnahme- und -zustandsüberwachungsverordnung vorzunehmen, da diese Rechtsakte der EG zwingend in deutsches Recht umzusetzen sind.

Konkret geht es um die Umsetzung der Richtlinie 2003/35/EG und um die Richtlinie 2001/42/EG. Die Richtlinie 2003/35/EG verpflichtet zur Ergänzung von nationalen Bestimmungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei Zulassungsverfahren für Industrie- und Infrastrukturanlagen. Im Landeswassergesetz müssen die speziellen Verfahrensregeln für wasserrechtliche Zulassungsentscheidungen mit Bezug auf IVU-Anlagen angepasst werden.

Die Richtlinie 2001/42/EG wurde im Wesentlichen durch das Bundesgesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung abgedeckt. Dabei wurden hinsichtlich wasserrechtlicher und verfahrenstechnischer Fragen

Regelungsaufträge an die Länder erteilt. Dementsprechend wird das Landeswassergesetz um die Punkte, die vor allem die Strategische Umweltprüfung betreffen, erweitert.

Darüber hinaus werden redaktionelle Änderungen vorgenommen, was sicher nicht von Schaden ist, Vereinfachungen beim wasserrechtlichen Zulassungsverfahren und kleine Änderungen beim Landesabfallwirtschaftsgesetz, die den gesetzgeberischen Willen eindeutiger zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, für die Kommunen ist es begrüßenswert, dass die Vorlage eines Abwasserbeseitigungskonzeptes von einer verpflichtenden in eine freiwillige Aufgabenstellung umgewandelt werden kann. Dies ergab eine Prüfung des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, die auf Anregung des Kommunalen Rats veranlasst wurde. Eine Verpflichtung zur strategischen Umweltprüfung ist somit nicht mehr gegeben. Es gibt jedoch die Option, freiwillig den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung in einem Abwasserbeseitigungskonzept darzustellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege Haller.

Ich erteile Frau Kollegin Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie der Kollege Haller schon sagte, setzt der Gesetzentwurf der Landesregierung zwei Richtlinien der EG in das Landeswassergesetz im ersten Artikel um, im zweiten das Landesabfallwirtschaftsgesetz mit einer Zuständigkeitsregelung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes. In Artikel 3 werden in der Ländergewässerbestandsaufnahme- und -zuständigkeitsüberwachungsverordnung Regelungsaufträge aus dem Wasserhaushaltsgesetz des Bundes vorgenommen. Nebenbei gesagt frage ich mich, ob man aus einem solchen Gemischtwarenladen ein Gesetz machen muss.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Ich komme zunächst zu Artikel 1. Die wasserrechtlichen Regelungen in der ersten Richtlinie über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Zulassungsverfahren für Industrie- und Infrastrukturanlagen nach der UVP- und der IVU-Richtlinie der EG – allein der Titel – sind äußerst zeitkritisch. Sie hätten bis Mitte 2005 national umgesetzt sein müssen. Wegen des vorzeitigen Endes der Legislaturperiode im Bund gab es Verspätungen beim Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz des Bundes, was die EU im Juli 2006 mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof quitiert hat. Entsprechend eilbedürftig ist daher die Verabschiedung der landesrechtlichen Regelungen im Landeswassergesetz.

In der zweiten Richtlinie geht es um die Umsetzung der EG-Richtlinie für die strategische Umweltprüfung. Auf Bundesebene sind das UVPG und das Wasserhaushaltsgesetz betroffen, auf Landesebene das Landeswassergesetz anzupassen.

Die landesrechtliche Regelung hätte bereits bis 31. Dezember 2006 erlassen werden müssen. In diesem Fall geht die Verspätung auf das Konto der Landesregierung. Ich weiß nicht, welche Hinderungsgründe die Landesregierung davon abgehalten haben, den Termin einzuhalten.

Ich komme nun zu Artikel 2. Im Landesabfallwirtschaftsgesetz werden Zuständigkeiten aus dem neuen Elektro- und Elektronikgerätegesetz des Bundes übernommen sowie der Sonderabfallbegriff den bundesrechtlichen Vorgaben angepasst.

Meine Damen und Herren, das ist eigentlich schon alles, was dazu zu sagen ist.

Was die finanziellen Folgen aus den beiden Richtlinien angeht, dürften wohl nur marginale Verwaltungsmehrkosten entstehen. Ein Anwendungsbereich des Konnexitätsprinzips ist nicht gegeben. Positiv beim Landeswassergesetz ist anzumerken, dass in § 52 die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten nicht mehr verpflichtend, sondern nur noch optional und damit freiwillig ist.

Ich möchte es dabei belassen, auch deshalb, weil die Bestimmungen des Gesetzentwurfs landespolitisch, wie ich vorhin schon sagte, nur sehr wenig Gestaltungsspielraum bieten.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft zwingend in nationales, also Bundes- und Landesrecht umgesetzt werden müssen. Wir erleben bei diesem Gesetz, wie schnell man vor dem Europäischen Gerichtshof landen kann, wenn man unpünktlich ist. Die Einzelheiten dieses Gesetzes können durchaus im Ausschuss besprochen werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Wir sind damit am Ende der ersten Beratung. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Erheben sich dagegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall, dann können wir so verfahren.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008
(LBVAnpG 2007/2008)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/1400 –
Erste Beratung**

Wer spricht für die Landesregierung, der Finanzminister oder der Staatssekretär?

(Ministerpräsident Beck meldet sich zu Wort)

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, dass der Herr Finanzminister nicht anwesend ist. Wir sind aber darüber informiert worden, dass die Ruanda-Debatte noch vorher stattfinden würde. Insoweit bitte ich um Verständnis für diese ständige Veränderung im Vorgehen. Ich denke, der Herr Finanzminister wird gleich kommen.

Erlauben Sie mir vorab eine kurze Bemerkung. Ich glaube, dass wir miteinander unsere politischen Vorstellungen immer darauf abgleichen müssen, ob die Forderungen, die wir politisch erheben, mit den finanzpolitischen Forderungen, die gestellt werden, in Einklang zu bringen sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, welche Debatten hier aus Anlass der Haushaltsberatungen geführt worden sind. Ich möchte außerdem daran erinnern, welche Debatte vor der Sommerpause aus Anlass der Entlastungsdiskussion geführt worden ist.

Die Forderungen der Opposition waren nachhaltig auf Haushaltskonsolidierung angelegt. Vor diesem Hintergrund, den ich mit Respekt zur Kenntnis genommen habe, habe ich heute mit einigem Erstaunen die Meldung wahrgenommen, dass der Vorsitzende der CDU-Fraktion in diesem Haus die Forderung aufgestellt hat, eine Größenordnung von 2,9 % Gehaltserhöhung einzu beziehen. Dies hat mich deshalb erstaunt, weil eine solche Entscheidung für den Haushalt bedeuten würde, dass wir ab dem kommenden Haushaltsjahr gerechnet per anno rund 65 Millionen Euro gegenüber der Entscheidung, die die Landesregierung Ihnen mit diesem Gesetz vorlegt, mehr aufwenden müssten.

Sie wissen, dass das nicht jeweils einmalige Ausgaben wären, sondern Basiseffekte hat, die sich im Zuge der mittelfristigen Finanzplanung auf 325 Millionen Euro aufsummieren würden. Es sind 325 Millionen Euro Veränderung der mittelfristigen Finanzplanung. Das muss mit den Forderungen nach einem konsolidierten Haushalt in Einklang gebracht werden. Da bin ich auf die Debatte in höchstem Maße gespannt.

(Beifall der SPD)

Erlauben Sie mir, zum Zweiten darauf hinzuweisen, dass es eine verkürzte Betrachtung wäre, würde man lediglich davon ausgehen, dass die prozentualen Gehaltsforderungen eine Basis für Vergleichbarkeit für die Beamtinnen und Beamten zwischen den unterschiedlichen Ländern darstellen. Wir müssen dabei die unterschiedliche Wochenarbeitszeit einbeziehen. Man könnte auch unterschiedliche Lebensarbeitszeiten regeln. Wir müssen darüber hinaus das, was in unterschiedlichster Weise an Kürzungen mit dem sogenannten 13. Monatsgehalt, früher Weihnachtsgeld, vorgenommen worden ist, mit

einbeziehen. Es sind Kürzungen unterschiedlicher Größenordnung bis hin zu 100 %, wenn ich es richtig erinnere, in Niedersachsen.

Wenn wir das auf der Basis eines Gehaltsempfängers in A 13 zusammenrechnen, dann kommen wir dazu, dass Rheinland-Pfalz seine Beamtinnen und Beamten über alle Stufen hinweg besser stellt, als dies für Baden-Württemberg, noch mehr für Hessen, noch mehr für Bayern und noch mehr für Niedersachsen gilt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei einer solchen Gesamtbetrachtung – einbeziehend auch andere Vorbelastungen, über die wir entschieden haben, beispielsweise die längere Lebensarbeitszeit für die Polizeibeamtinnen und -beamten, denen auf der anderen Seite mit der zweigeteilten Laufbahn auch ganz andere Laufbahnmöglichkeiten gegenüberstehen –, wenn man dies alles einigermaßen in eine Relation zueinander setzt, kommt man zu einem anderen Ergebnis, nämlich dem, dass wir in einer fairen Weise mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen.

Herr Präsident, diese Vorbemerkung wollte ich machen, um dem Herrn Finanzminister die Gelegenheit zu geben, jetzt die Gesetzesbegründung vorzunehmen. Ich bitte noch einmal um Entschuldigung, aber mir sind zwischenzeitlich immer wieder vier oder fünf Termine für die Ruanda-Debatte genannt worden, was von unseren Gästen aus Ruanda abhängt. Deshalb kein Vorwurf an irgendjemanden, aber das war die Begründung dafür, dass wir jetzt mit Stabübergabe arbeiten. Wenn Sie erlauben, Herr Präsident, sollte jetzt der Herr Finanzminister zu Wort kommen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat jetzt Herr Finanzminister Professor Dr. Deubel.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als vor einiger Zeit der Kollege Hering auch, weil sich die Zeit völlig verschoben hat, zu seinem Punkt nicht angetreten ist, bin ich angetreten und habe gesagt, in der Landesregierung ist das ganz einfach, da steht einer für den anderen ein, Sie werden keine Lücke finden. Diesmal hat der Herr Ministerpräsident das für mich gebracht.

(Bracht, CDU: Wer wird das das nächste Mal sein?)

Ich hatte eben auch erst in einer Viertelstunde mit meinem Auftritt gerechnet. Von daher bitte ich ausdrücklich um Entschuldigung. Das ist selbstverständlich keine Missachtung des Hohen Hauses.

Zur Sache selbst: Wir legen Ihnen den Gesetzentwurf über die Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge für die Jahre 2007 und 2008 vor. Wesentlicher Bestandteil dieser Regierungsvorlage sind die Besoldungserhöhung mit 1,7 % im einfachen Dienst bis A 6,

mit 1,1 % im mittleren Dienst, also A 7 bis A 9, und mit 0,5 % ab A 10 in diesem Jahr zum 1. Juli und das Gleiche noch einmal im nächsten Jahr.

Wenn man davon ausgeht, dass die Inflationsrate 1,7 % auch in diesem Jahr beträgt – möglicherweise ist sie sogar höher –, dann heißt das, im einfachen Dienst muss man 3,4 % mit dem vergleichen, was in anderen Ländern in einem einstufigen Verfahren gemacht wird, 2,2 % im mittleren Dienst bis zur Eingangsbesoldung gehobener Dienst mit anderen Ländern und 1 % ab A 10 mit anderen Ländern.

Zusätzlich wird am 1. Januar für Beamtinnen und Beamte mit drei und mehr Kindern der Kinderzuschlag um 50 Euro pro Monat erhöht. Damit wird ein familienpolitischer Akzent gesetzt. Bei den Versorgungsempfängern kommt es hier in Rheinland-Pfalz selbstverständlich zur gleich hohen Erhöhung. Allerdings muss man dazu sagen, bei den Versorgungsempfängern haben wir achsstufig eine Absenkung der Versorgungsbezüge von früher einmal 75 % auf nur noch gut 71 %. Das sollte in acht Stufen à 0,54 Prozentpunkte geschehen. Da wir nun eine Erhöhung von 0,5 % haben, ist diese Stufe selbstverständlich verkleinert worden. Wir haben dafür eine eigene Tabelle entwickelt, damit Versorgungsempfänger jedenfalls keine Verschlechterung ihrer Besoldung hinnehmen müssen.

Dazu kommen im Entwurf die weitgehende Abschaffung kommunaler Stellenobergrenzen, eine Verschiebung bei der Neuverleihung von Ämtern ab B 2 oder R 3 der endgültigen Einstufung um zwei Jahre um eine Besoldungsgruppe. Wir schaffen eine gesetzliche Möglichkeit für verbeamtete Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie deren Stellvertreter in den Landesbetrieben, um sie, was die Prämie angeht, ähnlich zu behandeln wie angestellte Geschäftsführer; denn hier und da sind es Beamtinnen und Beamte. Wir schlagen Ihnen die Einführung einer formalgesetzlichen Grundlage für die Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht vor, höchst vorsichtig, weil ein Verwaltungsgericht dies etwas anders gesehen hat, und es gibt bei der Einstufung nach dem Landesbesoldungsgesetz einige Veränderungen.

Der Herr Ministerpräsident ist schon darauf eingegangen, ob die Erhöhung, die wir vorschlagen, denn angemessen ist vor dem Hintergrund stärkerer Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft aktuell – das ist eindeutig so – und vor dem Hintergrund, dass in anderen Ländern Erhöhungen stattfinden – übrigens nur einmal, meistens in 2008 –, die höher liegen als die 1 % bei uns. Zumindest gilt das dann für den gehobenen und höheren Dienst.

Nun könnte man für die Forderung Verständnis haben, wenn tatsächlich unsere Beamtinnen und Beamten schlechter behandelt würden als in anderen Bundesländern. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben genau gerechnet. Wenn unsere Beamtinnen und Beamten genau das bekommen würden und das bezogen auf die A 13, die der Herr Ministerpräsident schon angesprochen hatte, was sie beispielsweise im Nachbarland Hessen bekommen, dann würden wir 108 Millionen Euro im Jahr einsparen, weil unsere Beamtinnen und Beamten dann schlechter bezahlt würden, wenn wie im Nachbarland

bezahlt würde. Wie gesagt, das ist in allen anderen Flächenländern ringsherum so einschließlich Niedersachsen. Überall wird unter dem Strich schlechter bezahlt, weil entweder länger gearbeitet werden muss oder das 13. Gehalt abgesenkt oder ganz gestrichen ist.

Das, was ich Ihnen sage, gilt für A 13 höherer Dienst. A 13 höherer Dienst ist aber nach den Veränderungen der letzten Jahre und auch gerade der Veränderung, die wir jetzt vorschlagen, die Einstufung, die relativ noch am schlechtesten dasteht, weil die Erhöhung eben nur zweimal 0,5 % beträgt.

Wenn wir Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes nehmen und wenn wir die Versorgungsempfänger nehmen, dann sieht die Rechnung völlig anders aus; denn bei Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes haben wir eben die höhere Besoldungserhöhung vorgeschlagen, und bei Versorgungsempfängern ist es in der Tat so, dass in anderen Ländern nicht nur das sogenannte 13. Gehalt abgesenkt ist, teilweise deutlich stärker als beim Land Rheinland-Pfalz, sondern zusätzlich für Versorgungsempfänger noch weiter abgesenkt wird, etwa Baden-Württemberg für Versorgungsempfänger 30 % anstatt 64 % für Aktive, Nordrhein-Westfalen 22 % anstatt 30 % für Aktive, Nachbarland Saarland 400 Euro Festbetrag für Versorgungsempfänger anstatt 800 Euro Festbetrag für Aktive.

Nur in Niedersachsen gibt es keine Unterschiede zwischen Aktiven und Versorgungsempfängern, weil es in Niedersachsen schlicht und ergreifend keine Sonderzuwendung mehr gibt, dagegen immerhin 50 % eines Monatsgehalts in Rheinland-Pfalz für Aktive und Versorgungsempfänger.

Vor dem Hintergrund der günstigen Situation für unsere Beamtinnen und Beamten dann zu fordern, dass obendrauf gelegt werden soll 2,9 % anstatt 1,0 % auch im höheren Dienst – die Forderung kann sich wohl nicht auf den mittleren beziehen; denn das würde heißen 2,9 % anstatt 3,4 % –, ich weiß nicht, wie die CDU das im mittleren Dienst sieht, denn da ist von einer höheren Erhöhung keine Rede, sondern 2,9 % für alle habe ich verstanden.

(Hartloff, SPD: Überraschender Einsparvorschlag!)

– Ja, ja.

Also über 300 Millionen Euro in fünf Jahren, dazu einmal locker die Forderung, möglichst viele neue Stellen bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Deckungsvorschlag: Null. – Dafür wird dann gefordert „weniger Schulen“ – Entschuldigung, das war die erste Mail von Ihnen. Darin stand „weniger Schulen“. Das haben Sie dann in „weniger Schulden“ korrigiert.

(Hartloff, SPD: Das war doch letzte Woche schon!)

Das fiel dann eben doch auf. Also gestatten Sie mir den etwas platten Ausdruck, für mich ist das blanker Opportunismus oder Bauernfängerei, wenn solche Forderungen aufgestellt werden.

(Beifall der SPD)

Gleichzeitig werden weniger Schulden verlangt. Mit verantwortlicher Politik und mit Regierungsfähigkeit hat das überhaupt nichts zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich darf zunächst Gäste bei uns begrüßen, und zwar die St. Sebastianus-Schützen aus Bad Breisig. Herzlich willkommen im Parlament in Mainz!

(Beifall im Hause)

Als Nächster hat Herr Kollege Henter das Wort.

Abg. Henter, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz enthält verschiedene Regelungen im Hinblick auf das Recht der Beamtinnen und Beamten. Zum einen werden die Anpassungen der Bezüge der Beamtinnen und Beamten geregelt. Da schlägt die Landesregierung vor, ab der Besoldungsstufe A 10 0,5 % Mitte diesen Jahres und nächsten Jahres, 1,1 % für den mittleren Dienst und 1,7 % für den einfachen Dienst vorzusehen.

Weiterhin gibt es abweichende Bestimmungen von Grundgehaltssätzen innerhalb der Besoldungsgruppen B und R.

Wir stehen am Anfang der Beratungen. Darüber wird man sicher diskutieren können. Es soll eine Regelung für eine erfolgsabhängige Prämie für Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer dreier Landesbetriebe geben. Man wird hier nach den Kriterien fragen müssen.

Es sollen Änderungen bei dem Recht der Professorenbesoldung erfolgen, außerdem eine Anpassung der Schulleiterbesoldung an Regionalen Schulen. Eine Neuregelung der Obergrenze für Beförderungssämter im kommunalen Bereich ist vorgesehen. Dort wird, was ich ausdrücklich befürworte, bei den Kreisverwaltungen den Juristen die Möglichkeit eingeräumt, eine A-16-Stelle auszuweisen und ihnen damit in dieser Hinsicht eine Perspektive zu bieten.

Wir werden all diese Regelungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens begleiten, beraten und unsere Meinung dazu bilden.

Im Zentrum des Gesetzgebungsvorschlags steht allerdings der Vorschlag, wie die Bezüge der Beamtinnen und Beamten angepasst werden sollen. Nun haben wir in Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz eine Pflicht des Gesetzgebers, also des Dienstherrn, zur Gewährung einer angemessenen Besoldung und Versorgung. Es gibt die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, das Alimentationsprinzip. Das Bundesverfassungsgericht, so

steht es auch in Ihrer Begründung des Gesetzes, gesteht dem Gesetzgeber durchaus einen weiten Gestaltungsspielraum im Hinblick auf den Umfang der Bezüge der Beamtinnen und Beamten zu.

Vonseiten der CDU will ich betonen, es geht uns nicht darum, was als rechtlicher Mindeststandpunkt eingeführt werden kann. Es geht darum, wie eine Beamtenbesoldung angemessen und gerecht erfolgen soll. Da gibt es verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Das ist unter anderem die Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Es ist aber auch das Tarifergebnis für Angestellte, das auch vom Land Rheinland-Pfalz abgeschlossen worden ist. Für das Jahr 2007 sind drei verschiedene Stufen von Einmalzahlungen vorgesehen und eine Erhöhung von 2,9 % für das Jahr 2008.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist auch die Teilhabe der Beamtinnen und Beamten an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Da müssen wir den Vergleich mit den Beschäftigten der Privatwirtschaft heranziehen. Die Entwicklung der Verbraucherpreise spielt auch eine Rolle. Dazu gehören die ökonomischen Rahmenbedingungen in unserem Lande.

All diese Gesichtspunkte müssen bei der gesetzlichen Festlegung der Beamtenbesoldung berücksichtigt werden. Man muss auch schauen, was außerhalb des öffentlichen Dienstes an Tarifabschlüssen stattgefunden hat. Dort haben wir Abschlüsse zwischen 2,5 % und 5 %. Die Eisenbahner haben mit 4,5 % abgeschlossen. Die Lokführer verhandeln immer noch.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Beamtinnen und Beamten in der Vergangenheit bereits erhebliche Vorleistungen erbracht haben. Ich erinnere nur an zeitversetzte Anpassungen der Besoldungserhöhungen, an niedrigere Erhöhungen. Wenn man das alles zusammenzählt, kommt man vom Jahr 1997 bis zum Jahr 2007 auf ca. 40 bis 50 Sparmaßnahmen, die die Gehälter der Beamtinnen und Beamten eingeschränkt haben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Beamtinnen und Beamten zwei Nullrunden hinter sich haben. In den Jahren 2004 und 2005 hat keine Besoldungserhöhung stattgefunden. Wir erwarten trotzdem leistungsbereite und motivierte Beamtinnen und Beamte.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist es, wie es in den anderen Bundesländern in den Jahren 2007 und 2008 gehandhabt wird. Wir haben das Land Baden-Württemberg, das für das Jahr 2008 gesplittet 2,9 % mehr anbietet. Eine Einmalzahlung in 2007 ist vorgesehen.

Wir haben das Land Bayern, das 3 % Besoldungserhöhung ab dem 1. Oktober 2007 anbietet und eine Einmalzahlung von 250 Euro in 2007.

Wir haben das Land Hessen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, das immerhin 2,4 % Erhöhung im Jahr 2008 anbietet. Wir haben in unmittelbarer Nachbarschaft das Saarland, das 2,9 % im Jahr 2008 und einen Festbetrag von 250 Euro im Jahr 2007 vorsieht.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Scheinbar ist der Fürsorgegesichtspunkt beim Dienstherren im Saarland etwas stärker ausgeprägt als bei der amtierenden Landesregierung in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Fink, SPD)

Der CDU geht es darum, den Beamten eine angemessene, faire und gerechte Bezahlung zu ermöglichen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind auch in der Bundespolitik tätig. Sie haben in der vergangenen Woche, ich habe es im ZDF-Text gelesen, die Forderung aufgestellt, die ich ausdrücklich unterstütze, ich zitiere: Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident verlangt von der Koalition gezielte Maßnahmen, damit der Aufschwung auch beim Einzelnen ankommt. – Ich sage, auch beim einzelnen Beamten, Herr Ministerpräsident Beck.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Das war
eine harte Attacke!)

Herr Beck, seien Sie doch froh, dass ich Sie gelobt habe. Ich unterstütze doch Ihre Forderung, dass der Aufschwung beim Einzelnen ankommt.

(Ministerpräsident Beck: Sagen Sie noch, wie Sie die 300 Millionen beibringen, dann bin ich glücklich!)

Herr Ministerpräsident Beck, der einzelne Beamte ist schließlich nicht verantwortlich für die Schulden, die Ihre Landesregierung in den vergangenen Jahren gemacht hat.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: So einfach kommen Sie
da jetzt nicht heraus!)

– Herr Hartloff, ich weiß, das tut weh, wenn die Beamten vor dem Landtag demonstrieren. Das gefällt Ihnen nicht.

(Hartloff, SPD: Ihre Vorschläge müssen
Sie selbst begründen!)

Wir brauchen motivierte Beamtinnen und Beamte. Es ist kein faires Verfahren, wenn wir die Beamten von der Einkommensentwicklung in unserem Land abkoppeln.

In der Privatwirtschaft gilt ein Grundsatz. Dafür muss man den Gewerkschaften dankbar sein. Als die wirtschaftliche Entwicklung stagniert hat, haben sich die Gewerkschaften bei den Lohnforderungen zurückgehalten. Jetzt floriert unsere Wirtschaft, dann erwarten die Gewerkschaften zu Recht, dass der einzelne Arbeitnehmer besser bezahlt wird. Das Gleiche gilt auch für die Beamtinnen und Beamten in unserem Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Zum weiteren Verfahren sage ich Folgendes: Wir befinden uns am Beginn des Gesetzgebungsverfahrens. Die CDU beantragt eine Anhörung der Gewerkschaften und der kommunalen Spitzenverbände im Haushalts- und Finanzausschuss. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren

hoffen wir, dass Sie sich noch bewegen, ähnlich wie Sie es getan haben, als Sie die Absenkung der Eingangsbeholdung vornehmen wollten. Sie haben bis zuletzt daran festgehalten. Als die Abstimmung stattgefunden hat, sind Sie Gott sei Dank umgefallen.

(Beifall der CDU)

Wir erwarten auch in dieser Frage, dass bei Ihnen die Vernunft etwas einkehrt, wie es bei der anderen Frage auch der Fall gewesen ist.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Puchtler das Wort.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann es drehen und wenden wie man will, auch Besoldungsanpassungen kann man nur im Gesamtkontext einer Haushalts- und Finanzpolitik sehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen: Mit dem vorliegenden Entwurf setzen wir die Linie fort. Das bedeutet bei uns Investieren, Vorsorgen und Konsolidieren vor Ort. Das ist ein Dreiklang. Der gehört zusammen, und nur so kann ich verantwortungsvolle Finanzpolitik machen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Dreiklang ist der rheinland-pfälzische Weg. Er ist moderat, verantwortungsbewusst, realistisch und vor allem vor dem Hintergrund der Gesamtfinanzsituation unseres Landes auch langfristig vertretbar. Die langfristige Komponente darf man nicht außer Acht lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erhöhungen sind sozial gestaffelt: 1,7 %, 1,1 % und 0,5 %. Hier wird der Gesamtsituation der Finanzen des Landes Rechnung getragen. Rechnung getragen wird auch einer Ausgangslage. Auch die können wir nicht ausblenden; denn ein Euro kann nur einmal ausgegeben werden, und er muss erwirtschaftet, verdient oder eingenommen werden.

Unser Land ist kein Unternehmen, das Gewinne erzielen kann, Gewinne, die ich im Rahmen einer Unternehmenspolitik zum Beispiel beeinflussen und steuern kann: durch Produkte und neue Märkte. Dadurch ergibt sich naturgemäß eine ganz andere Situation im Bereich der privaten Unternehmen: Mehr Flexibilität und dadurch eine Ausgangsbasis, die es ermöglicht, auch entsprechende Gehaltserhöhungen im privatwirtschaftlichen Bereich vorzunehmen.

Beim Land sieht das anders aus. Wir haben im Wesentlichen Einnahmen aus dem Steuerbereich. Da schauen wir uns die letzten sechs Jahre an: Wir hatten seit 2000 starke Rückgänge zu verzeichnen. Wir sind erst im letzten Jahr 2006 wieder auf dem alten Niveau angekommen. Trotzdem mussten in diesem Zeitraum und müs-

sen auch weiterhin wichtige Investitionen getätigt werden. Wir haben es heute schon angesprochen, und es wurde mehrfach genannt: Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, Verkehrswege und den Gesundheitsbereich. Das hat in den letzten Jahren auch das Anwachsen der Landesverbindlichkeiten bedeutet, so dass wir eine Ausgangslage haben, die bedeutet, auch Konsolidieren ist weiter notwendig.

Wenn wir uns den Gesamthaushalt betrachten, dann fließt fast jeder halbe Euro in den Bereich Personal. Das heißt, auch der Personalbereich muss zu einer Konsolidierung beitragen. Da haben wir nicht viele Alternativen. Die eine Alternative heißt zum Beispiel Personalabbau oder, wie wir es praktizieren, eine moderate Linie fahren.

Blicken wir über den Rhein nach Hessen. Da hat man diesen Personalabbau forciert. Da hat man das Ziel, 9.000 Mitarbeiter abzubauen. Was macht man da? – Man gründet eine Personalvermittlungsstelle und sagt vor vornherein, du, lieber Mitarbeiter, bist in dem anderen Bereich, du wirst eigentlich nicht mehr gebraucht. Da frage ich sie ganz deutlich: Ist dieser Weg motivierend und verantwortungsbewusst? – Nein, das wollen wir in Rheinland-Pfalz nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen keine Ausgrenzung, sondern eine verantwortungsbewusste und realistische Linie. Deswegen moderate Erhöhungen und nicht erkaufte durch harte Maßnahmen zulasten der Mitarbeiter.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Regelung ist sozial gestaffelt. Auch das sollte man nicht unterschätzen; denn gerade in dem Bereich des einfachen Dienstes ist mit 1,7 % der Faktor am stärksten ausgebracht. Das ist der Inflationsausgleich. Das darf bei der gesamten Diskussion nicht untergehen. 1,1 % im mittleren Bereich und 0,5 % ab Besoldungsgruppe A 10. Ich sage bewusst die Prozentsätze, weil die Prozentsätze allein noch nicht die komplette Aussage sind, sondern ich muss das alles im Gesamtzusammenhang sehen.

Da möchte ich noch einmal das Stichwort „Arbeitszeit“ nennen. Das ist es ein Unterschied, ob ich zum Beispiel in Baden-Württemberg 41 Stunden für die Beamten in der Woche bei Vollzeit habe, in Bayern 42, in Hessen 42 und bei uns in Rheinland-Pfalz 40 Stunden. Das sind deutliche Unterschiede. Wenn wir uns das einmal anschauen, dann wirkt sich das aus. Ich habe doch eine ganz andere Basis. Dann wird man sehen, dass wir im Vergleich gerade auch zu Bayern und Hessen günstiger liegen, was die Perspektive der nächsten Jahre betrifft, wenn man die Bezugsgrößen zusammenbringt, nämlich Besoldungserhöhung und Arbeitszeit. Das gehört zusammen, und das kann man nicht wegdiskutieren. Von daher sieht es – wie auch unser Finanzminister Ingolf Deubel ausgeführt hat – im Vergleich mit den anderen Ländern so schlecht nicht aus. Man muss immer alles im Zusammenhang sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei muss man beachten, dass es noch zusätzliche Leistungen gibt. Ich will nur ein Stichwort nennen: In Rheinland-Pfalz wird

gerade im Bereich A 2 bis A 8 ein Urlaubsgeld gezahlt. In den großen Ländern, die angedacht und genannt werden, wie Bayern und Baden-Württemberg, finden sie davon nichts.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Bei unserem Vorschlag ist auch zu beachten, es ist keine Einmalzahlung. Eine Einmalzahlung hat den Einmaleffekt. Aber bei uns ist es eine prozentuale Erhöhung. Dadurch habe ich einen Sockeleffekt. Die Leute, die aus dem Bankbereich kommen, wissen, was ein solcher Zinseszinsseffekt ausmacht. Ich glaube, von daher ist es eine ganz entscheidende Komponente, dass man eine prozentuale Erhöhung wählt, weil das sich vor allem für die Mitarbeiter langfristig bemerkbar machen wird.

Die Haltung der Arbeitnehmervertretung, der Gewerkschaften, der Personalräte, ist klar. Es ist ihre Aufgabe, sich für die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen. Von daher habe ich für diese Tätigkeit einen hohen Respekt; denn es ist ein Teil unserer Arbeitswelt und gehört mit dazu. Es ist auch sicher ein Stück Solidarbeitrag, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten, ein Solidarbeitrag, dass konsolidiert und investiert werden kann, ein Solidarbeitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wenn wir das Land als Arbeitgeber im Gesamten betrachten, stehen wir sicher im Wettbewerb. Aber ich glaube, dass die Attraktivität des Beamtenberufs in Rheinland-Pfalz nicht nur an der Einkommensentwicklung festgemacht werden darf. Auch Kriterien wie eine gute Ausbildung, Weiterbildungschancen und berufliche Entwicklung sind entscheidend.

(Beifall des Abg. Pörksen, SPD)

Im Gesetzentwurf sind weitere Bereiche enthalten: Denken wir an eine Familienkomponente, die insbesondere im Bereich der Kinderzuschläge einen wichtigen Akzent setzt, auch immer langfristig orientiert.

Weitere Regelungen im Gesetzentwurf, wie die Änderung bei der kommunalen Stellenobergrenze, geben mehr Flexibilität vor Ort. Die Schaffung der formalgesetzlichen Grundlage für die Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht und zahlreiche redaktionelle Anpassungen komplettieren den Gesetzentwurf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Gesetzesvorlage wird einer nachhaltigen Haushaltspolitik Rechnung getragen. Sie ist auch langfristig orientiert unter der Beachtung von Risiken: Stichwort „Steuerschätzung“, Stichwort „Steuermehrereinnahmen“. Es sind Schätzungen, und da müssen wir schauen, wie die nächste Zeit weitergehen wird. Auch das Risiko der Konjunkturabschwächung muss betrachtet werden. Wir haben vor kurzem eine heftige Entwicklung durch verschiedene Probleme auf den Finanzmärkten gehabt. Da sieht man, wie schnell Dinge sich wieder eintrüben können, wie schnell Steuerschätzungen und Konjunkturaufschwünge erheblich beeinträchtigt werden können.

Ich glaube, das Volumen, das vorgeschlagen wird – 9 Millionen Euro Mehraufwendungen für 2007, ca. 30, 5 Millionen Euro für 2008 und über 39,8 Millionen Euro für 2009, zusätzliche Mittel, die in den Personalbereich fließen –, ist vertretbar. Das ist anders vertretbar als ein Volumen von 65 Millionen Euro pro Jahr oder hochgerechnet über 300 Millionen Euro. Da muss man sagen, woher man das finanzieren will.

(Beifall der SPD)

Das kennen wir. Es ist nichts Neues, dass auf der einen Seite gefordert, aber nicht für die entsprechende Gegenfinanzierung gesorgt wird. Das ist die berühmte Quadratur des Kreises. Die kann man auch in Zitaten immer nachvollziehen. Da wird zum Beispiel vom Landesvorsitzenden der Union zitiert, Rheinland-Pfalz könnte beim nächsten Doppelhaushalt im Prinzip ohne Neuverschuldung auskommen, und es wird gesagt, die SPD muss lernen, eisern Prioritäten zu setzen. Wir sind gespannt, wo die eisernen Prioritäten seitens der Union kommen, wo die Vorschläge kommen werden, wenn es heißt, hier Mut zu beweisen. Da sind wir einmal gespannt.

(Pörksen, SPD: Ich bin überhaupt nicht gespannt!)

Im Laufe des Jahres kommen viele nach Nassau. Da gibt es das schöne Schloss des Freiherrn vom Stein. Da kann man in die Inschriften schauen. Da gibt es eine Inschrift, da heißt es so schön: Vertrauen auf Mut und Beharrlichkeit. – Mut zur realistischen Entscheidung zeigt unser Entwurf.

Für Beharrlichkeit im Sinne einer soliden Haushaltspolitik stehen wir auch im Hinblick auf die weitere Einkommensentwicklung und auch im Hinblick darauf, dass wir die weiteren Perspektiven für die Beamten im Land im Auge behalten werden. Wichtig ist aber, dass wir klar sagen, was wir vorhaben, dass wir das auch umsetzen und einhalten. Dafür stehen wir.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Herbert Mertin.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den vergangenen Jahren in gemeinsamer Regierungsverantwortung an einer Vielzahl von Stellen Anpassungen nicht vorgenommen bzw. haben Entscheidungen getroffen, die durchaus zulasten der Beamten gegangen sind. So wurden Besoldungsanpassungen hinausgeschoben oder Nullrunden gefahren. Wir haben an der Versorgung Veränderungen vorgenommen. Wir haben bei der Arbeitszeit und bei der Lebensarbeitszeit Veränderungen vorgenommen. Wir haben darüber hinaus bei den Sonderzahlungen – auch beim Urlaubsgeld – Kürzungen vorgenommen und bei der Beihilfe eine Selbstbeteiligung eingeführt.

Ich möchte ausdrücklich für meine Fraktion sagen, dass wir zu den Maßnahmen, die wir damals getroffen haben, auch heute noch stehen. Sie waren damals im gesamtwirtschaftlichen Rahmen, aufgrund derer viele in der Gesellschaft in ihrem Bereich auch Kürzungen hinnehmen mussten, notwendig, weil es zur damaligen Zeit eben nicht gerechtfertigt gewesen wäre, wenn allein die Beamten insoweit ausgenommen worden wären. Das waren schwierige Entscheidungen. Wir stehen auch heute noch dazu und halten sie auch heute noch für notwendig.

Deshalb ist es sicherlich auch nach der Entscheidung der Gerichte zur Frage der Beihilfebeteiligung richtig, dieses jetzt gesetzlich zu regeln. Ich will das deshalb in keiner Weise kritisieren, aber ich möchte nur im Hinblick auf eine weitere gerichtliche Entscheidung zur Forstverwaltung problematisieren, ob wir mit der Rückwirkung hinkommen. Wir wollen deshalb, wenn die anderen Fraktionen mitziehen, im Rahmen der Ausschussberatungen beantragen, dass eine Expertise des wissenschaftlichen Dienstes zur Frage der echten Rückwirkung an dieser Stelle eingeholt wird. Wohlgedacht, ich möchte nicht kritisieren, dass das gesetzlich geregelt wird, sondern ich stelle angesichts der gerichtlichen Entscheidung in einer anderen Frage, bei der die Landesregierung und das Land Rheinland-Pfalz mit einer anderen Rückwirkungsregelung gescheitert ist, fest, dass wir dies im Rahmen der Ausschussberatung zumindest problematisieren und genauer anschauen müssten, um nicht erneut bei Gericht Schiffbruch zu erleiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorschlag zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung – in diesem Jahr 0,5 % und im nächsten Jahr 0,5 % – erscheint der FDP-Fraktion im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auf die Einkommensentwicklung in anderen Bereichen aber als nicht ausreichend. Es stellt sich die Frage, wie man es macht. Herr Kollege Puchler, ich habe aber auch Gespräche mit Gewerkschaften geführt. Sie sehen durchaus, dass eine Einmalzahlung nicht zu einem Sockeleffekt führt, aber Sie hätten ganz gerne eine anständige Einmalzahlung als Ausgleich zum Beispiel für die Inflation, auch wenn diese nicht zu einem Sockeleffekt führt. Ich meine, dass das ein Wunsch ist, über den man durchaus diskutieren kann. Ein Teil der Inflation ist schließlich auch politisch gewollt, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Man kann den Beamten an der Stelle nicht einfach sagen, wir erhöhen um 0,5 %. Auf das Jahr bezogen sind es ohnehin nur 0,25 %. Insofern kann man diesem Wunsch durchaus näher treten.

Ich rede nicht der Erhöhung das Wort, wie sie zum Teil gefordert wird, Herr Ministerpräsident. Ich habe das mit keiner Silbe getan. Ich weiß sehr wohl, was das bedeutet. Auf die Schlangenlinie komme ich noch zu sprechen. Ich bin bereit, über Einmalzahlungen und Ähnliches zu reden. Herr Ministerpräsident, Sie haben aber hier gesagt, das müsse gesamtwirtschaftlich betrachtet werden und es müsse konsolidiert werden. Da bin ich sehr Ihrer Meinung.

Ein Beamter hat mir aber zufällig in einem Gespräch gesagt, für die Freiheit, Kindergartenbeiträge nicht bezahlen zu müssen, müsse das Land auch Millionen

aufwenden, die es nicht habe. Für die Beamten hat das Land die Millionen auch nicht.

(Ministerpräsident Beck: Ein seltsamer Vergleich!)

– Der Beamte hat mir gesagt, wir bringen das Sonderopfer, damit die Kindergartenbeiträge fallen können. Es kann auch nicht die Rechnung sein,

(Ministerpräsident Beck: Mein Gott!)

dass eine Berufsgruppe das zu finanzieren hat.

(Beifall der FDP)

In dem einen Fall konnte die Landesregierung das Geld aufbringen, was letztlich nur über eine Neuverschuldung geht, und im anderen Bereich nicht. Ich meine, wenn schon Konsolidierung, dann muss das durchgängig sein. Dann kann man bei den Beamten an dieser Stelle nicht nur mit 0,5 % arbeiten.

Ich sage nicht, dass wir all das nachholen können, was in Teilen der Privatwirtschaft geht. Das gibt unser Haushalt nicht her. Ich meine aber schon, dass zum Beispiel Polizeibeamte, die mit harter Arbeit dafür sorgen, dass wir in einer Studie in Bezug auf die Innere Sicherheit gut bewertet werden, durchaus eine angemessene Belohnung empfangen können.

(Beifall der FDP)

Über eine Einmalzahlung ergeben sich keine Sockeleffekte. Über eine Einmalzahlung können Sie den Beamten nach vielen Jahren, in denen wir gemeinsam Kürzungen vorgenommen haben, durchaus einmal etwas zugute kommen lassen, ohne Sockeleffekte zu haben, die über Jahre hinweggehen.

(Hartloff, SPD: Deshalb werden sie in Rheinland-Pfalz deutlich besser bezahlt als in anderen Bundesländern!)

– Herr Kollege Hartloff, Sie glauben doch nicht, dass ein Bewerber, der als Beamter in das Land Rheinland-Pfalz kommen will, Ihre komplizierten Berechnungen, die Sie eben angestellt haben, nachvollziehen wird,

(Beifall der FDP und der CDU)

sondern er wird schauen, wie viel es in Hessen mehr gibt und wie viel es in Baden-Württemberg mehr gibt. Dort wird er hingehen.

(Pörksen, SPD: Wie ist es bei den Polizisten?)

– Bei den Polizisten wird er nur dort hingehen, wo die zweigeteilte Laufbahn ist. Das ist sonnenklar. Das weiß ich auch. Herr Kollege Hartloff, wir haben aber den Bereich der Lehrer. Für den Bereich der Lehrer haben wir früher gemeinsam Entscheidungen getroffen, die wir bitter bezahlt haben.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Der Herr Finanzminister weiß ganz genau, dass er irgendwann in die Situation kommen wird, dass er im harten Wettbewerb mit der freien Wirtschaft stehen wird. Ich erinnere mich noch an meine Schulzeit. Da suchte die Finanzverwaltung händeringend Beamte, und keiner ging da hin. Ein Steuerberater, mit dem ich heute sprach, sagte zu mir: Ich hätte es lieber mit gut ausgebildeten Beamten zu tun. Mit denen kann ich wenigstens die Dinge sachverständig regeln. – Wenn wir aber langfristig eine Besoldung haben, die es nicht mehr attraktiv macht,

(Pörksen, SPD: Dann muss Stoiber aber sehr vorsichtig sein mit seinen Äußerungen!)

dass die Menschen dort hingehen, haben wir später die Konsequenzen zu tragen.

(Beifall der FDP)

Deshalb noch einmal: Ich meine, es lohnt sich darüber nachzudenken, ob nicht über Einmalzahlungen zur Vermeidung von Sockeleffekten trotzdem den Beamten eine angemessene Gratifikation in diesem und im nächsten Jahr zugänglich gemacht werden kann. Wir müssen schließlich auch anerkennen, dass sie in den vergangenen Jahren ganz erhebliche Vorleistungen zur Sanierung des Haushalts ertragen mussten, die auch von uns vorgenommen wurden. Da gebietet es meiner Meinung nach auch die Fairness, dass man dies ein Stück weit anerkennt.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es wird Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss vorgeschlagen. Kann ich davon ausgehen, dass hierüber Einverständnis herrscht? – Das ist der Fall.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung der Schieds- amtsordnung Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1403 – Erste Beratung

Gemäß Absprache im Ältestenrat soll eine Behandlung ohne Aussprache erfolgen. Es wird eine Überweisung an den Rechtsausschuss vorgeschlagen. Kann ich dazu Einverständnis feststellen? – Das ist der Fall.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 des Handelsgesetzbuchs zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/1404 – Erste Beratung

Hierzu ist im Ältestenrat ebenfalls vereinbart worden, keine Aussprache durchzuführen. Es wird Überweisung an den Rechtsausschuss vorgeschlagen. Kann ich Ihr Einverständnis feststellen? – Das ist der Fall.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**25 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda:
Neue Impulse für ein erfolgreiches Entwicklungsmodell
Aus Partnern wurden Freunde
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/1412 –**

Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Enders das Wort.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch einen offiziellen Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel und dem damaligen Außenminister Ruandas wurde im Juni 1982 die Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda begründet. Diese Partnerschaft hat sich in einem Vierteljahrhundert sehr bewährt.

Insgesamt gibt es in Rheinland-Pfalz ca. 52 Gemeinden oder Landkreise, die intensive partnerschaftliche Beziehungen zu ruandischen Gemeinden unterhalten, während auf der anderen Seite rund 250 ruandische und rheinland-pfälzische Schulen in Kontakt stehen.

An dieser Partnerschaft beteiligen sich aber auch Kirchen, Universitäten, Fachhochschulen, Verbände und Unternehmen, vor allen Dingen aber örtliche Partnerschaftsvereine und andere gesellschaftliche Gruppen.

Der mittlerweile feste Begriff der Graswurzelpartnerschaft ist jedem im Land bekannt und wird von diesen vielen Institutionen mit Leben gefüllt. Weit über tausend Projekte konnten in Ruanda bereits erfolgreich umgesetzt werden.

Da dieses Land der tausend Hügel, wie wir es nennen – diejenigen, die dort gewesen sind, können das auch bestätigen –, zu den ärmsten der Welt gehört, ist die Unterstützung durch starke Partner nach wie vor sehr wichtig. Das muss auch in der Zukunft unser aller Motto sein, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe.

In dem Zusammenhang möchte ich die Gründung des Vereins Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda e. V. im Jahr 1983 nicht unerwähnt lassen, der das klare Ziel hat, die Entwicklungsarbeit noch effizienter zu gestalten. Dabei muss man auch die gute Arbeit des Koordinationsbüros in Kigali erwähnen.

Wir alle wissen, was im Rahmen des Genozids in Ruanda Schlimmes passiert ist. Dieser Genozid bedarf noch einer langfristigen Aufarbeitung. Circa eine Million Menschen haben damals ihr Leben verloren. Wir müssen als Rheinland-Pfälzer unsere Verantwortung auch darin sehen, bei dieser Aufarbeitung mitzuhelfen. Deswegen war es sehr gut, dass als erstes Land Rheinland-Pfalz

sein Büro in Kigali wieder besetzt und damit letztendlich einen wichtigen Vertrauensbeweis für die Menschen und die Überlebenden gegeben hat.

Ich konnte mich gemeinsam mit dem Kollegen Klöckner vor fünf Jahren anlässlich der 20-jährigen Partnerschaft als Mitglied der damaligen rheinland-pfälzischen Delegation auch intensiv von der Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Partnerschaft überzeugen. Ich glaube, dass ein wichtiger Punkt für die zunehmende innere Stabilisierung des Landes die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist; denn dadurch ist es möglich, dass große Teile der sehr armen Bevölkerung die Chance haben, aus ihrer Armut herauszukommen.

Die CDU-Fraktion dankt allen, die gemeinsam mit den ruandischen Partnern vielfältige Projekte in der Vergangenheit umgesetzt haben. Dabei gilt ein besonderer Dank – ich denke, diesem wird sich das ganze Haus anschließen – den vielen Ehrenamtlichen im Land, die man nicht vergessen darf, ohne deren Engagement vieles in der Vergangenheit nicht möglich gewesen wäre und auch in der Zukunft nicht möglich ist.

(Beifall der CDU –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mit diesem Dank ist auch die Bitte verbunden, die erfolgreichen und wichtigen partnerschaftlichen Aktivitäten weiter fortzusetzen, und zwar von den Vereinen bis zur Landesregierung. Wir bekräftigen mit den anderen Fraktionen dieses Hauses die Bereitschaft, durch eine Weiterentwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit auch einen Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung des dortigen demokratischen Gemeinwesens zu leisten.

Es gibt noch einiges zu tun. Wir hatten heute Nachmittag bei einem gemeinsamen Essen mit einer Delegation zur Vorbereitung der Wahlen in Ruanda ein sehr interessantes Gespräch geführt. Ich glaube, die Kollegen waren erstaunt, wie wir miteinander umgehen und wie gut das funktioniert.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Aufforderung des Landtags an die Landesregierung in unserem gemeinsamen Antrag betonen, die Partnerschaft unter Einbeziehung der Menschen in Rheinland-Pfalz weiter fortzusetzen. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt nicht nur in der Demokratisierung, sondern auch in der Förderung des Jugendaustauschs, dem Aufbau der Infrastruktur, der Kinder- und Jugendhilfe, der Grundbildung, aber auch der Gesundheit und der Trinkwasserversorgung.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Als Gäste begrüße ich im rheinland-pfälzischen Landtag den Vorsitzenden des Vereins Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda e. V., Herrn Debus, und den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Claßen. Gleichzeitig begrü-

ße ich den ehemaligen Kollegen Helmut Konrad. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Klöckner das Wort.

Abg. Klöckner, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute in einem gemeinsamen Antrag der SPD, CDU und FDP die seit 25 Jahren bestehende Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda würdigen, so zeigt dies ihren hohen Stellenwert und ist dies zugleich Ausdruck des breiten Konsenses, von dem sie getragen wird.

Mit dieser 1982 gegründeten Graswurzelpartnerschaft hat Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle übernommen. Lange bevor die Vereinten Nationen im Jahr 2000 ihre acht Millenniumsziele beschlossen haben, um damit Hunger, Armut und Chancenlosigkeit in der Welt zu bekämpfen, hat Rheinland-Pfalz in diesem Sinn bereits gehandelt. In beispielloser Weise engagieren sich landesweit Kommunen, Vereine, Kirchengemeinden und – nicht zu vergessen – fast 250 Schulen und Hochschulen auf vielfältige Weise für unser Partnerland.

Viele Menschen, darunter erfreulicherweise ein sehr hoher Anteil von jungen Leuten, setzen sich unermüdlich in Aktionen und Projekten für Ruanda ein. Denken wir nur an die Aktion Tagwerk, die zu einem festen Begriff jugendlichen Engagements geworden ist. Allen Frauen und Männern, die sich in dieser vorbildlichen Weise für unser Partnerland einsetzen, sagen wir, die SPD-Landtagsfraktion, Dank für ihr ehrenamtliches Wirken.

(Beifall der SPD)

In diesen Dank mit einschließen möchte ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ruandareferats sowie des Verbindungsbüros in Kigali, die für die Koordination der Hilfsprojekte sorgen.

(Beifall der SPD)

Das Betreuen von bisher rund 1.400 Projekten in einem Finanzrahmen von ca. 60 Millionen Euro zeigt den beachtlichen Umfang der bisher erbrachten Leistungen. Eine große Bedeutung kommt dabei auch dem Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda zu, der im nächsten Jahr auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken kann. Er repräsentiert das breite Spektrum der Institutionen und Organisationen sowie örtlichen Partnerschaftsvereine und Einzelpersonlichkeiten, die die Hilfestellung leisten, die von der Landesregierung und anderen nicht selbst übernommen werden kann.

Wir sehen, die Partnerschaft steht nicht nur auf dem Papier. Sie lebt und ist ein gut funktionierender Organismus. Selbst dem schrecklichen Genozid von 1994, der zu einem Trauma für das Land und seine Menschen wurde, hat das dichte Wurzelwerk der Partnerschaft widerstanden. Rheinland-Pfalz unterstützt nach Kräften den Versöhnungsprozess und den verstärkten Ausbau

demokratischer Strukturen, die für die Zukunft Ruandas unabdingbar sind.

(Beifall der SPD)

Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda ist ein Erfolgsmodell. So wundert es nicht, dass die Bundesregierung ihr Hilfsprogramm für die Opfer der damaligen Tsunami-Katastrophe daran orientiert hat. Auch unser Nachbarland Nordrhein-Westfalen – so war unlängst der Presse zu entnehmen – möchte dem rheinland-pfälzischen Beispiel folgen und strebt eine Partnerschaft mit dem westafrikanischen Ghana an. Wenn es um die Umsetzung der Millenniumsziele geht, sind wir keineswegs über den Verlust eines Alleinvertretungsmerkmals enttäuscht.

Das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft gibt nicht nur Anlass, Bilanz zu ziehen und bisher Geleistetes aufzuzeigen, vielmehr muss der Blick auch nach vorn gerichtet werden. Wie geht es weiter? Welche Schwerpunkte gibt es für die Zukunft?

Unabdingbar für die weitere Entwicklung Ruandas ist eine wirtschaftliche Prosperität, um in einem globalisierten Umfeld bestehen zu können. Zur Erreichung dieses Zieles sind auch Maßnahmen notwendig, die über das bisher geleistete bürgerschaftliche Engagement der Graswurzelpartnerschaft hinausgehen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Punkte aufführen, die dazu beitragen können. Dringend benötigt werden in Ruanda Unternehmen und Betriebe, die bereit sind, vor Ort zu investieren, sich dort niederzulassen oder die mit ruandischen Firmen kooperieren wollen.

Voraussetzung dafür ist jedoch vorrangig die Schaffung von Rechtssicherheit. Hier ist unser Partnerland aufgefordert, die Fragen des Baurechts, des Steuerrechts sowie des Eigentumsrechts zu klären, durch das unternehmerisches Engagement gewährleistet werden kann.

In diesem Bereich besteht meines Erachtens noch ein Informationsdefizit.

Sofern die rechtlichen Vorgaben klar sind, könnten gegebenenfalls auch Joint Ventures eingegangen werden. Besonders im Bereich des Tourismus könnten sich für die Zukunft ungeahnte Möglichkeiten ergeben.

Wer das Land einmal besucht hat – ich hatte erfreulicherweise vor fünf Jahren die Gelegenheit dazu; Herr Kollege Enders hat darauf hingewiesen – ,

(Glocke des Präsidenten)

– Ich habe noch zweieinhalb Minuten.

– – ist begeistert von der bezaubernden Landschaft, der faszinierenden Fauna und Flora und der Freundlichkeit und Herzlichkeit der Menschen – beste Voraussetzungen für einen Urlaub in diesem Land.

Eine Hilfe beim Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur könnte viele Arbeitsplätze schaffen. Dazu ist eine Verbesserung der Straßen- und Transportsituation von-

nöten, um Verbindungen zwischen den größeren Gemeindezentren zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist auch die geplante grenzüberschreitende Schienenverbindung von Isaka in Tansania nach Kigali mit einer Gesamtlänge von 450 Kilometern erwähnenswert, die durch den weiteren Ausbau von Isaka nach Daressalam in Tansania ein wichtiger Transportweg und Anstoß für eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region zur Erreichung der Millenniumsziele sein wird.

Die DB International hat die Machbarkeitsstudie erarbeitet. Das Projekt wird von der afrikanischen Entwicklungsbank in Tunis finanziert.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aus- und Weiterbildung im Bereich des Handwerks. Dem Beispiel des neuen Handwerkerbildungszentrums in Sake im Distrikt Ngoma folgend sowie der Initiative der Handwerkskammer Rheinhessen in der Region Rubavu sollte das Angebot der Mithilfe für die Verbesserung der schulischen Vermittlung durch Unterstützung von Fachkräften verstärkt werden.

Hilfreich wären auch die Erarbeitung von Ausbildungs- und Weiterbildungsstandards für Handwerksberufe. Vorstellbar ist auch eine Unterstützung bei der Verbesserung der Produktqualität, der Präsentation, Beschreibung und Vermarktung ruandischer Produkte, auch in Rheinland-Pfalz.

Selbstverständlich können alle genannten Aufgaben nicht von unserem Bundesland geleistet werden. Es wäre unredlich, dahin gehende Versprechungen zu machen. Rheinland-Pfalz aber ist mit Sicherheit bemüht, alles nur Erdenkliche im Rahmen seiner Möglichkeiten zu tun, um auch weiterhin seinem Partnerland als guter Freund zur Seite zu stehen.

(Beifall der SPD –
Glocke des Präsidenten)

Heute Mittag hatte ich bereits mit den Ruandabeauftragten der beiden anderen Fraktionen die Gelegenheit zu einem interessanten Gespräch und Meinungsaustausch mit dem Präsidenten der Wahlkommission und seinem Stellvertreter.

(Glocke des Präsidenten)

– Gestatten Sie bitte, Herr Präsident.

In Referenz und aus Respekt vor unseren Besuchern erlauben Sie mir einen Willkommensgruß in der Landessprache Kinyarwanda. Dafür habe ich mir extra die Mühe gemacht. Die Gäste sind jetzt auch anwesend:

Muraho!

Murakaza neza mu nteko ishingamutegekoyarenanipalatina!

Imyaka makumyabiri n'itanu y'umubano wacu ni umugisha ku baturage b'ibihugu byombi!

Twizeye ko uzaramba!

Es lebe die ruandisch-rheinland-pfälzische Partnerschaft: Harakabaho ubushuti bwa renanipalatina narurwanda!

(Beifall im Hause –
Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Hut ab!)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal begrüße ich auf der Zuschauertribüne Freundinnen und Freunde aus Ruanda, nämlich das Wahlkomitee und einen Vertreter der Botschaft. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich darf Ihnen sagen, ich habe jedes Wort verstanden, das Herr Abgeordneter Klöckner gesagt hat. Es war schon mehr als die Überschreitung der Zeit wert, dies noch von Ihnen zu hören, Herr Klöckner. Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Auler.

(Ramsauer, SPD: Aber auch auf Kinyarwanda!)

Abg. Auler, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste aus Ruanda! Mit Ruanda verbindet Rheinland-Pfalz eine inzwischen 25-jährige enge freundschaftliche und herzliche Partnerschaft.

Der Landtag begeht dieses Jubiläum unter anderem dadurch, dass er mit einem gemeinsamen Antrag auf die Entwicklung dieser Partnerschaft und des bisher Erreichten zurückblickt sowie zugleich die Landesregierung zur Fortsetzung dieser Freundschaft auffordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass heute eine Delegation aus Ruanda dem Landtag die Ehre ihres Besuchs erweist, erfreut uns von Herzen. Wir sehen darin eine Demonstration der guten Beziehungen zwischen unseren Ländern. Wir wünschen der Delegation von hier aus einen angenehmen Aufenthalt in Rheinland-Pfalz.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Partnerschaft mit Ruanda hat sich in den 25 Jahren ihres Bestehens bestens bewährt. Sie ist weit über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus anerkannt.

Die Außenpolitik des Landes ist vorbildlich, meine Damen und Herren. Die Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda ist ein Projekt, das beispielgebend ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun ist es die Landesregierung nicht allein, die sich in und für Ruanda engagiert. Zahlreiche ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Städte und Kreise, Schulen, kirchli-

che Einrichtungen, Vereine, Institutionen und Universitäten sowie der Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda e. V. leisten Vorbildliches im Interesse der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung Ruandas.

Sie alle tun das unentgeltlich, personenanonym, und die Anerkennung, die sie erhalten, ist der Erfolg bei vielen Projekten, welche in Ruanda inzwischen erfolgreich verwirklicht werden konnten.

Ich denke, dass genügend Sachverstand und Begeisterung vorhanden sind und das ehrenamtliche Bürgerengagement in der Lage ist, die Entwicklung Ruandas auch weiterhin vorteilhaft zu gestalten.

Unsere uneingeschränkte Dankbarkeit und Anerkennung gebühren allen, die dabei mitwirken. Ich möchte das an dieser Stelle für die FDP-Fraktion ausdrücklich und mit besonderem Nachdruck betonen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Liste der erfolgreichen Projekte, die in gemeinsamen Bemühungen erfolgreich durchgeführt werden konnten, ist lang. Ich kann sie im Einzelnen nicht alle aufzählen.

Für uns ist es notwendig und selbstverständlich, dass im Hinblick auf die positive Entwicklung Ruandas in Richtung Innere Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung und die Befriedung dieses Landes diese Partnerschaft mit Rheinland-Pfalz auch in Zukunft fortgesetzt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dabei möchte die FDP-Fraktion all diejenigen, die sich bisher ehrenamtlich und engagiert in den guten Dienst der Partnerschaft gestellt haben, ermutigen, dies auch in Zukunft in der bewährten Art und Weise zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir, die Abgeordneten des Landtags, bringen mit unserem Antrag zum Ausdruck, dass wir auf der parlamentarischen Ebene in wichtigen Feldern mit der Nationalversammlung der Republik Ruanda zusammenarbeiten wollen, wobei beide Seiten – ich betone: beide Seiten – von der Zusammenarbeit profitieren werden.

Ferner fordern wir in unserem gemeinsamen Antrag die Landesregierung auf, gemeinsam mit den erwähnten Personenkreisen die sogenannte Graswurzelpartnerschaft fortzusetzen, was nichts anderes bedeutet, als dass auch in Zukunft die jeweiligen Partner ihre Projekte eigenständig entwickeln und dabei von den beiden Regierungen Unterstützung erhalten.

Ruanda ist ein herrliches Land. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich konnte mich anlässlich einer Reise vor wenigen Monaten persönlich davon überzeugen und war tief beeindruckt von dem, was ich dort gesehen habe.

Wir wünschen uns, dass die Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda freundschaftlich und erfolgreich fortgesetzt wird, und wir wünschen uns auch, dass Ruanda auf seinem guten Weg bleibt.

Rheinland-Pfalz leistet dazu gern seinen Beitrag. Meine sehr verehrten Damen und Herren der ruandischen Delegation, Ihnen wünsche ich eine gute Zeit und sehr viel Erfolg.

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste aus Ruanda, verehrte Repräsentanten des Ruanda-Vereins, verehrter Herr Landrat Fleck als Repräsentant der kommunalen Verantwortung! Herr Präsident, ich darf ausnahmsweise meine Anrede in dieser Art erweitern, da es uns in dem Antrag, der dem Parlament vorliegt, in der Tat in den 25 Jahren unserer Partnerschaft um eine Symbiose zwischen der Bürgerschaft dieses Landes und den politisch Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz mit den Menschen in Ruanda und mit politisch Verantwortlichen in Ruanda geht.

Dieses Miteinander, dieses Ineinandergreifen ist eine Besonderheit, die bisher seitens deutscher Länder leider keine Nachahmer gefunden hat. Sollte dies doch einmal der Fall sein – wir werben sicherlich immer alle dafür –, dass sich andere Länder in ähnlicher Weise mit anderen afrikanischen Staaten in Verbindung setzen und Partnerschaften entwickeln, so stehen wir gern mit Rat und Tat zur Seite.

Ich will – wie dies auch meine Kollegen Vorredner getan haben – auch seitens der Landesregierung dieser 25-jährigen Partnerschaft ein hervorragendes Attest ausstellen. Es ist gelungen, aus einer Bemühung eine wirkliche, aus der Mitte der Bevölkerung kommende und von Mensch zu Mensch gehende Partnerschaft werden zu lassen. Der Anspruch, dass es sich nicht um eine Partnerschaft, sondern um eine Partnerschaft handelt, ist umgesetzt worden.

Wer mit engagierten Kindern oder Jugendlichen, mit engagierten Menschen unterschiedlichen Alters spricht, der erlebt dies. Wer in Ruanda Gelegenheit hat, die Herzlichkeit und Offenheit der Menschen dort wahrzunehmen, sieht sich in dem Gefühl der Partnerschaftlichkeit bestätigt. Diesen Weg wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Ruanda und unter entsprechender positiver Begleitung der politisch Verantwortlichen weiter ausbauen.

Ich bin dem Parlament aber auch dankbar, dass es in Nummer 6 des Antrags, über den wir heute entscheiden, einen Weiterentwicklungsschritt ausdrücklich wünscht, nämlich den Weiterentwicklungsschritt, der Fortsetzung dessen, was wir Graswurzelpartnerschaft nennen, auch wirtschaftliche Ansätze zu entwickeln und auf diese Art und Weise eine Basis dafür zu schaffen, dass der Wert-

schöpfungsprozess in Ruanda eine verbesserte Grundlage erhält und damit die Eigenständigkeit des Landes gefördert wird und sich eine Wirtschaftsstruktur entwickeln kann, die über die bisherigen Ansätze hinausgeht.

Ich wünsche mir, dass das Werben auch gegenüber den Institutionen dieser Welt, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit sowie mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit befassen, das Werben darum, dass beispielsweise von der Weltbank oder den Entwicklungsorganisationen der Vereinten Nationen nicht nur Großprojekte gefördert werden, sondern auch Projekte, die in überschaubaren Dimensionen regionale Entwicklungen ermöglichen und darauf aufbauend eine entsprechende Möglichkeit schaffen, beispielsweise durch den Ansatz, wie er von Raiffeisen, der seinerzeit auf dem Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz seine Ideen entwickelt hat, auf der Basis des Genossenschaftswesens Handel und Wandel entstehen kann und der landwirtschaftliche Teil des wirtschaftlichen Geschehens in Ruanda ausdrücklich einbezogen werden kann, ebenso wie das, was an Kunst- und Handwerksprodukten in diesem Land in hervorragender Weise erzeugt wird.

Ich glaube, dass wir darüber hinaus durch einen solchen Ansatz auch die Chance unterstützen können, Exportmöglichkeiten zu verbessern sowie eine Chance zu bieten, dass Wirtschaftsansiedlungen erfolgen. Mit den Anstrengungen, die nicht zuletzt auch von den kirchlichen Trägern umgesetzt werden und die wir gern im Zuge der Partnerschaft immer wieder unterstützt haben, mit den Anstrengungen, junge Menschen in Handwerksberufen sowie an den Hochschulen auszubilden – wir hatten vor wenigen Wochen Gelegenheit, die Hochschule in Kigali zu besuchen –, entstehen Ansätze, die uns gemeinsam Hoffnung machen. Wenn Frieden und Stabilität in Ruanda gewahrt werden können – dies scheint derzeit der Fall zu sein, und dies ist auch ein Wort der Anerkennung an die dortige Regierung wert –, können wir von einer chancenreichen Entwicklung ausgehen. Ich glaube, dass ein wichtiger Beitrag dazu aus Ruanda selbst geleistet wird. Wir sind mit unseren Partnern stolz darauf, dass in Entwicklungsberichten, insbesondere was Ostafrika angeht, Ruanda unter den Gesichtspunkten von „good government“ eine besonders positive Rolle wahrnimmt und in diesem Zusammenhang auch positiv erwähnt und eingestuft wird.

Ich möchte auch ausdrücklich betonen, dass Ruanda trotz der Herausforderungen, die aus seiner Geschichte herrühren, die Weltgemeinschaft in beachtlicher Weise – beispielsweise im Sudan beim sogenannten Darfur-Konflikt – unterstützt. Dies gilt es anzuerkennen. Ebenso glaube ich, dass es eine unglaubliche Leistung ist, dass nach dem Genozid, der dieses Land in furchtbarer Weise getroffen und zerrissen hat, der nationale Aussöhnungsprozess vorankommt. Zu erwarten, dass nach 13 Jahren ein solcher Prozess abgeschlossen sein könnte, wäre zu viel erwartet. Aber dass auf diesem Weg deutliche Fortschritte erzielt werden, kann man spüren, und dies möchte ich auch ausdrücklich hervorheben.

Des Weiteren ist hervorzuheben, dass der Prozess, demokratische Strukturen zu schaffen, beginnend auf der kommunalen und regionalen Ebene über die Ebene

des nationalen Parlaments und schließlich über die Urwahl des Staatspräsidenten, in beachtlicher Weise nach vorn gebracht wurde. Auch dies sollten wir anerkennen. Ich sage insbesondere an die Adresse der Verantwortlichen für Wahlstrukturen und Wahlentscheidungen, wir wollen gern auch in der Zukunft unseren Beitrag leisten, um technisch unterstützend tätig zu sein, wenn solche Wahlentscheidungen anstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Weg wird sicher noch weit sein. Ein entscheidender Punkt – dies haben wir bei unserer letzten Reise nach Ruanda erlebt –, ist, die Energieversorgung Ruandas auf eine verbesserte Basis zu stellen. Dabei dürfen wir sicher nicht allein auf die Strukturen mit großen Leitungsnetzen setzen, die wir kennen, sondern wir können dort über dezentrale Ansätze vieles erreichen. Ich bin dankbar dafür, dass die Stadtwerke Mainz mit dem Solarkraftwerk in der Nähe von Kigali eine wichtige Investition getätigt haben. Ich erhoffe mir, dass wir viele einzelne Impulse, insbesondere über den Bereich der Solarenergie, aber auch der Nutzung anderer nachwachsender Rohstoffe, setzen können.

Ich hoffe sehr, dass die Absprache, die mit der ruandischen Regierung getroffen worden ist, bei der nächsten großen Industrieausstellung in Kigali mitwirken zu können, umgesetzt werden kann um dort solche, für die kleinräumige Nutzung mögliche Energieversorgungsanlagen und ähnliche technische Möglichkeiten präsentieren zu können. Neben der Fortsetzung all dessen, was begonnen worden ist, wird es sicher ein gutes Ziel sein, daran gemeinsam zu arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Hohen Haus die besten Grüße und Wünsche des Staatspräsidenten von Ruanda und der ruandischen Regierung zu übermitteln. Die Delegation, die mich begleitet hat, und ich haben diese guten Wünsche und den Auftrag, sie zu übermitteln, mitgenommen. Wir haben als Regierung keine Regierungserklärung abgegeben, sondern nach Absprache mit dem Herrn Parlamentspräsidenten diesen Antrag genutzt, dazu etwas zu sagen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, diese Wünsche zu übermitteln.

Es waren eindrucksvolle und zugleich auch fröhliche Tage, die wir anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten in Ruanda erleben durften. Ich freue mich darüber, dass eine ruandische Delegation bei uns ist. Ich freue mich darauf, dass Ruandas Präsident Kagame uns mit einer Delegation in den kommenden Tagen, und zwar am 7./8. September, die Ehre geben wird, Rheinland-Pfalz zu besuchen. Wir werden dann eine entsprechende kleinere Feierstunde haben, weil die zentrale Feier in Ruanda stattgefunden hat. Umgekehrt hat die 20-Jahrfeier zentral in Rheinland-Pfalz stattgefunden. Wir werden eine kleinere Feier und vielfältige Begegnungen mit Gesellschaft, Wirtschaft und Partnerschaftsorganisationen haben und dann die Freude über diese Gemeinsamkeit ausdrücken dürfen. In diesem Sinne wollen wir uns weiter bemühen. Diese Partnerschaft ist etwas Wertvolles.

Ich hoffe dies für ganz viele Menschen, ich bin sicher für die Gemeinschaft und für das Bauen von Brücken über

Kontinente hinweg, sodass die Zusage, dass Afrika und Europa enger miteinander kooperieren müssen, für uns nicht nur eine globale Bedeutung hat, sondern auch eine regionale, eine kommunale, eine auf Vereine und Organisationen bezogene und eine auf viele einzelne Menschen wirkende Bedeutung hat. Wenn wir das weiter fortsetzen können, dann nutzt das uns allen, also den Ruandesen, wie wir hoffen, und den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Wir sind damit am Ende der Beratung und kommen nun zur Abstimmung über den Antrag. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle Einstimmigkeit fest. Besten Dank.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich lade Sie für die morgige Plenarsitzung um 09:30 Uhr ein.

E n d e d e r S i t z u n g: 18:23 Uhr.